

Saar-freund

Schwört und spricht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!



Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 22 * 15. Jahrgang

Berlin, den 1. November 1934

Der Status quo-Wahnsinn

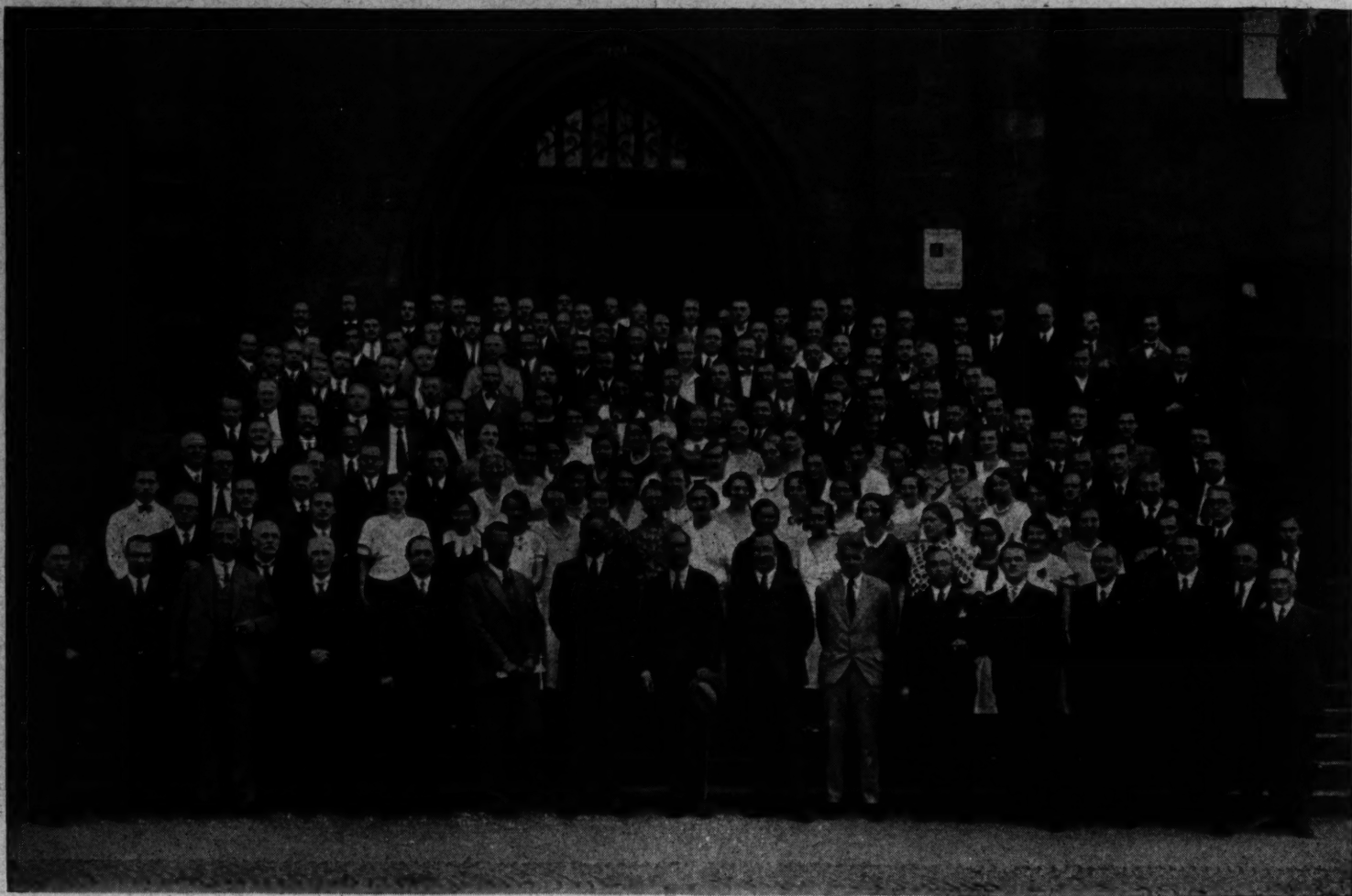


Das Saartal bei Saarhausen

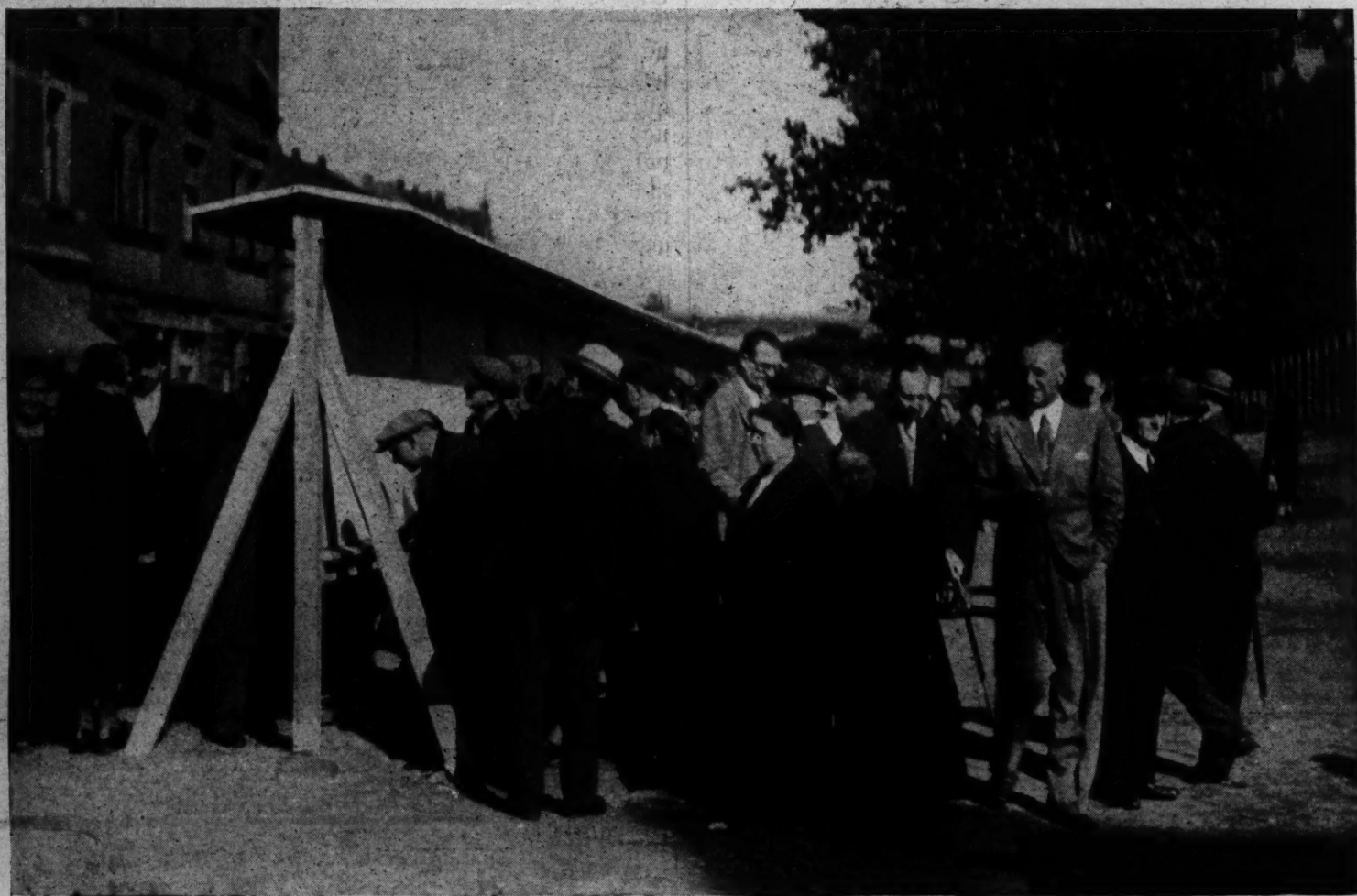
Phot. M. Wenz-Saarbr.

Deutschland erwartet vom Völkerbund eine eindeutige Klarstellung des Begriffes „Status quo“, eine Klarstellung, die jede Verschiebung der Fragestellung auf ein innerpolitisches Gleis ausschließt und die gleichzeitig jedem Abstimmenden zur Kenntnis bringt, daß diese Abstimmung ein für allemal endgültig ist, weil eine zweite Abstimmung gegen den Versailler Vertrag verstößt u. theoretisch eine unendliche Kette von Abstimmungen zur Folge haben müßte.

Saarbevollmächtigter Büchel am 18. Oktober 1934 in Kaiserslautern



Gesamtaufnahme der städtischen Beamten, Angestellten und Hilfsarbeiter, die zu den Vorbereitungsarbeiten für die Volksabstimmung Saarbrücken-Stadt eingesetzt wurden.
In der vorderen Reihe die Mitglieder der Volksabstimmungskommission.



Das Menschengedränge an den Anschlagtafeln. Mitglieder der Abstimmungskommission mischen sich unter das Publikum.

Saar-freund

Schwört und spricht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!



Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 22 * 15. Jahrgang

Berlin, den 1. November 1934

Der Status quo=Wahnsinn

Von Richard Bosselt

Frankreich hat die erste Stellung im Saarkampf geräumt und sich in eine Aufnahmestellung zurückgezogen, die es bescheiden, aber irreführend als Status quo bezeichnet. Zur Verteidigung dieser Stellung hat es alle Kräfte inner- und außenpolitischer Art und sein ganzes Propagandaher mobil gemacht. Am wildesten, aber auch am widerspruchsvollsten benehmen sich in diesem Status-quo-Geschrei jene Söldnertruppen, die in der Kopfstellung an der Saar selbst eingesetzt worden sind. Sie reichen vom knallrotesten Moskowittertum über den Salon-Margismus des Max Braun und die kümmerliche Legion der Saarbund-Separatisten bis zu dem katholischen Separatismus eines Johannes Hoffmann, der sich unberechtigtweise zum Abstimmungsberechtigten machte. Ueber das, was sie im Endziel wollen, sind sich die einzelnen Söldnerkontingente nicht einig. Nur darin stimmen sie überein, daß der Status quo für sie eine Existenzfrage bedeutet. Nichts anderes. Denn fällt diese Stellung, dann ist für sie der Quell abgeschnitten, der jetzt für sie so reichlich fließt. Daß dabei einer auf den anderen nicht gut zu sprechen ist, weil alle voneinander fürchten, sein Mitgenosse erhalte einen fetteren Happen, ist bei der ganzen materiellen Einstellung dieser Kreaturen nicht verwunderlich. Verwunderlich allerdings auch nicht die ernststen Besorgnisse, daß diese Stellung nicht zu halten sein wird. Deshalb die Anbiederungsversuche dieser „Hoffmänner“ über frühere Freunde nach dem verhassten Hitler-Deutschland und ihre Erklärung, daß sie „für die separatistische Tendenz des eigenen Presseerzeugnisses nicht verantwortlich seien“, und daß sie deshalb nach einer Möglichkeit suchten, vor der Entscheidung des 13. Januar das Saargebiet zu verlassen, um zunächst einmal in Oesterreich eine neue Lebensgrundlage zu finden.

Diese Abschweifung sei nur als Kennzeichnung dieses Status-quo-Durcheinander verzeichnet, damit man an der Saar wie im Reich erkennt, wie sehr auch bei diesem Status-quo-Separatismus die sogenannten Führer nur an ihre eigenen persönlichen Vorteile denken, die verführten Massen aber gewissenlos dem Unglück und dem Untergang entgegenführen.

Am 18. Oktober hat in Kaiserslautern der Saarbevollmächtigte des Reiches, Gauleiter Bürckel, mit diesem ganzen Status-quo-Klüngel abgerechnet. Wenn er dabei über

die Söldnertruppen an der Saar hinwegging und das Status-quo-Geschiebe an der Wurzel packte, so geschah es aus der Erwägung heraus, daß er als Saarbevollmächtigter des Reiches sich mit den Urhebern des Status-quo-Gedankens, nämlich mit der französischen Saarpolitik auseinanderzusetzen hatte. Denn mit den kleinen Kreaturen der Status-quo-Forderung an der Saar rechnet die Deutsche Front so nachdrücklich ab, daß diese in ihrer Verzweiflung um die völlig haltlose Stellung nur noch ein Mittel ausfindig zu machen vermochten, nämlich die Sabotierung des Abstimmungstermins durch maschinell hergestellte „Einsprüche“ gegen die Aufstellung der vorläufigen Abstimmungsliste.

Gauleiter Bürckel ging in seiner Kaiserslauterner Rede von der Barthouschen Denkschrift an den Völkerbund aus und entwickelte die Folgen, die sich aus einer solchen Lösung völkerrechtlich als auch außenpolitisch sowohl vom Standpunkt deutsch-französischer Beziehungen wie für die gesamtpolitische Lage Europas ergeben müßten. Denn was in der Barthouschen Denkschrift als Status quo gefordert wird, ist nicht die Beibehaltung des jetzigen Zustandes, sondern es ist die Schaffung eines Saarstaates unter französischer Mandatsverwaltung. Auf nichts anderes laufen die Gedankengänge der Barthouschen Denkschrift hinaus. Man will zwar diesem neuen Status-quo-Gebilde eine Art parlamentarische Selbstverwaltung zubilligen, doch fällt eine solche Zukunftsfrage in sich zusammen angesichts der Bestimmung, daß die vom Völkerbund einzusetzende Verwaltungskommission das Recht hat, alle für die Sicherung von Ruhe und Ordnung notwendig erscheinenden Maßnahmen zu treffen. Und an der Saargrenze stehen in Forbach und Saargemünd jene französischen Truppen, die, worauf die französische Presse in diesen Wochen mehrfach hinwies, bereit sind, sofort in das Saargebiet einzumarschieren.

Denn das ist ein Punkt, um den die Status-quo-Agenten sorgfältig herumgehen, daß nämlich eine Status-quo-Lösung nur im Rahmen der Versailler Bestimmungen denkbar ist, die wie bisher jede französische Eigenmächtigkeit zulassen, sofern Frankreich eine „Gefährdung seiner Interessen an der Saar“ für gegeben hält.

Eine Status-quo-Lösung in der Darstellung der Saar-separatisten mit unabhängiger eigener Regierung und par-

lamentarischer Verwaltung im Sinne eines eigenen Staatswesens ist, worauf Saarbevollmächtigter Bürdel hinwies, sowohl aus vertragsrechtlichen wie aus staatspolitischen Gründen nicht möglich. Entweder bleibt es bei dem heutigen System völliger Rechtlosigkeit der Bevölkerung, oder es käme zu einem eigenstaatlichen Gebilde, das aber bereits in der ersten Stunde parlamentarischen Lebens mit 95prozentiger Mehrheit die Verhaftung sämtlicher Emigranten, Separatisten und Landesverräter beschließen würde. Denn ein Beschluß des Völkerbundes würde ja die Menschen an der Saar nicht plötzlich neu gestalten, sie würden restlos bleiben, was sie sind, nämlich gute, treue Deutsche.

Oder denkt man sich diesen Status quo etwa so, daß man ein Uebergangsregime vielleicht nach dem Muster schafft, wie es heute in Elsaß-Lothringen noch nicht völlig beseitigt worden ist oder wie wir es zum Entsetzen selbst des Völkerbundes im Memelland erleben. Will man bis „zu gegebener Zeit“ der eingeseffenen Bevölkerung das Wort verbieten und die Mitarbeit verwehren und warten, bis die aufrechten Deutschen unter dem Druck einer „Uebergangs“-Diktatur ihre Saarheimat verlassen haben und nur noch jene Kreaturen übrig geblieben sind, die sich ihre Haltung aus den Propagandasfonds des französischen Grubenfiskus' des Quai d'Orsay oder von Moskau bezahlen lassen?

Auch eine solche Absicht gewisser politischer Kreise wäre denkbar. Gauleiter Bürdel hat drastisch den Zustand geschildert, der sich dann an der Saar entwickeln würde. Das ganze Heer kommunistischer, marxistischer und Korruptions- emigranten in Europa würde dann das Saargebiet als das gelobte Land ansehen, wo sie ihre einträgliche Beschäftigung mit vereinten Kräften neu aufnehmen könnten. Glaubt man in Paris oder in Genf wirklich, daß an der Saar dann alles in Ruhe und Frieden abgehen würde, daß Kommunisten und Marxisten sich auf die Dauer gut verstehen, und daß die Kreise um Hoffmann und Genossen ihre kirchlichen und religiösen Interessen befriedigt sehen würden? Nein, das Saargebiet würde der Herkessel Europas, das Eldorado aller politischen Verschwörer und Attentäter werden. Der Status quo an der Saar, wie er in Barthous Denkschrift so dringlich gefordert worden ist, würde nicht nur nicht die Brücke zwischen Deutschland und Frankreich werden, sondern sich zu einem Pulverfaß gestalten, das mit der Vernichtung der letzten deutsch-französischen Verständigungsmöglichkeiten ganz Europa in Explosionsgefahr bringen müßte.

Die Status-quo-Forderung Barthous ist deshalb nichts anderes als eine Verlegenheitsformel und das Eingeständnis, daß Frankreichs Hoffnungen sich an der Saar

nicht erfüllen. Der Status quo ist undurchführbar, weil die abstimmungsberichtigte Bevölkerung ihn restlos ablehnt. Er ist deshalb auch aus Gründen der europäischen Politik nicht denkbar, weil er die Ursache ständiger Unruhen für die europäische Politik sein müßte.

Wir erwarten von der Saarregierung keine Einsicht und keine Neutralität mehr, aber wir haben das Zutrauen zu den Mitgliedern der Abstimmungskommission, daß sie auf Grund ihrer Beobachtungen und Erfahrungen während ihrer bisherigen Tätigkeit ihren Einfluß geltend machen, um einer gerechten Lösung der Saarfrage die Wege zu ebnen. Wenn die Saarregierung ein Interesse an einer ordnungsmäßigen und unbeeinflussten Abstimmung hätte, dann hätte sie den Machenschaften des kommunistischen Landesratsmitgliedes L'Hoite, eines Goldschmidt und Wühler längst ein Ende bereitet und die Saboteure einer reibungslosen Abstimmungsvorbereitung hinter Schloß und Riegel gesetzt.

Raum zehn Wochen trennen uns noch von der Abstimmung. Es dürfte in der Saarregierung und in den saarpolitischen Kreisen Frankreichs keinen zurechnungsfähigen Menschen geben, der heute noch des Glaubens wäre, daß innerhalb dieser zehn Wochen die Bevölkerung des Saargebiets für den Status quo gewonnen werden könnte — eine Angliederung des Saargebiets an Frankreich scheidet auch nach der französischen Denkschrift aus naheliegenden Gründen aus. Der Status quo aber ist eine Verlegenheitsforderung, für die man durch Irreführung der Bevölkerung Dumme einfangen möchte. Status quo bedeutet aber — und das weiß heute an der Saar jedes Kind — endgültige Losreißung des Saargebiets vom deutschen Vaterland; Wegfall jeglicher Unterstützung auf sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet durch das Reich, bedeutet die weitere Entrechtung der saardeutschen Bevölkerung, die völlige Zerstörung der Grubenorte durch Frankreichs Raubbaumethoden auf den Saargruben, bedeutet eine Willkürregierung marxistisch-kommunistischen Gepräges und bedeutet schließlich die Besetzung des Saargebietes durch französische Truppen und die von Clemenceau in Versailles geforderte Annexion des Saargebiets.

Und für eine solche Lösung sollte sich die Bevölkerung an der Saar einfangen lassen? Nein!

„Die Fronten stehen klar: Hier Deutsche und hier Nichtdeutsche, die aber auch keine Franzosen sind; hier Menschen, die heim wollen zu ihrem Vaterland und dort jene, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt. Die Stimme dieses Gewissens ist Unehre. Die Saarbevölkerung will den Frieden, die Status-quo-Separatisten aber leben vom Haß!“

Saarbevollmächtigter Bürdel gegen den Status quo-Irrsinn

Der Saarbevollmächtigte der Reichsregierung, Gauleiter Bürdel, hielt auf der großen Kundgebung in Kaiserslautern am 18. Oktober eine Rede, die sich mit dem Status quo-Irrsinn befaßte und die über alle deutschen Sender verbreitet wurde. Er führte u. a. aus:

Wir sind an einer gerechten und endgültigen Lösung des Saarproblems interessiert, weil sie die Voraussetzung ist für die Vereinigung einer Reihe anderer Fragen, die zwischen Deutschland und Frankreich stehen — Fragen, die gelöst werden müssen im Interesse der beiden Länder, im Interesse der beiden Völker, im Interesse einer endgültigen politischen und wirtschaftlichen Gesundung Europas — nicht zuletzt im Interesse des Weltfriedens überhaupt.

Die Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten Doumergue geben uns die Hoffnung, daß der ehrliche Friedenswille hüben und drüben, daß die ehrliche Ablehnung aller Versuche, sich in innerpolitische Verhältnisse anderer Staaten einzumischen — auch nicht auf Umwegen — daß dieser ehrliche Wille zweier großer Nationen und Völker endlich zur Grundlage einer anständigen und ehrenvollen Verständigung wird. Mit einem Schlage wird auch das Saarproblem aufgehört haben, ein Hindernis der Verständigung zu sein, wenn die Grundsätze des französischen Ministerpräsidenten zur Grundlage der französischen Saarpolitik gemacht werden.

Die Grundsätze Doumergues und wir

Zwischen den Grundsätzen Doumergues und der französischen Saar-Denkschrift bestehen eindeutig feststellbare Gegensätze. Doumergue will keine Einmischung — die Denkschrift aber versucht, durch Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten die Saarabstimmung zu beeinflussen. So zu beeinflussen, wie es allein im Interesse der Status quo-Anhänger liegt.

Bevor ich den Beweis für diese Tatsachen antrete, möchte ich ausdrücklich feststellen, daß für die Zukunft gesehen, weder Frankreich noch das Saargebiet selbst von einem Status quo-Saargebiet Vorteil haben werden.

Im Gegenteil: Die nationalpolitischen Interessen Deutschlands und Frankreichs verlangen einen Frieden auf lange Sicht, verlangen Entspannungen der Atmosphäre, verlangen gemeinsame Arbeit am Wiederaufbau der Welt, verlangen europäische Solidarität.

Ein Status quo-Saargebiet schließt jede Solidarität aus, weil ein Status quo-Saargebiet ein bleibendes Unrecht an Deutschland wäre. Ein Status quo-Saargebiet bliebe ein Pfahl im Fleische der Völker, bliebe das ewige Hindernis für die großen europäischen Aufgaben, die ohne Frankreich genau so unlösbar sind, wie sie es ohne Deutschland sind. Der Status quo-Gedanke, so wie er jetzt propagiert wird, gehört zu jenen Vorstellungen imperialistischer Gewaltpolitik, die nicht mehr mit

wahrhaft neuen und modernen politischen Grundsätzen in Einklang gebracht werden können — auch dann nicht, wenn man ihn unter dem Deckmantel einer desinteressierten Neutralität zu verbergen sucht.

Es gibt zwei Standpunkte:

Entweder Frankreich — oder Deutschland

Seit Versailles, bei welchem das Saarproblem von der französischen Friedensdelegation in die Debatte geworfen wurde, gibt es nur zwei Standpunkte in dieser Frage; nämlich: den deutschen Standpunkt und den französischen.

Der deutsche Standpunkt

Ist der einfachste, denn er geht von den Grundsätzen des internationalen Völkerrechts, von den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechts der Völker und nicht zuletzt von dem Sinn und Inhalt des Saarstatuts aus. Da es eindeutig als erwiesen gilt, daß an der Saar nur deutsche Menschen wohnen, daß es an der Saar also keinerlei nationale Minderheiten im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker gibt, da außerdem auch sämtliche Voraussetzungen für ein irgendwie geartetes und regiertes autonomes Saargebiet fehlen, ist für Deutschland die bedingungslose Rückgliederung des deutschen Saarlandes eine nackte Selbstverständlichkeit.

Wesentlich komplizierter war und ist

der französische Standpunkt

gegenüber diesem Saarproblem.

Frankreich ist ja durch Clemenceaus irrtümliche Feststellung der nicht vorhandenen 150 000 Saarfranzosen der eigentliche Urheber des Problems. Hinter dieser Erfindung verbargen sich gewisse wirtschaftsimperialistische Interessen. Der französische Standpunkt löste naturnotwendig in den Kreisen französischer Politiker den Wunsch aus, mit allen Mitteln die Wiedervereinigung der Saar mit Deutschland zu verhindern:

Auf These und Antithese gebracht: Deutschland und das deutsche Saarland fordern die Rückgliederung, Frankreich wünscht dies zu verhindern.

Klare Fronten also, die jede innerpolitische Deutung des Volksentscheides ausschlossen, und die jeden Abstimmenden moralisch und nationalpolitisch an die Wahrheit des völkischen und geschichtlichen Tatbestandes banden.

Wer sich als Sohn einer deutschen Mutter für Frankreich, wer sich als Sohn einer französischen Mutter für Deutschland entschieden hätte, würde in jedem Falle eindeutig als Abtrünniger gelten, — bei uns wie auch bei den Franzosen. Denn: Vaterlandsverrat wird hierzulande wie auch in Paris nach den gleichen moralischen und völkerrechtlichen Grundsätzen, nach dem naturgewordenen Gesetz einer jeden gesunden und lebendigen Nation verurteilt.

Inzwischen hat es die französische Politik für richtig gehalten, die innerpolitische Entwicklung Deutschlands dazu zu benutzen, ihrer Saarpolitik eine andere Richtung zu geben: ohne Berücksichtigung der längst als Irrtum festgestellten völkischen Voraussetzungen des Saarstatuts, wurde die französische Propaganda zugunsten eines Anschlusses an Frankreich völlig eingestellt, aber gleichzeitig auf die Errichtung des endgültigen Status quo konzentriert. Diese Methode steht in unleugbarem Gegensatz zu den letzten Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten, — denn sie bedeutet nicht nur eine Beeinflussung der Abstimmung, sondern eine unbezweifelbare Einmischung in rein innerpolitische, innerdeutsche Angelegenheiten.

Wer setzt sich heute für den Status quo ein?

Für den Status quo kämpfen Leute, die sich ausdrücklich als Deutsche ja oft genug als das „bessere Deutschland“ bezeichnen. Sie kämpfen nicht gegen Deutschland, sondern gegen die deutsche Regierung — verfälschen also den Sinn der Abstimmung, indem sie diese Abstimmung zu einer Abstimmung über innerdeutsche Verhältnisse zu machen suchen, zu einer Abstimmung über das gegenwärtige deutsche Regierungssystem.

Gerade diese Tatsachen sind der einzige Grund für die Auswüchse und für die Leidenschaftlichkeit des Kampfes.

Einen weiteren Beweis dafür, daß die Absichten der Status quo-Anhänger darauf hinauslaufen, den Charakter der Abstimmung zu verändern und zu fälschen, liefern diese Status quo-Anhänger selbst:

In den Aufrufen der sogenannten Freiheitsfront, in den Aufrufen der saarländischen Marxisten und Kommunisten vom

Juni dieses Jahres steht ausdrücklich zu lesen, daß sich die Vertreter des Status quo-Gedankens samt und sonders als Deutsche bezeichnen und daß sie die Rückkehr zu Deutschland lediglich von einer Veränderung der innerpolitischen Machtverhältnisse in Deutschland abhängig gemacht wissen wollen.

Unumstößliche Tatsachen, die auch dem blindesten Fanatiker beweisen müssen, daß ein Status quo auf solcher Grundlage nur als eine eklatante Verletzung des Völkerrechts, des Selbstbestimmungsrechts, des Saarstatuts und damit des Versailler Vertrages gedeutet werden könnte: Sinn und Charakter der Abstimmung liegen dokumentarisch fest und können unmöglich in dieser Weise umgefälscht werden.

Die Sinnwidrigkeit der gegenwärtigen Status quo-Deutung wird von Tag zu Tag durchsichtiger. Um überhaupt noch von den eigenen Anhängern ernstgenommen zu werden, verlangt die 2. Internationale, verlangen die Status quo-Parteien die sogenannte zweite Abstimmung. Dieser Wunsch ist die logische Konsequenz, die aus der Verfälschung des Charakters der Abstimmung gezogen werden mußte.

Die Anhänger des Status quo verlangen diese Möglichkeit einer zweiten Abstimmung in der offen zugegebenen Absicht, sich nach der Klenderung des gegenwärtigen deutschen Regierungssystems für den Anschluß an Deutschland zu erklären.

Einen schlüssigeren Beweis für die völkerrechtswidrige Umdeutung der Abstimmung am 13. Januar 1935 zu einer innerpolitischen Parteiwahl gibt es nicht.

Die französische Saardenschrift läßt deutlich spüren, daß ihr Verfasser diese gefährliche Klippe der französischen Saarpolitik mit all ihren Konsequenzen sieht, denn er fordert diese zweite Wahlmöglichkeit keineswegs offen, — aber er formuliert die angeblichen Wünsche der französischen Regierung, die „angeblichen Wünsche der Bevölkerung“ zu respektieren, so, daß die Status quo-Anhänger eine zweite Wahl bereits als gesichert hinstellen.

„Zweite Abstimmung“ oder der vorübergehende Status quo.

Eine zweite Abstimmung aber widerspricht dem Vertrag, widerspricht im Grunde sogar den französischen Absichten und wird niemals möglich sein. Jeder, der von der Möglichkeit einer zweiten Abstimmung ernstlich spricht, und sie sogar als garantiert hinstellt, der spricht wesentlich die Unwahrheit.

Jede Unterstützung der Forderung nach einer zweiten Abstimmung ist ein faktischer Eingriff in innerdeutsche Angelegenheiten.

Man könnte Clemenceau, man könnte Wilson, man könnte jeden, der bei der Sinngebung und Abfassung des Saarstatuts zugegen war, zum Zeugen anrufen:

Niemals war es die Absicht der Versailler Konferenz, die Zukunft des Saargebiets von der zufälligen innerpolitischen Situation in Deutschland oder Frankreich abhängig zu machen.

Es ist also völlig ausgeschlossen, ohne eklatanten Rechtsbruch, ohne Verleugnung aller völkischen und völkerrechtlichen Grundsätze, ohne Zerstörung jeglicher internationaler Moral — also ohne Zerstörung der Grundlagen aller internationalen Staatsbeziehungen — eine zweite Abstimmung durch den Völkerbund garantieren zu lassen.

Unabhängig davon, ob und wie der Völkerbund zur französischen Saardenschrift Stellung nehmen sollte:

Deutschland erwartet vom Völkerbund, der seine Hauptaufgaben in der Sicherung der Verträge sieht, eine eindeutige Klarstellung des Begriffes „Status quo“, eine Klarstellung, die jede Verschiebung der Fragestellung auf ein innerpolitisches Gleise ausschließt und die gleichzeitig jedem Abstimmenden zur Kenntnis bringt, daß diese Abstimmung ein für allemal endgültig ist, daß also eine zweite Abstimmung niemals in Frage kommen kann, weil eine zweite Abstimmung gegen den Versailler Vertrag verstößt und theoretisch eine unendliche Kette von Abstimmungen zur Folge haben müßte.

Was nämlich müßte geschehen, wenn eine zweite Abstimmung theoretisch erlaubt wäre?

Ein Treppentwisch der Weltgeschichte!

Kommunisten und Marxisten, also Deutsche, die gegen den Nationalsozialismus eingestellt sind, wählen den Status quo — angeblich, um bei der zweiten Abstimmung, nach der Abdankung Hitlers, für Deutschland zu stimmen.

Nehmen wir weiter an: Im Augenblick der zweiten Ab-

stimmung wären in Deutschland die Kommunisten an der Regierung. Mit den gleichen Rechtsansprüchen könnten alsdann alle im Saargebiet vorhandenen Gegner eines Sowjet-Deutschland eine dritte Abstimmung verlangen. Dem „vorübergehenden Status quo“ folgte wieder ein „vorübergehender Status quo“.

Die Parole würde heißen: Wir wollen zu Deutschland — aber wir wollen nicht zu Sowjet-Deutschland. Und das eine ist sicher: in einem solchen Falle gäbe es im Saargebiet sogar eine absolute Mehrheit gegen den Kommunismus.

Mit dieser angenommenen dritten Abstimmung aber wäre es auch noch nicht getan. Da es in jedem Lande der Welt immer eine kleinere oder größere innerpolitische Opposition gibt, da keine Regierung in irgendeinem Lande der Welt von sich behaupten kann, sie habe keine Opposition, so würde die einmal eingeschlagene Abstimmungsmethode ein Abstimmungs-Perpetuum-mobile zur Folge haben, das als Kuriosum der Weltgeschichte den ursprünglichen Begriff und den Sinn der Demokratie auf den Kopf stellen würde.

Da eine zweite Abstimmungsberechtigung offiziell diese Abstimmung über die völkische und staatliche Zugehörigkeit des Saarlandes an die innerpolitische Situation des Mutterlandes Deutschland binden würde, da mit anderen Worten eine zweite Abstimmung

automatisch den Völkerbund zum Vertreter und Anwalt der innerpolitischen Opposition eines Landes machen würde, hätte eine solche Methode noch phantastische Folgen für alle Völker und Nationen der Welt:

Der Status quo als Präzedenzfall: Er würde jeder innerpolitischen Opposition eines jeden Staates das theoretische Recht verbrieften, sich unter die besondere Obhut des Völkerbundes zu stellen. Diese theoretisch angenommene Konsequenz wirkt ein grelles Schlaglicht auf die tatsächlichen Argumente derjenigen, die den vorübergehenden Status quo propagieren — wirkt ein grelles Schlaglicht auf die völlig unhaltbare und dem Sinn des Saarstatuts widersprechende Propaganda des vorübergehenden Status quo überhaupt.

Der Völkerbund als Anwalt und Vertreter einer innerpolitischen Opposition!

Solche logischen Konsequenzen ergeben sich aus den Forderungen und Absichten der französischen Saar-Denkchrift! Sie ist damit gleichzeitig die Ursache geworden für alle Schwierigkeiten und Probleme der Saarregierung selbst, weil diese Verwirrung den Begriff der Neutralität illusorisch machte, weil diese völlige Veränderung des Abstimmungscharakters eine Neutralität im Sinne des Saar-Status unmöglich erscheinen läßt.

In diesem Zusammenhang behandelte Saarbevollmächtigter Bürdel die von der Saarregierung angeschnittene Polizeifrage und fuhr dann weiter fort:

Wenn die französische Saardenkchrift erklärt, Frankreich sei lediglich an der Wahrung der Rechte der Saarbevölkerung interessiert, so ist unser Glaube an die Aufrichtigkeit dieser Erklärung in größter Gefahr, wenn wir an die 15jährigen Erfahrungen der Saardeutschen denken,

wenn wir an die Politik der ersten saarländischen Regierungskommission unter Führung des Franzosen Raoult,

wenn wir an die Terror-Politik der französischen Grubendirektion,

wenn wir an die Schulpolitik dieser Grubenverwaltung, wenn wir an den längst vergessenen Versuch, die französische Sprache zwangsweise in allen saardeutschen Volksschulen einzuführen,

wenn wir an vieles andere mehr denken, was sich im Saarland während der letzten 15 Jahre abgespielt hat.

Aber auch wenn wir uns dessen erinnern, was prominente ausländische Politiker, ja, ausländische Mitglieder und was u. a. der ehemalige kanadische Präsident der Regierungskommission Stephens ausgesprochen haben, nachdem sie sich an Ort und Stelle von dem unbezweifelbar eindeutigen deutschen Charakter des Landes und der Bevölkerung überzeugen konnten.

Die französische Saardenkchrift verlangt für den eventuellen Status quo weitgehende Berücksichtigung der Wünsche der Saarbevölkerung.

Wenn damit demokratischen Regierungsformen für ein Status quo-Saargebiet das Wort geredet werden soll, so ist dazu folgendes zu sagen:

Nehmen wir an, ein größerer Prozentsatz würde für den

Status quo stimmen und Deutschland erhielte zwar die Mehrheit, aber der Völkerbund würde willkürlich die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes, also den Status quo anordnen. Dieser Saarstaat erhielte dann vom Völkerbund das Recht, sich parlamentarisch selbst zu regieren oder wenigstens der internationalen Regierungskommission, die ja auch bei einem Status quo nicht aus Saarländern, sondern zu vier Fünfteln aus Ausländern bestünde, parlamentarische Befehle zu erteilen. Zweifellos würde auch dann die deutsche Partei die Mehrheit haben, und in ihr würden sich alle die vereinigen, die eigentlich mit dem Status quo nichts zu tun haben wollen.

Auf der anderen Seite stünde die Minderheit der von Haß erfüllten Emigranten geführten marxistisch-kommunistischen Status quo-Parteien.

Was eine solche Regierung und ein solches Parlament für das Saargebiet bedeuten müßten, was sie für den Frieden der Welt bedeuten würden, ist ohne weiteres leicht verständlich.

Am Ende würde die Minderheit der Status quo-Anhänger es sich nicht bieten lassen, von der deutschen Mehrheit regiert zu werden; sie würden zum Völkerbund laufen und seine Hilfe anrufen, und der Völkerbund müßte angesichts der unüberbrückbaren Spannungen die auf Veranlassung einer französischen Saardenkchrift zugesprochene demokratische Freiheit so schnell als möglich kassieren.

Damit fielen ohne weiteres alle vor der Abstimmung gegebenen Versprechungen unter den Tisch und müßten nachträglich als Wahlmanöver und Lügen gebrandmarkt werden.

Ähnlich verhält es sich mit den wirtschaftlichen Forderungen und Versprechungen, die in der saarfranzösischen Denkchrift zum Ausdruck kommen.

Ein Status quo-Saargebiet also ist nicht nur das Hindernis für eine deutsch-französische Verständigung, — es wäre nicht zuletzt ein ständiger Gefahrenherd für die nationalpolitische Einheit der französischen Nation selber.

Anhänger des Status quo sind in der Hauptsache die aus Deutschland emigrierten marxistischen und kommunistischen Anführer und deren Gesinnungsgenossen im Saargebiet. Nebenbei gesagt, Gesinnungsgenossen, die ihre parteipolitische Weltanschauung über alle Interessen des Volkes und der Nation stellen, der sie blutsmäßig angehören. Sie erstreben **ein Aktionszentrum im Herzen Europas!**

Sie erstreben ein sicheres Asyl, von welchem aus sie die beiden Nachbarvölker mit ihren internationalen kommunistisch-marxistischen Ideen verseuchen möchten.

Ein Status quo-Saargebiet — das wäre nicht der Sieg Frankreichs über Deutschland, das wäre nicht der Sieg der französischen Demokratie über den deutschen Nationalsozialismus, — das wäre der Sieg des internationalen Bolschewismus gegenüber allen europäischen Staaten, die als völkische und nationale Einheiten im Internationalismus der Kommunisten den Todfeind ihrer Staatsverbände sehen. Denn das eine muß doch auch jedem Franzosen zu denken geben: zum allerersten Male in der Geschichte des Kommunismus haben sich die zweite und dritte Internationale zusammengeschlossen, sind ein Kompromiß eingegangen. Nicht aus Liebe zu Frankreich — nicht aus Liebe zu Deutschland — und auch nicht aus Liebe zur zweiten Internationale,

sondern

einzig und allein, um ein staatsloses Aktionszentrum im Herzen Europas zu gründen — gegen den Nationalsozialismus, gegen die Demokratie, gegen Westeuropa!

Das Status quo-Saargebiet als Aktionszentrale der Kommunisten und Emigranten würde zur Giftküche Europas. Frankreich, das sich selbst im Augenblick gegen Marxismus und Kommunismus verteidigt, liegt im schwersten Kampf mit denselben Kräften, die an der Saar mit seiner Protektion einen Sieg erhoffen. So gewinnt das Saarproblem für die zukünftige Entwicklung Europas doppelte Bedeutung: es ist entscheidend für das deutsch-französische Verhältnis der Zukunft, es könnte sogar entscheidend werden für die innerpolitische Entwicklung Frankreichs.

Was ist nun Wahrheit?

Die zweite Abstimmung ist nur das Aushängeschild für ein Dauerasyl der Emigranten.

Um diese Emigranten besorgte Ausländer fragen immer wieder, was nach der Rückgliederung aus den Emigranten würde, die sich im Saargebiet aufhielten.

Diese Frage muß einmal anders formuliert von uns gestellt werden.

Was würden die Emigranten tun, wenn es zum Status quo käme? Würden sie etwa den Versuch machen, das Saargebiet zu einer Brücke friedlicher Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu gestalten?

Im Gegenteil: sie würden maßlos mit den niedrigsten Mitteln gegen das gleiche Deutschland hasserfüllt weiterheben, von dem heute die Welt Wohlwollen gegenüber den Emigranten fordert. Wie würde wohl Frankreich oder jedes andere Land, das auf nationale Ehre hält, unter diesen gleichen Voraussetzungen diese Frage beantworten.

Ich darf wohl daran erinnern, daß die Emigranten, also Separatistenpresse ihr eigenes Vaterland und dessen Führer der Schuld an dem ruchlosen Verbrechen in Marseille bezichtigte. Kein anderes Ziel war es, als die Welt zum Kriege zu heizen gegen Deutschland, um vielleicht so den deutschen Arbeiter, der sich von ihnen abgewendet hat, im Blute zu erstickten. Es gibt für ein solches Verbrechen überhaupt keine Darstellungsmöglichkeit. Wer will uns zumuten, diesen Leuten vielleicht deshalb um den Hals zu fallen, weil sie nicht noch schändlicher handeln an ihrem eigenen Volke und am Frieden der Welt.

Zur Emigrantenfrage

gibt es nur die eine Antwort:

1. Wir wünschen unserem deutschen Saarvolf nach 15jähriger Trennung keinen Tag länger diese Landplage der Gefinnungslosigkeit.

2. Wir werden dafür sorgen, daß diese Menschen keine Möglichkeit haben, auf deutschem Boden die Führer fremder Staaten oder die des eigenen Landes meuchlings niederzunknallen, um so einen Weltbrand legen zu können, und

3. das soll das Werturteil sein: Alle Emigranten und erst recht die Summe ihrer Hehen und Verleumdungen gegen Deutschland machen diese Leute für uns nicht so wertvoll, als daß wir ihretwegen auch nur die leiseste Verstimmung in einer friedlichen Entwicklung aufkommen lassen.

Und, wenn man nun sagt, unter den Emigranten seien auch solche, die sich längst von dem würdelosen Treiben der Hauptdrahtzieher distanziert hätten, so haben diese ja die allerbeste Gelegenheit, im Saargebiet vor aller Öffentlichkeit in geeigneter Weise ihren Willen zur Anständigkeit zu dokumentieren.

Es wird oft die Polizeifrage erörtert. Die Polizeifrage ist eine Emigrantenfrage. Die Herren Emigranten sind es ja doch, die das eigene Volk beschimpfen und so den Unwillen der Bevölkerung heraufbeschwören. Sie sind es doch, die zum Kriege gegen Deutschland heizen. Sie konstruieren doch die Zwischenfälle und markieren, wenn es sein muß, einen Putzsch. Diese Menschen schaffen doch die eigentliche Voraussetzung für die Notwendigkeit einer verstärkten Polizei.

Die Polizeifrage wäre entschieden billiger, loyaler, friedlicher und aufrichtiger zu lösen, nämlich dadurch, daß man eben die Voraussetzung für die Notwendigkeit der Polizei beseitigt. Das Verfahren dafür wäre höchst einfach. Wenn morgen der letzte Emigrant das Saargebiet verlassen hat, dann bleibt wenig mehr übrig, was die Sicherheit und Ruhe des Landes gefährdet.

Arbeiter und Marxismus

Für viele Menschen war der Marxismus die Verteidigungswaffe ihrer Armut. Das Primäre war nie für sie der Marxismus, sondern ein seelischer oder physischer Notzustand, der nach einem Ausweg suchte. Ich stehe nicht an zu erklären, daß der suchende deutsche Arbeiter wertvoller ist, als vielleicht jener, der ihm mit Drohungen den Weg zu Deutschland versperren möchte. Wenn der Marxist am 13. Januar zu seinem Vaterland sich durchringt, trotz der schamlosen und widerlichen Hehe einiger seiner eigenen Genossen, dann hat nicht die internationale Idee gesiegt, sondern das deutsche Blut des Arbeiters und dieser Sieg ist geabelt durch die Ueberwindung und Größe der Widerstände.

Je länger die deutschen Arbeiter irreführt waren und je gründlicher sie von dem Irrtum befreit wurden, um so dankbarer und treuer waren sie für die Befreiung.

Daher ist es doch heute so in Deutschland, daß der Führer keinen braveren und treueren Kameraden hat, als den deutschen Arbeiter.

Und wie er, werden die Kolonnen der Gewerkschaften von der Saar sich eingliedern in diese Kameradschaft als gleiche Ka-

Erleichterungen bei der Grenzkontrolle

Um eine bessere Abwicklung des Verkehrs zu gewährleisten und den Reisenden entgegenzukommen, werden auf den größeren Bahnhöfen des Saargebietes Grenzbescheinigungen ausgestellt, so daß die Reisenden in der Lage sind, schon vor Erreichung der Grenzstation die Bescheinigungen auszufüllen. Den deutschen Zollbeamten braucht dann nur der Paß zur Vergleichung der Unterschrift und Abstempelung vorgelegt zu werden.

Durch Herabsetzung der Freigrenze von 50 auf 10 RM. oder deren Gegenwert in Devisen stößt die Zollverwaltung vielfach noch auf Zuwiderhandlungen und Mißstände, so daß manche Reisende oft erst den nächstfälligen Zug benutzen können.

Jetzt werden von Zweibrücken aus Beamte den durchgehenden Eil- und D-Zügen bis Landau entgegen geschickt, welche die Reisenden über alle einschlägigen Bestimmungen aufklären. Durch die Beamten können auch inländische Ueberweisungen oder Hinterlegungen vermittelt werden. Infolge der Vorbereitungsarbeit in den fahrenden Zügen wird die Abfertigung in der Grenzhaltestelle rascher erledigt.

meraden, mit gleichen Rechten und Pflichten in dem gleichen Vaterland. Wer aus Idealismus zu seinen Kameraden stand, wer mit deutschem Herzen sie zu Deutschland führt, der gehört zu uns und wir zu ihm.

Und die anderen?

Es gab eine Zeit in Deutschland, da durchzogen die G o t t l o s e n v e r b ä n d e die Hauptstädte. In Zeitungen, Theatern und Kinos wurde alles, was den Menschen heilig ist, heruntergerissen und in den Kot getreten.

Das geschah nicht zu einer Zeit, da Hitler regierte, sondern da die Repräsentanten mit den berufenen Vertretern jener Parfeirichtungen gemeinsame Politik machten, die den Atheismus auf ihre Fahne schrieben.

Damals war es möglich, angesichts einer solchen Regierung, daß man auf einem Lastwagen katholische und protestantische Priester im betrunkenen Zustand nachahmte.

Also geschehen in Berlin, ehe Hitler regierte. Ich frage: War das das richtige Deutschland zur Verteidigung des Christentums? Am Ende jener Entwicklung hätten brennende Kirchen und Klöster die Christentumsfreundliche Haltung und Sorge wahrhaftig in erschreckender Weise beleuchtet. Seit der Führer regiert, sind diese Dinge vorüber. Damals erhob sich im Saargebiet keine Stimme, die erklärte, zu diesem Deutschland wollen wir nicht.

Im Gegenteil: ganz dieselben, unter deren Verantwortung das Christentum durch den Bolschewismus in Gefahr kam: sie sehnen angeblich wieder diesen früheren innerpolitischen Zustand herbei. Das kann keine religiöse Sorge sein, wenn man sich so entscheidet. Nichts kennzeichnet deutlicher die Unwahrhaftigkeit der Vertreter dieses Christentums als die Tatsache, daß sie unter dem Zeichen des Kreuzes in einer Presse alles das zusammentragen und zusammenfügen, was ihrem so wenig christlichen Geschäft zuträglich erscheint. Es möge da oder dort ein Fehler gemacht werden, es wäre aber schlecht um das Christentum und seine inneren Werte bestellt, wenn diese durch menschliche Unzulänglichkeit in Gefahr kämen.

Nur ein Bekenntnis...

Bejahung des Volkstums ist göttlicher Wille, Verneinung des Volkstums aus angeblicher Religiosität ist politische Lüge. Der Sinn der Religion ist aber nicht Lüge und politisches Geschäft, sondern Ehrfurcht vor der Wahrheit der natürlichen Gesetze und dem Gesetzgeber.

Die Saarabstimmung wird so zum Rechenschaftsbericht an die Geschichte über die Qualität unseres Volkes und der dieses Volk beeinflussenden und tragenden Kräfte.

Wer das Bekenntnis zum eigenen Volk von irgendwelchen Zugeständnissen materieller oder sonstiger Art abhängig machen möchte, ist ein gewissenloser Mäler, nie aber ein guter Deutscher. Die Saarfrage eignet sich nicht für Erpressungen irgendwelcher Art, vielmehr eignet sie sich zum Beweis grenzenloser Liebe und Hingabe aller zu allen. Würde die Frage heute in Deutschland gestellt: Bekenntst du dich deutscher Mann, deutsche Frau zu den deutschen Brüdern und Schwestern an der Saar, so würden Protestanten, Katholiken, die letzten Reste der

Margisten, alle ohne Unterschied mit einem einzigen Ja antworten. 43 Millionen würden zu einer Million Ja sagen, d. h. das deutsche Blut würde seine Antwort geben an das deutsche Blut.

Keine andere Frage wird am 13. Januar an das Saargebiet gestellt. Wer seinen deutschen Brüdern statt mit „Deutschland“, mit „Frei-Saar“ antwortet, der möge es vor seinen Kindern und seinem Gewissen verantworten.

Das Gewissen der treuen Deutschen an der Saar sind die 20 000 Toten unter den 2 Millionen unserer Gefallenen, die alle für das gleiche Vaterland starben.

Bei den emigrierten Unterzeichnern eines Aufrufes für den Status quo befindet sich jener Herr Professor Gumbel, der sagt: „Die deutschen Soldaten sind auf dem Felde der Unehre gefallen.“ Das ist das Gewissen der anderen.

So stehen die Fronten klar: Hier Deutsche und hier Nichtdeutsche, die aber auch keine Franzosen sind. Hier die Menschen, die heim wollen zu ihrem Vaterland und Führer, und dort jene, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt. Die Stimme dieses Gewissens ist Verrat und Unehre! Wir wollen den Frieden, sie leben vom Haß!

Niemand wage aber zu sagen, das wäre der deutsche Arbeiter, der Bauer, der Katholik, der Protestant an der Saar und von der Saar. Nein, es sind jene Entwurzelten, die um die 30 Silberlinge sich schlagen.

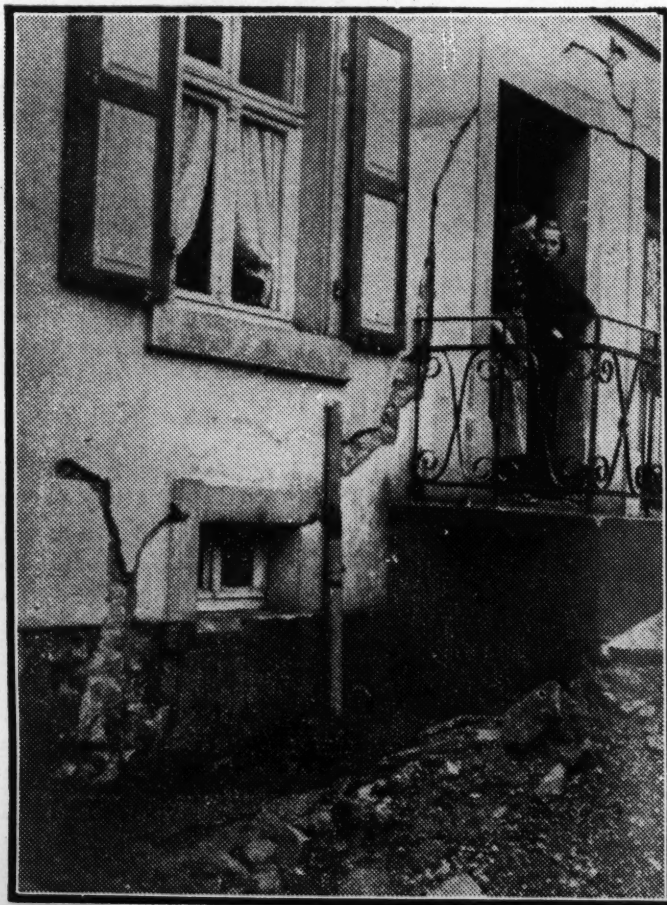
Drunten im Schacht aber liegt mit der Grubenlampe in der Hand einer, der trägt noch jenen alten Soldatengürtel auf dem steht: „Gott mit uns! In Treue fest!“

Und das ist unser Deutschland!

Der Status quo in der Wirklichkeit

Zerstörte Grubendörfer — Das Schicksal eines Status quo-Saargebiets

Solange der französische Grubenfiskus die Saargruben ausbeutet, solange dauern die Klagen über die rücksichtslosen Abbaumethoden. 15 Jahre lang hat Frankreich an der Saar Kohlen gegraben ohne Rücksicht darauf, ob über dem Abbaufeld Häuser oder ganze Ortschaften in sich zusammenstürzten. Am bekanntesten ist die Verwüstung des Bergmannsortes Schnappach geworden. Einst eine schmutze landschaftlich reizend gelegene Kolonie, stellt sie heute das Bild der restlosen Verwüstung, des Verfalls dar. Aber auch zahlreiche andere Bergmannsdörfer sind von ähnlichem Schicksal getroffen worden. Man kann behaupten, daß überall dort,



Wohin man blickt, überall sind Risse in den Mauern.

wo der Franzose im Saarland die Gruben ausbeutete, die Kunstbauten an der Oberfläche darunter zu leiden hatten.

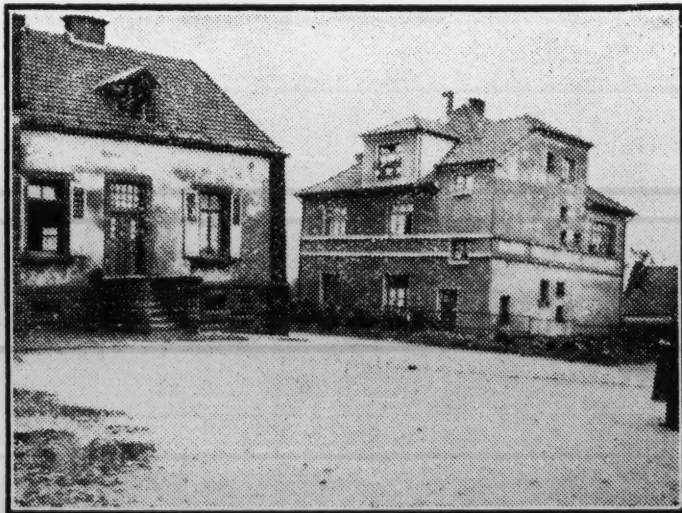
Von der saarländischen Presse ist vor kurzem eine Besichtigungsfahrt durch diese Grubengebiete unternommen worden. Was sie dort gesehen und zum großen Teil auf der Photoplatte festgehalten haben, ist so erschütternd und so niederdrückend, daß man den Völkerbund an diese Stellen führen möchte, um ihm die Frage vorzulegen, ob das die Segnungen sind, die er dem seiner Fürsorge und Betreuung anvertrauten Lande zu bringen einst versprach. Man sollte aber auch jene Kreise der Abstimmungsberechtigten, die vielleicht geneigt sind, sich von dem Phrasendrusch der Status-quo-



Die Außengiebel sind stehen geblieben, die Mitte des Hauses hat sich gesenkt.

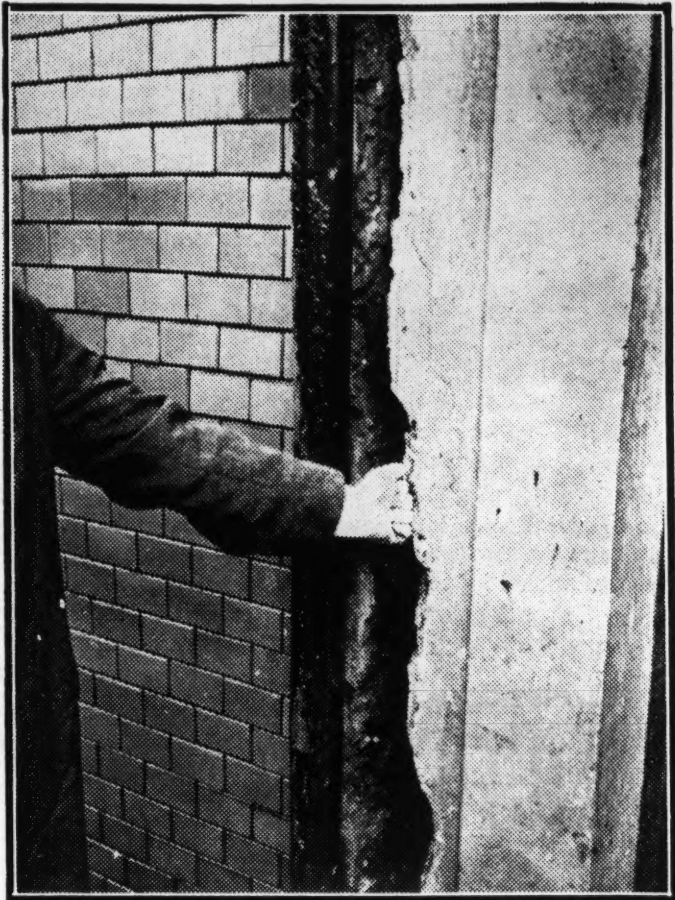
Separatisten betören zu lassen, an diese Stätten führen, damit sie einen Begriff davon bekommen, was der Status quo für weitere Folgen für ihr Land und ihre Wohnstätten haben müßte. Denn im Falle des Status quo fallen die Saargruben Frankreich für alle Zeiten zu. Es wird seine Abbaumethoden, wenn ihm die Gruben niemand mehr streitig machen kann, nicht etwa ändern, sondern wird den Raubbau noch verschärfen.

Halten wir hier fest, was die „Saarbrücker Zeitung“ und die „Saarbrücker Landeszeitung“ über diese Stätten der Verwüstung durch Frankreichs Raubbau verzeichnet haben. Wir erwähnten schon Schnappach. Es ist, wie Rudolf Rehanek in der „Saarbrücker Landeszeitung“ mit Recht sagt, im Saarkohlenggebiet bereits ein Begriff geworden: Innerhalb knapp fünfzehn Jahren



Preisfrage: Welches Gebäude steht schief? Das linke. Es ist das alte Schulhaus in Heiligenwald.

verwandelten die französischen Abbaumethoden die ehemals stark aufblühende Bergmannskolonie in ein sterbendes Dorf. Bei einem Gebäude in der Mariannentaler Straße betrug die Senkung mit der Zeit 2,40 Meter. Das Gebäude, das inzwischen polizeilich gesperrt wurde, kam in Schiefslage und näherte sich dem Nachbargebäude um rund 40 Zentimeter. Beide Bauten weisen Risse und Sprünge von Fußstärke auf, während eine fast meter-



Risse, durch die man bequem mit der Hand in das Hausinnere greifen kann.

dicke Grundmauer eine Handbreite auseinander klappt. Für das bisher noch bewohnte Nachbargebäude ist zum 14. Januar Räumungstermin wegen Einsturzgefahr festgesetzt!

Die Bevölkerung dieser in Mitleidschaft gezogenen Dörfer ist sich über die Ursachen solchen Vernichtungswertes durchaus im klaren, denn sie sind in diesem Ausmaß erst nach dem Kriege, „seit die do sinn“, aufgetreten. Vielsach zeigen sich die Schäden schon während des Abbaues, da der Verbau meistens sehr schlecht ist. Den Beweis dafür erbringen nach der „Saarbrücker Zeitung“ nicht nur die vielen älteren Häuser, deren Besitzer die letzten Jahre als Entstehungszeit der Schäden angeben. Den Beweis aber liefern auch die erst in den letzten Jahren erbauten Häuser.

Neben Schnappach ist besonders Herrnsdorf sehr schwer von diesen Grubenschäden betroffen. Kaum ein Haus ohne mehr oder weniger starke Risse oder ohne Verankerungen. In der evangelischen Kirche befindet sich keine Mauer, die nicht Risse und Brüche aufweist; erst kürzlich mußte durch die Grubenverwaltung der Schwerpunkt des Glockenturms verlegt werden, da sonst die Gefahr des Einstürzens beschleunigt wurde. Der Saal des Evangelischen Vereinshauses wurde innerhalb drei Jahren zweimal von Grund auf renoviert. Zur Zeit sind wiederum Handwerker an der Arbeit, um durch das Einziehen stark gebogener Deckenverstreben das Zusammenfallen der Mauern zu verhindern. Bei der neuen katholischen Kirche versucht man solchen Gefahren dadurch auszuweichen, daß man die ganze Kirche auf einer Riesen-Eisenbetonplatte errichtet. Besonders stark in Mitleidschaft werden auch die Gas- und Wasserrohrleitungen gezogen. Allein in der Jägerstraße sind auf etwa dreißig Meter insgesamt vierzehn neuere Rohrbruchstellen zu verzeichnen.

In Dudweiler steht „Auf der Süd“ ein Haus, dessen Giebelmauer 50 Zentimeter aus dem Lot hängt.

In Altenwald sind besonders die Querstraße, die Kirchstraße und die „Untere rote Weiher“-Straße betroffen. In der letzteren Straße hängen sämtliche Häuser nach rechts. Um die Senkung, die stellenweise bis zu 60 Zentimeter beträgt, einigermaßen auszugleichen, wurden die Zimmer in mehrere Stufen „eingeebnet“.

Ein Prozeß zwischen der Gemeinde Hühnerfeld und der Grubenverwaltung auf Instandsetzung von grubenbeschädigten Häusern wurde zugunsten der Gemeinde ausgetragen. Bei den Häusern handelt es sich um eine erst in den Jahren 1928—30 erbaute Siedlung.

Einen besonders trassen Fall bietet Landsweiler. Hier geriet ein vor sechs Jahren erstellter Neubau durch eine Grubensenkung von 1,20 Meter in eine Schiefslage von rund 35 Zentimeter. Der Bau mußte wegen Einsturzgefahr abgerissen und von Grund auf (seitens der Grubenverwaltung) wieder aufgebaut werden! —

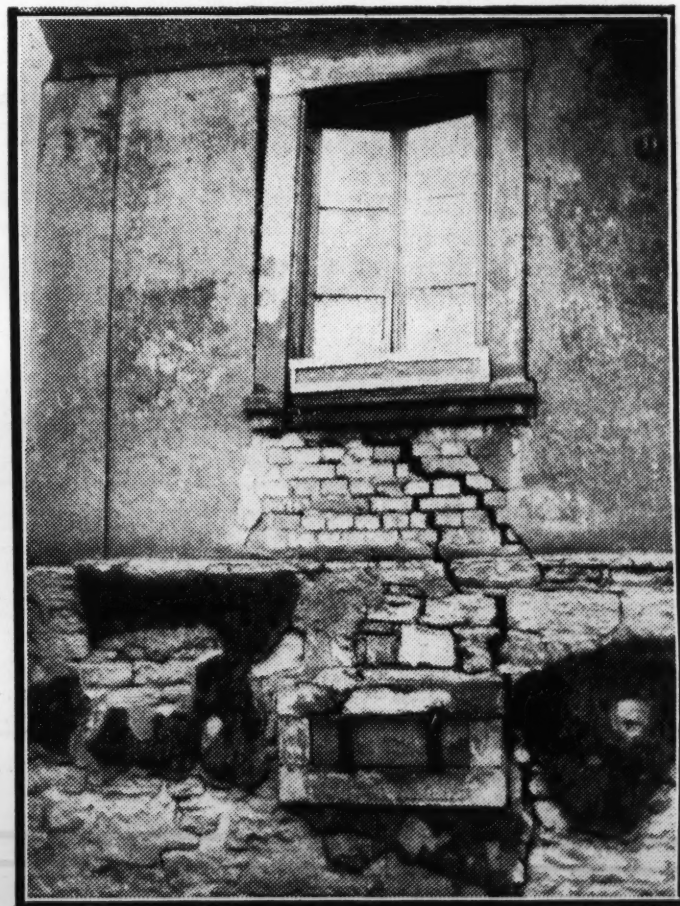
Die alte Schule in Heiligenwald hat sich um etwa 60 Zentimeter gesenkt. Kein Haus befindet sich hier, das nicht durch mehrere starke Anker gesichert ist.

Wie die französische Grubenverwaltung die Geschädigten ab speist, beleuchtet ein Fall in Quierschied. In der Rathausstraße befindet sich ein im Jahre 1923 erbautes Wohnhaus mit Villencharakter. Infolge der wiederholten Senkungen mußte dieses Haus im Laufe der Jahre mit nicht weniger als 31 Anker (!) gebunden werden. Den Wertverlust des Hauses vermag jeder abzuschätzen, dessen Begriffe über Wert und Unwert noch einigermaßen klar sind. Nicht so scheint es jedoch bei der Grubenverwaltung zu sein. Wäre es sonst möglich, daß sie den Minderwert des für alle Zeit ruinierten Wohnhauses auf sage und schreibe 5000 Franken festlegen konnte? (!)

Ähnlich verhält es sich mit den Neubauten, die sich einfache, aber strebsame Leute aus Ersparnissen und aus Kriegsbeschädigten-Abfindung in Fischbach (Eichendorffstraße) erstellt hatten. Die erst wenige Jahre stehenden Häuser weisen in allen Räumen Risse auf, die auf die Dauer eine Bewohnbarkeit überhaupt in Frage stellen.

Der Zynismus der Grubenverwaltung

Ein besonderes Wort muß noch der Grubenverwaltung gewidmet werden, der es offenbar ein besonderes Vergnügen bereitet, in zynischer Weise die Beschwerden der geschädigten Bevölkerung zu beantworten und selbstverständlich zurück-



Ein wenig erbaulicher Anblick.

Hier kann man mit dem Fuß sogar durch die Wand.

zuweisen. Aus diesem Verhalten der französischen Grubenverwaltung an der Saar erhält man den besten Beweis dafür, daß Frankreich das Saargebiet bereits aufgegeben hat, und daß der ganze Denkschrift-, Rede- und Propagandarummel um den Status quo nichts anderes als eine Verschleierungstaktik darstellt. Denn für so dumm halten wir die Franzosen doch nicht, daß sie die Bevölkerung an der

Saar etwa durch solchen Anschauungsunterricht über die künftigen Verwaltungsmethoden in einem „annektierten Saargebiet“ rechtzeitig an diese gewöhnen wollen. Die in der Denkschrift und in der Genfer Rede Barthous geäußerte französische Sorge um das Wohlergehen und die Rechte der Bevölkerung paßt zu dem tatsächlichen Vorgehen Frankreichs an der Saar wie die Faust aufs Auge. Für solche Methoden vermögen sich eben nur Kreaturen zu begeistern, wie wir sie in den „Hoffmännern“ aller separatistischen Farbenshattierungen kennengelernt haben.

Hier einige Beispiele, wie Frankreich die Saarbevölkerung bisher behandelte und wie es sie auch in Zukunft behandeln wird:

Ein Neuhausbesitzer in Herrensohr, dessen Haus in den Jahren zwischen 1927 und 1929 gebaut wurde, meldete Mitte Mai 1934 in seinem Haus entstandene Schäden an. Wir selbst sahen einen fingerbreiten Spalt, der durch die Wand im Erdgeschloß bis in den Keller verlief. Vier Monate später kam der Bescheid, daß über die Entstehung des Schadens noch Zweifel (!) bestehen und daher für die Grubenverwaltung kein Grund besteht, Schadensersatz zu leisten!

Sehr beliebt ist bei Neubauten die Redewendung, daß je des Haus sich setzen müsse. Dies gehe nicht ohne Risse ab. Nun: Mit Recht würde kein Mensch mehr ein Haus bauen, wenn derartige Erscheinungen, wie wir sie in Dutzenden Neubauten sehen konnten, die Regel bildeten.

Was es heißt, von der Grubenverwaltung Ersatz zu erhalten, weiß der Schnappacher Bürger, den wir besuchten, genau. Seit einem Jahr hängt die Sache nun in Saarlouis. Seit sechs Jahren kämpft der Mann um sein Recht. Inzwischen ist ein Riß in seinem Haus 15 Zentimeter breit geworden.

In Hühnerfeld stehen Neuhäuser. 1928 gebaut. Sie sind so mitgenommen, daß ein Verkauf für die Eigentümer ein Verlustgeschäft ohnegleichen bedeutet. Die Grubenverwaltung glaubt 5 Prozent Minderwert annehmen zu dürfen. Dieses Angebot spricht für sich.

In Landsweiler: Ein Haus, 1927 gebaut, Risse überall. Der Schaden wird gemeldet. Was glauben Sie, wie die Antwort ausfällt? Auf die einfachste Formel gebracht so: Der Schaden ist noch nicht schlimm genug!

In Quierschied: An einem Geschäftshaus gingen Schaufensterscheiben entzwei. Der Schaden wurde von der Grubenverwaltung anerkannt. Als kürzlich wieder eine Scheibe entzweiging, lehnte die Bergverwaltung einen Schadensersatz ab mit dem Bemerkten, daß eine andere Ursache vorliege. Nur welche Ursache, das wurde noch nicht herausgeknobelt.

In Fischbach: Ein stabiles Haus. 1926 errichtet. 1932 reißen die Wände. Zuerst stellte die Grubenverwaltung fest, daß das die üblichen Erscheinungen bei Neubauten sind. Sie muß einen

Rückzieher machen. Denn nach sechs Jahren hat sich ein Haus längst gesetzt. Da war halt die etwa 30 Meter vom Haus vorübergehende Eisenbahn schuld.

(Uebrigens: Wenn ein beschädigtes Haus an einer nur etwas belebten Straße liegt, sind es zunächst die Kraftwagen, die schuld sein müssen. Führt noch die Straßenbahn durch diese Straße, dann ist auch die elektrische Bahn schuld. Führt aber eine Eisenbahnlinie nicht allzuweit an dem betreffenden Haus vorbei, dann sind es bestimmt die Züge.) Aber auch diese Ausrede nützt nichts. Denn die Bahn leidet selbst unter den Grubenschäden und oft genug muß neuer Schotter untergebracht werden, um die Gleise zu heben.

In Püttlingen: Die Risse ziehen sich aus dem Keller bis in das zweite (aufgestockte) Geschloß. Die Schäden im Keller, im Erdgeschloß werden anerkannt. Aber Ersatz für die Schäden im aufgestockten Teil des Hauses wird abgelehnt.

Es kommt noch viel, viel interessanter: In Köln mußten in einem Haus schließlich doch die Schäden anerkannt werden. Sie wurden ausgebessert. An die 17 000 Franken Minderwert wurden zugebilligt. Das war 1929. Damals hat die Grubenverwaltung ausdrücklich mit dem Besitzer schriftlich vereinbart, daß alle etwa nach der Wiederherstellung auftretenden Bergschäden geltend gemacht werden können. Was der Besitzer 1934 schon wieder tun mußte. Und die Antwort?

„Wir konnten nicht den Eindruck gewinnen, daß die an Ihrem Haus vorhandenen Beschädigungen in irgendeinem Zusammenhang mit eventuellen Einwirkungen des Grubenbetriebes gebracht werden können, sondern halten dieselben für die Folgen der Bauart und ungenügende Unterhaltung für ausreichend erklärt. Ihrem Antrag auf Beseitigung durch uns kann nicht stattgegeben werden.“

Also 1919 war es an ein und demselben Hause einwandfrei der Grubenbetrieb und 1934 lags an der Bauart des Hauses.

Die Bevölkerung an der Saar wird sich angesichts solcher Tatsachen besonders kritisch die Leute ansehen, die es heute noch wagen, die Bevölkerung für den Anschluß an Frankreich — denn der Status quo ist nichts anderes als die Auslieferung des Saargebiets an Frankreich — gewinnen zu wollen. Da es sich fast ausschließlich um nichteingesessene Personen handelt, kann man nur eines annehmen, daß sich diese verantwortungslosen Menschen an der Bevölkerung rächen möchten, weil sie sich so unerschütterlich deutsch gezeigt hat. Man möchte sie deshalb einem Schicksal zuführen, in dessen Hintergrund nicht nur die bisherige Rechtlosigkeit, sondern auch die völlige wirtschaftliche Vernichtung steht. Schnappach, Jägersfreude, Quierschied, Fischbach und wie sie alle heißen mögen, sind die Symbole einer Status-quo-Zukunft.

Frankreichs falsche Saar-Rechnung

Als Frankreich in Versailles die Saarannexion versuchte, glaubte es sich bereits am Ziel seiner Eroberungspläne. Es waren wirtschaftliche, politische und militärische Gründe, die die Saar zu Frankreichs Kriegsziel — schon vor dem Kriege aufgestellt — werden ließ. Der Griff nach dem Saargebiet galt den Saargruben wie der Saarindustrie zur Verstärkung der französischen Rüstungskapazität. Daher der leidenschaftliche Notruf Barthous in seiner Saardenkschrift wegen der bei der Rückgliederung der Saar nach Deutschland eintretenden Schädigung der französischen Interessen. Denn die Kohlenvorräte des Saargebietes, überwiegend Steinkohlen, werden auf etwa 10 Milliarden Tonnen geschätzt. Die technische Bedeutung der Saarkohle liegt in ihrer hervorragenden Eignung als Gas- und Industriekohle, dagegen weniger in ihrer Verwendungsfähigkeit zur Herstellung von Hüttenkoks.

Seinen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung nahm der Kohlenbergbau und zugleich damit die saarländische Industrie unter dem deutschen Regime von 1815 bis 1919. Und hier ist vor allem die vernünftige Sozialpolitik des preußischen Staates anzuerkennen, der im saarländischen Kohlenbergbau eine fast vollkommene Monopolstellung innehatte. Trotz der Steigerung der Kohlenförderung auf das 130fache und das gleichzeitige Anwachsen der Bergarbeiterschaft von weniger als 1000 auf 57 000 Mann, überwachte

der Staat zielbewußt das Tempo der Industrialisierung. Nur dadurch ist es zu erklären, daß das Industriegebiet an der Saar mit seiner außerordentlichen Bevölkerungsdichte auch heute noch landschaftliche Schönheiten und vor allem für ein so eng besiedeltes Industriegebiet bewundernswert gesunde Wohnverhältnisse aufweist.

Im Gegensatz zu dieser Politik auf weite Sicht steht die Politik des französischen Staates in den vergangenen 15 Jahren, der die Saargruben durch die „Administration des Mines dominales francaises de la Sarre“ in eigener Regie betreibt. Frankreich hat in der kurzen Spanne Zeit, die ihm zur Ausnutzung der Saargruben verblieb, einen typischen Raubbau getrieben. Dabei hat die französische Bergwerksverwaltung einen schweren Fehler gemacht, indem sie den früheren Hauptabnehmer der Saarkohle, Süddeutschland, aufgegeben hat. Diesen Ausfall hat auch die Steigerung des Absatzes nach Frankreich bei weitem nicht auszugleichen vermocht.

Eng verbunden mit dem Steinkohlenbergbau ist die Entwicklung der übrigen saarländischen Großindustrien. Hier nehmen vor allem die eisenverarbeitende und eisenverarbeitende Industrie, die Glasindustrie und die keramische Industrie eine überragende Stellung ein. Die Hüttenwerke des Saargebietes sind überwiegend Werke mit gemischter Produktion, d. h. sie produzieren Roheisen, Rohstahl und Walzwerks-

erzeugnisse in einem Arbeitsgang. Verhüttet werden zu neun Zehntel lothringische Minetterze. Aber auch die Nebenproduktengewinnung wie Thomasmehl, Rohsteer, Benzol, schwefelsaures Ammoniak und Süttenzement ist außerordentlich umfangreich und von großer wirtschaftlicher Bedeutung.

Die saarländische Glasindustrie, die sich nach dem Kriege fast ganz auf Tafelglas und Hohl- und Preßglas spezialisiert hat, ist als erste zum modernen maschinellen Verfahren bei der Tafelglaserzeugung übergegangen und hat diese führende Stellung trotz aller Schwierigkeiten beibehalten können. Neben der alteingesessenen keramischen Industrie haben eine Reihe weiterer Industrien sich gut entwickeln können. So haben besonders die chemische Industrie, die Genußmittelindustrie und die Textilindustrie wie auch die Möbel- und die Papierindustrie über das Saargebiet hinaus Bedeutung erlangt.

Wie in allen Industrieländern ist auch im Saargebiet die Absatzfrage die Lebensfrage der Industrie schlechthin. Die Saarindustrie wurde durch das Ausscheiden aus dem deutschen und den Anschluß an das französische Zollgebiet schwer erschüttert. Hätte das Deutsche Reich als der natürliche Absatzmarkt des Saargebietes der saarländischen Industrie nicht die Einfuhrzölle gestundet und später in den verschiedenen Saarzollabkommen zollfreie Einfuhr eingeräumt, so wäre der Zusammenbruch verschiedener Industrien wohl kaum zu vermeiden gewesen. Etwa die Hälfte der gesamten industriellen Produktion des Saargebietes wird vom Reich aufgenommen, während der Anteil Frankreichs vergleichsweise sehr gering ist. Damit wird aber deutlich, daß die Rückkehr des Saarlandes in den deutschen Reichsverband auch in wirtschaftlicher Hinsicht eine Selbstverständlichkeit ist.

Barthou hat nun in seiner bekannten Saardenschrift an den Völkerbund von der „Schädigung der französischen Interessen“ gesprochen, die sich bei einer Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland ergeben müßten. Dazu ist zunächst zu sagen, daß das Saarregime von vornherein nur für die Dauer von 15 Jahren vorgesehen war, und daß sich Frankreich mindestens vom Jahre 1925 ab über die politische Meinung der Saarbevölkerung mit ihrer Auswirkung auf die endgültige Saarlösung keinerlei Illusionen mehr hingab. Briand selbst hat der französischen Kammer und damit dem französischen Volk keinen Zweifel über den deutschen Charakter des Saargebietes und über seine Rückkehr zu Deutschland gelassen. Wenn außerdem den Franzosen bei ihrem Saarkohlengeschäft ein schwerer Rechenfehler unterlaufen ist, so können sie dafür nicht Deutschland verantwortlich machen und dürfen auch die Saarbevölkerung dafür nicht bestrafen wollen. Frankreich kann trotz aller Bemühungen den Absatzforderungen der Saarkohle nicht gerecht werden. Es ist dadurch in eine Zwismühle geraten. Daraus gibt es nur einen Ausweg: die deutsche Lösung. Im Verband der deutschen Gesamtwirtschaft sind die Saargruben imstande, eine sauber gewaschene Kohle zu liefern und in der Lage, die

sich daraus ergebenden größeren Restbestände anderweitig nutzbringend zu verwerten. Bereits heute ist der Absatz für Strom aus dem Saargebiet in größerem Umfang an die deutsche Elektrizitätswirtschaft nach der Rückgliederung gesichert.

Hauptaufgabe des deutschen Bergbaues an der Saar wird es daher sein, durch Instandsetzung der gesamten Grubenanlagen das von den Franzosen in den vergangenen Jahren Versäumte nachzuholen. Technische Rückständigkeiten kann man sich auf die Dauer trotz der günstigen geographischen Lage des Saar-Kohlenbergbaues nicht leisten, wenn man nicht konkurrenzunfähig werden will.

Es bleibt nur noch die Frage zu erklären, was geschehen müßte, wenn Frankreich neuerdings auf den Bezug von Saarkohle verzichten wollte, nachdem es gerade um des Bezugs willen sogar die Hand nach den Gruben selbst ausgestreckt hat? Dann würde die Aufgabe für Deutschland darin bestehen, die vier Millionen Tonnen, die Frankreich jetzt jährlich abnimmt, (also etwa 40 Prozent der Kohlenförderung) anderweitig unterzubringen. Wer glaubt, daß es im neuen Deutschland eine unlösliche Aufgabe wäre, diese vier Millionen Tonnen dort unterzubringen, würde durchaus verkennen, welche Möglichkeiten in der sehr viel planmäßigeren Wirtschaftsgestaltung unseres Vaterlandes unter den neuen Verhältnissen gegeben sind.

Ueber den Preis der Kohlengruben, den Deutschland nach der unzweifelhaften Heimkehr des Saargebietes zahlen soll, heute etwas Bestimmtes zu sagen, ist unmöglich. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die (deutschen!) Kohlengruben an der Saar Deutschland seinerzeit auf das Reparationskonto mit einem Betrag von 300 Millionen Goldfranken Wert, 10. Januar 1920, gutgeschrieben wurden. Die gesamte europäische Entwicklung seit dieser Zeit hat aber zu einer Entwertung aller Kohlengruben geführt. Der Wert der Saargruben ist durch den Umstand noch weiter gesunken, daß die zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit notwendigen technischen Einrichtungen nicht getroffen wurden. Das Fehlen jeglicher wertschöpfenden oder wenigstens werterhaltenden Investitionen durch die Franzosen muß natürlich bei der Festsetzung des Rückkaufpreises der Gruben in Rechnung gestellt werden, ganz abgesehen von den dadurch entstandenen anderweitigen Schädigungen durch Grubensenkungen. Es ist daher nicht daran zu denken, unerschwingliche Summen für den Rückkauf der Saargruben zu bezahlen. Im jetzigen Zustande sind sie auf die Dauer nicht lebensfähig.

Schon diese wenigen Hinweise genügen, um zu erkennen, daß die „geschädigten französischen Interessen“ etwas fragwürdiger Natur sind, denn Frankreich hat durch seine von Anfang an bei den Saargruben betriebene rücksichtslose Ausbeutungspolitik den Rückkaufpreis schon mehr als einmal vorweggenommen.

Frankreich kündigt Einmarsch an

In einem Teil der französischen wie der englischen Presse wurde in diesen Tagen berichtet, daß die französische Regierung auf Grund eines Ersuchens des englischen Präsidenten der Saarregierung, Knox, den kommandierenden Generalen des VI. und XX. Korps von Metz und Nancy Weisungen erteilt habe zur Durchführung eines „Abwehrplanes für den Fall, daß Deutschland einen Handstreich auf das Saargebiet unternimmt, der französische Gebiet bedrohen könnte“. Da bisher nichts bekannt geworden ist, was Herrn Knox zur Herbeirufung französischer Truppen veranlaßt haben könnte, so gibt es für dieses Vorgehen Frankreichs nur die eine Erklärung, daß mit einer solchen Demonstration erst Unruhe in die Bevölkerung des Saargebietes hineingetragen werden soll, die dann den Präsidenten der Saarregierung veranlassen könnte, um die Unterstützung französischer Truppen zu ersuchen. Dieses Recht leitet Herr Knox aus jenen Abmachungen her, die die Voraussetzungen gewesen sind, daß die Saarregierung und Frankreich sich mit der Zurückziehung der fran-

zösischen Besatzung, die man zuletzt in „Bahnschutz“ umbenannt hatte, einverstanden erklärten.

*

Die erwähnten Meldungen sind geeignet, in allen deutschen und saarländischen Kreisen größtes Aufsehen und Beunruhigung hervorzurufen. Denn derartige militärische Vorbereitungen können jedem Vorwande dienen, um einen Gewaltakt durchzuführen. Schon die Drohung allein mit einer derartigen Aktion ist als unrechtmäßiger Beeinflussungsversuch der bevorstehenden Abstimmung zu verurteilen.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk wünschen nichts anderes als die vertraglich zugesicherte Durchführung der Abstimmung und im Anschluß an diese eine ausschließlich den Wünschen der abstimmungsberechtigten Bevölkerung entsprechende Lösung der Saarfrage.

Es widerspricht dem Vertrag und dem Geist jeder Volksabstimmung, wenn eine an der Abstimmung beteiligte Macht von Seiten des Treuhänders — des Völkerbundes oder seiner

Organe — mit einer militärischen Aktion im Saargebiet betraut würde.

Die Gerüchte über den Einmarsch französischer Truppen in das Saargebiet sind nicht jüngsten Datums; sie sind im Verlauf der letzten Monate in der französischen Presse wiederholt aufgetaucht, und immer ist man dabei von der Behauptung ausgegangen, daß die örtliche Polizei des Saargebiets nicht ausreiche, um Ruhe und Ordnung sicherzustellen. Herr Knor trägt sich seit langem mit dem Gedanken, französische Besatzung ins Saargebiet hineinzuziehen. Er befindet sich dabei in voller Übereinstimmung mit jenen französischen Saarpolitikern, die den Gedanken auf eine Annexion des Saargebiets noch immer nicht aufgegeben haben, und die ihre rührigsten Vertreter in der französischen Saargrubenverwaltung, in der französischen Rüstungsindustrie und in bestimmten französischen Generalskreisen haben.

Wenn heute diese Gerüchte in dieser bestimmten Form und mit der Wiedergabe von Einzelheiten in den verschiedensten französischen und englischen Presseorganen erneut auftauchen, dann wird man annehmen müssen, daß sich dahinter bestimmte tatsächliche Vorgänge verbergen. Man geht dabei wohl nicht fehl in der Annahme, daß Frankreichs letzte Hoffnungen mit Hilfe der Emigranten und Separatisten eine Verschiebung der Saarabstimmung zu erreichen, durch die Haltung der Abstimmungskommission sich als trügerische erwiesen haben. Denn die Abstimmungskommission hat erklären lassen, daß sie alle Vorkehrungen getroffen hat, trotz der rund 110 000 Einsprüche von zum größten Teil sehr fragwürdiger Art die zur Erledigung dieser Einsprüche erforderliche Frist einzuhalten. Daß es sich bei der jetzt angeführten Begründung, „auf Grund vertraulicher Nachrichten müsse mit der Möglichkeit eines deutschen Einfalls in das Saargebiet ernstlich gerechnet werden“, um völlig haltlose Behauptungen zur Irreführung der Öffentlichkeit handelt, ist für jeden vernünftigen Menschen ohne weiteres klar. Eine deutsche Regierung oder irgendeine andere Stelle oder Organisation, die sich mit solchen Plänen beschäftigen würde, würde sich nicht vierundzwanzig Stunden halten können, weil sie dem Hochverratsparagrafen verfallen wäre. In Deutschland gibt es aber auch nicht einen verantwortlichen Menschen, der solche hirnverbrannten Pläne hegt. Deutschlands Recht und Deutschlands Sieg an der Saar sind so unzweifelhaft, daß es gar keinen Grund hat, sich durch einen verbrecherischen Handstreich etwa des Saargebiets versichern zu wollen. Die beste Garantie Deutschlands in der Saar-

frage ist nicht das Schwert, sondern das treue deutsche Herz an der Saar.

Andererseits steht nunmehr fest, daß der von Frankreich vorbereitete Einmarsch in das Saargebiet seit langem geplant war. Das beweist die französische Presse, das beweisen die französischen Propagandaorgane an der Saar selbst, die durch die Feder von Verrätern, Separatisten und Emigranten seit Monaten angebliche Gewaltakte der SA. und ähnlicher Organisationen ankündigen ließ. Immer wieder ist in diesen Kreisen eine solche deutsche Absicht behauptet worden, so daß man offenbar jetzt die öffentliche Meinung weit genug vorbereitet glaubt, um nun ganz offiziell einen französischen „Abwehrplan“ gegen einen angeblichen „deutschen Putsch“ bekanntzugeben. Wahrscheinlich nicht ohne Grund ist gerade in diesen Tagen der einstige Reichsbannergeneral Höltermann in Saarbrücken eingetroffen, dem mutmaßlich, wie seinerzeit hier in Deutschland, die Aufgabe übertragen wurde, Unruhen künstlich hervorzurufen und für die Verbreitung neuer Putschgerüchte Sorge zu tragen.

So lächerlich die französischen Maßnahmen angesichts der völlig ruhigen und einwandfreien Lage erscheinen mögen, so wird man sie in Deutschland doch mit dem nötigen Ernst behandeln müssen. Ein Baseler Blatt hat in diesen Tagen im Hinblick auf die Einspruchsmachtenschaften der Separatisten auf die außerordentliche Verantwortung hingewiesen, die der Völkerbund mit seiner bisherigen Verschleppungstaktik in der Saarfrage übernommen habe. Diese Verantwortung des Völkerbundes tritt durch die Einmarschankündigung Frankreichs in noch weit höherem Maße zutage. Das französische Verhalten zeigt aber, daß sich die französische Regierung gegebenenfalls ohne alle Bedenken über die Grenzen hinwegsetzt, die in der Saarfrage vor allem auch für Frankreich gezogen sind. Denn nicht Frankreich hat zu entscheiden, ob „Gefahr im Verzuge“ ist, sondern der Völkerbund. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß Frankreich mit seiner Ankündigung des Einmarsches auf die Saarverhandlungen einen Druck ausüben will, die bekanntlich in einer Sondertagung des Völkerbundes Mitte November in Rom beginnen sollen. Für Deutschland kann es sich trotz allem jetzt nur darum handeln, völlige Ruhe zu bewahren, die am 13. Januar der Saarregierung, dem Völkerbund, Frankreich und der Welt bewiesen wird, daß Deutschland keinen Anlaß hat, um das Saargebiet besorgt zu sein, denn es war deutsch und will und wird deutsch bleiben.

Saar und Deutschland unzertrennlich

Erhebende Saar-Rundgebung im Rahmen des groß-thüringischen Flugtages in Erfurt am 21. Oktober d. J.

Im Rahmen des großen thüringischen Flugtages in Erfurt fand auf dem Flughafen am Sonntag, 21. Oktober, eine machtvolle Saarkundgebung statt, die sich zu einem eindrucksvollen Treuebekenntnis von mehr als 100 000 Menschen für die Saar gestaltete. Schon am Morgen war halb Erfurt auf den Beinen, und nicht nur viele Zehntausende Menschen lenkten ihren Weg nach dem Nordrand der Stadt, sondern auch unendliche Reihen von Kraftfahrzeugen aller Art nahmen dieselbe Richtung. In der Stadt sammelten sich neben den nationalen Organisationen auch die Belegschaften, um in geschlossenen Zügen nach dem Flugplatz zu marschieren.

Der Flugtag, der unter der Schirmherrschaft des Reichsministers Hermann Göring, des Stabsleiters der WD., Dr. Robert Ley, und des Reichsstatthalters Gauleiter Sauckel stand, wurde mit der Weihe einiger neuer Flugapparate eingeleitet. Nachdem der Anmarsch der Organisationen auf dem Flugplatz beendet war, begrüßte Staatsrat Triebel die vielen Besucher und entbot besonders dem Reichsstatthalter Sauckel einen herzlichen Willkommensgruß.

Dann begann im Rahmen der Flugveranstaltung die große Saar-Treuekundgebung. Nach dem Vortruch von Fräulein Fehlkamm richtete der erste Vorsitzende der Ortsgruppe Erfurt des Bundes der Saarvereine, Herr

Oberregierungsrat Dr. Stegner, herzliche Begrüßungsworte an die Anwesenden, indem er unter anderem ausführte: Immer wieder ist das Gelöbnis von der Saar herübergedrungen: „Ma g kommen, was da mag, wir wollen zurück zum Reich!“ Es gilt für uns, diese Treue mit gleicher Treue zu erwidern. Das ganze deutsche Volk muß hinter dem Saarkolke stehen, eingedenk der Erkenntnis: „Wenn uns die Saar nicht verläßt, dann lassen auch wir die Saar nicht im Stich!“ Die Erfüllung dieser Aufgabe fällt uns heute um so leichter, als wir an der Spitze des Reiches wieder eine starke Regierung haben, die sich schützend vor das Saargebiet stellt und dessen Belange in jeder Beziehung zu wahren gewillt ist. Unser Führer und Kanzler Adolf Hitler hat sich bei den zwei letzten großen Saarkundgebungen eindeutig zur deutschen Saar bekannt, indem er erklärte: „In der Frage der Zugehörigkeit der Saar zum Reich gibt es für uns keine Kompromisse!“ Damit hat der Führer die rechte Lösung ausgegeben: „Wir gehören der Saar und die Saar gehört uns!“ Redner schloß mit einem dreimaligen Sieg-Heil auf den Führer und das deutsche Vaterland.

Die Hauptansprache hielt dann der Leiter der Geschäftsstelle „Saarverein“, Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin, welcher den über 100 000 Zuhörern noch einmal die Zeit des bewundernswerten fünfzehnjährigen Ringens und Leidens des

unter Fremdherrschaft stehenden Saarvolkes aufzeigte. Er führte u. a. aus:

Seit 15 Jahren ringt das deutsche Saarvolk um sein deutsches Volkstum. In Nichtachtung der mehr als 1000jährigen Verbundenheit des Saarlandes mit dem deutschen Volkstum nach Sprache, Sitte, Geschichte, Kultur und Wirtschaft begingen die Urheber des Versailler Schmachdiktats das Verbrechen, diesem deutschen Volksteil sein deutsches Volkstum abzuspochen.

In diesem schönen Lande an der Saar wohnen 800 000 Menschen, die urdeutsch sind.

Deutscher Geist und deutscher Fleiß haben hier in jahrhundertelanger Arbeit ein dichtbevölkertes Industriezentrum geschaffen. Wie die Landschaft, gewaltig unter dem monumentalen Eindruck der Industrieanlagen und doch so schön und offen, so ist der Charakter der Saarländer. Hier hat die Landschaft den Menschen geformt, und ihr ist er in tiefstem Herzen verbunden.

Eine Verbundenheit, die gewachsen ist aus der steten dunklen Bedrohung vom Westen her, die aber immer scheitern mußte an der unerschütterlichen Treue, dem unerschütterlichen Wissen um das Deutschtum.

Gerade die Arbeiter der Industrie, die unbeirrbar Bergleute, sie stehen in der vordersten Linie in diesem Kampfe, sie sind es, die in schicksalsergebener Pflichterfüllung einsam auf ihrem Posten ausharren. Diese Menschen hat Lebenshärte erprobt!

80 000 Bergknappen förderten die im Schoße der Erde lagernde Saarkohle zutage, in den Hütten- und Eisenwerken verdienten 30 000 Arbeiter ihr Brot. Eine Maschinenbau-, Glas- und Tonwaren-Industrie hatte sich entwickelt, und Handel und Gewerbe blühten neben einer gesunden Landwirtschaft in einer tausendjährigen Geschichte.

Solange deutsche Geschichte geschrieben wird, gab das Volk an der Saar glänzende Beweise seiner vaterländischen Gesinnung.

Dieser Boden an der deutschen Saar ist heiliges Land, seitdem es 1870 in der Schlacht bei Spichern mit deutschem Heldentum getränkt wurde. Hier wurde gekämpft und gestorben für Deutschlands Freiheit und Einheit.

Deutschland! Das deutsche Vaterland, das ist das Leitmotiv gewesen in allen Handlungen und Werken und auch dann, als durch den Versailler Schmachfrieden das Unglück über das Saargebiet hereinbrach.

Die Bewohner des Saargebietes, das keinem anderen Gebiete der Welt an Hochkultur nachsteht, sind durch Versailles aller bürgerlichen Rechte, der Selbstverwaltung beraubt, sie sind dazu ausersehen worden, die schwerste Bürde der Wiedergutmachung zu tragen. Zwischen ihrer Heimat und dem Mutterlande sind Zollschranken errichtet worden, die sie vom übrigen Deutschland absondern. Politisch gelangte das Saargebiet unter die Oberhoheit des Völkerbundes, der das Land bis zum Jahre 1935, also 15 Jahre lang, als sogenannter „Treuhänder“ verwalten soll. Eine fremdstämmige Regierung ist dem Saarvolk auferlegt, die im übelsten Sinne des Wortes autokratisch ist. Schlimmer kann ein Mensch nicht vergewaltigt werden in seiner Seele, Ehre und Arbeitskraft.

Der Sieg der nationalen Erhebung in Deutschland hat auch an der Saar die Luft gereinigt. Alle Nationalgesinnten des Saargebietes sind in der Deutschen Front zusammengefaßt, die alle auf das eine Ziel hinstreben: Die vollständige Rückkehr des Saargebietes ins deutsche Vaterhaus.

Wie im Rheinland gab es auch im Saargebiet zunächst zwei Etappen der französischen Ausdehnungspolitik: Die Waffenstillstandszeit, in der die Militärs es „etwas zu toll“ trieben, und die Zeit der gerisseneren Zivilpropaganda.

Unter der Herrschaft der Regierungskommission ist es nicht besser geworden. Sie setzte die Schikanen der Militärbehörden fort. Besonders im Januar 1920 tyrannisierte sie das Saargebiet mit unerhörten Verhaftungen, brutalen Verurteilungen und unzeitgemäßen Ausweisungen. Diese Franzöisierungspolitik scheiterte kläglich. Ihr Mißerfolg wurde besiegelt durch die rheinische Jahrtausendfeier. Eines der Mittel der französischen Durchdringungspolitik war von jeher die Kulturpropaganda, die durch geistige Mittel die Seelen der Saarländer für Frankreich gewinnen wollte. Hand in Hand mit der Kulturpropaganda ging die Wirtschaftspraganda Frankreichs an der Saar. Vaterland heißt für sie etwas Höheres als materielles Wohlergehen. Gerade die Saarländer haben alle aufs tiefste das Gelöbnis und Treuebekenntnis empfunden, das in den Worten liegt:

„Und im Unglück nun erst recht!“

Und wenn man die Saarländer mit Gold und wirtschaftlichen Vorteilen überhäuft hätte, sie lassen sich ihre Seele nicht abkaufen.

Die Saarabstimmung am 13. Januar 1935

Wie müssen die Eintragungen im Paß am Abstimmungstag lauten?

1. Vorname (Rufname), Zuname, Geburtsdatum und -Ort im Paß müssen mit den betreffenden Angaben in der Stimmliste übereinstimmen. Sind mehrere Vornamen in der Liste, so genügt es, wenn im Paß der Rufname steht und umgekehrt. Eine verschiedene Schreibweise der Vornamen ist bedeutungslos; ebenso die Abkürzungen von Vornamen wie Friedrich — Friß, Heinrich — Heinz, Karoline, Lina, Katharina — Käthe. In diesem Fall empfiehlt sich aber die Angleichung des Vornamens im Paß an den in der Liste aufgeführten, weil auf diese Weise die Feststellung der Person des Wahlberechtigten bei der Wahlhandlung beschleunigt werden kann.

2. Abweichungen bezüglich des Berufes und der Wohnung des Abstimmungsberechtigten im Paß und in der Liste sind bedeutungslos, wenn die Personalangaben unter 1. übereinstimmen.

3. Enthält bei einer Frau die Eintragung in der Stimmliste den Namen des Mannes und ihren Mädchennamen (z. B. Müller geb. Schulze Maria), so muß der Paß ebenso lauten. Fehlt in dem Paß der jetzige Name der Frau, oder ist der jetzige Zuname der Frau ohne Angabe des Mädchennamens aufgeführt, so muß der Paß der örtlichen Polizeibehörde zur Vervollständigung vorgelegt werden. Der in der Stimmliste evtl. mitaufgeführte Vorname des Mannes braucht im Paß nicht nachgetragen zu werden.

Jetzt lockt Frankreich mit dem „Status quo“. Da ist zu sagen: Wer den Status-quo-Staat propagiert, verlängert die Krise von Versailles und treibt das Saarland dem Chaos entgegen.

Der Status quo ist tatsächlich unmöglich. Das Saargebiet kann ohne Deutschland nicht bestehen. Wenn der provisorische Zustand der fünfzehn Jahre erträglich war und das ganze System nicht schon vorher elend zusammenbrach, so ist dies nur der Treue Deutschlands zu danken, das trotz der vorübergehenden Trennung das deutsche Saarland nie sich selbst überlassen hat. Die Zollabschnürung würde der saarländischen Wirtschaft den Todesstoß versetzt haben, wenn nicht Deutschland eine „kühne Initiative“ ergriffen hätte und durch Zollstundungen der saarländischen Wirtschaft geholfen hätte.

Das Volk an der Saar wird am 13. Januar 1935 über das Völkerbundsregime, die Regierungskommission und den Völkerbundsrat Gerichtstag halten. Es wird gewiß einige Verräter geben, einige Fanatiker und Verblendete, aber der Saardeutsche wird solchen Verführern nicht folgen. Wir kennen unsere Saardeutschen besser. Wir haben nicht nur mit ihnen 15 Jahre gegen Verwelschung, Versklavung und Entrechtung gekämpft, wir haben mit ihnen vier Jahre im Schützengraben gestanden und wissen, welcher Latsch der Treue die Deutschen an der Saar fähig sind.

Bald sind wir am Ziele. Die Leidenszeit ist aus. Um den Ausgang sind wir nicht bange. Wo bisher deutsches Volkstum durch Abstimmung Gelegenheit hatte, seinen Willen zu äußern, hat es sich für Deutschland entschieden. Und deutsch ist die Saar!

Sie sollen ihn nicht haben, nicht den Rhein und nicht die Saar.

Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler hat dem Saarkalender 1935 folgende Worte gewidmet:

„Die Saar ist für Deutschland ein unzertrennlicher Bestandteil des eigenen Ichs. Wer Euch geschlagen, hat uns geschlagen. Wer Euch geschmäht, hat uns geschmäht. Wer Euch vergewaltigt, hat uns vergewaltigt. Euch ist nichts zugefügt worden, was man nicht ganz Deutschland zugefügt hat!“

Es gab anderthalb Jahrzehnte in der deutschen Geschichte, da glaubte man, daß deutsche Volk könnte überhaupt nicht verteidigt werden. Da war es traurig und trostlos um unser Volk bestellt. Jeder Stand ging seinen Weg, jeder Beruf hatte seine Interessen, jede Partei verfolgte ihr Ziel. Das deutsche Volk hatte

jede Verbindung verloren. Und damals, da wart Ihr uns doch in einem voraus und für uns vorbildlich: Die große Not hat Euch trotz wirtschaftlicher Spaltungen und Verknüpfungen, trotz Parteiinteressen in einem einig werden lassen: Im Bekenntnis zu Deutschland! Das Saargebiet war ein gutes Beispiel für die 67 Millionen im übrigen Deutschland!

Wenn aber nun die Stunde kommt, da Ihr zurückkehrt, werden wir dafür auch in Euch nichts anderes sehen als Deutsche, denen wir die Hand reichen zum Eintritt ins deutsche Vaterhaus!"

In diesen Worten des Führers und Reichsanzlers ist die volle Wahrheit der sogenannten Saarfrage niedergelegt.

Wie für die Menschen vor 120 Jahren der schönste und glücklichste Tag der war, als nach dem zweiten Pariser Frieden das Saargebiet restlos wieder eingegliedert wurde in das Deutsche Reich, so wird auch für die heutigen Saarländer der Tag der schönste sein, an dem die künstlichen Schranken zwischen dem Saargebiet und Deutschland fallen und wir wieder freudig mitarbeiten dürfen an dem Neubau unseres Vaterlandes. Für uns ist das eine Ehre, für die andern ein internationaler Skandal.

Ein dreifaches Siegel auf das Saargebiet und das Saarland schlossen diese eindrucksvolle Kundgebung.

So spricht Frankreich

Diplomatische Vorbereitung des 15. November

In den letzten beiden Wochen erleben wir wieder eine Ebbe in der französischen Presseflut, die sich sonst über das Saargebiet ergoß. Man arbeitet augenblicklich hinter den Kulissen, um die außerordentliche Tagung des Völkerbunds, die am 15. November sich mit der Saarfrage, hauptsächlich auch mit der Denkschrift Barthous beschäftigen soll, für Frankreich günstig zu gestalten. Hierzu ist Vorbedingung die Einwirkung auf die verschiedenen Regierungen. Die Mordtat von Marseille kam in dieser Beziehung stark in die Quere, weil durch sie die angebahnten persönlichen Dreiecks-Verhandlungen Frankreich-Italien-Südslawien zum mindesten hinausgeschoben worden sind. In diesen, die den Gegensatz an der Adria zu Frankreichs Gunsten ausschalten sollten, lag die Vorbedingung für die gesamte außenpolitische Tätigkeit der Regierung Doumergue in der nächsten Zeit. Daß diese jetzt auch innerpolitisch vor ernsten Schwierigkeiten gestellt zu werden scheint, wirkt auf die Saarfrage nur durch die damit verbundene Inanspruchnahme der Minister zurück. Wie auch immer eine mögliche Regierungs- oder sogar Staatskrise sich im einzelnen auswirken wird, auf die Haltung in der Saarfrage wird sie keinen Einfluß haben. Im Gegenteil, jede Pariser Regierung wird diese zu möglichster Ablenkung innerer Schwierigkeiten benützen.

Rückwirkung auf England.

Die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Großbritannien liegt den Franzosen sehr am Herzen, während sie gleichzeitig sich darüber aufregen, daß in London ein „Nachrichtenbüro über Saargelegenheiten“ (?) eröffnet worden sei. („Temps“ 19. 10.) Natürlich sei es die deutsche Regierung, nicht, wie ein von diesem Büro erlassenes Rundschreiben sagt, eine Industriellengruppe des Saargebiets, die diese Stelle eingerichtet habe. Die „Morning Post“ (18. 10.) will wissen, daß das Reich „eine hohe Subvention“ gebe, und in Paris weist man darauf hin, daß diese Propaganda wieder den in Genf von Deutschland gegebenen Zusicherungen entgegen stehe. Selbst aber schickt man Herrn Heinrich Sumner, den man als einen „Gewerkschaftsführer von der Saar“ bezeichnet, nach London, um in einer zu Gunsten der Entlassung des Kommunistenführers Thälmann veranstalteten Versammlung ihn die scharfen Angriffe gegen das neue Deutschland „aus eigener Anschauung“ unterstützen zu lassen. („Times“ 13. 10.)

Auch ein neues Buch kommt, unter dem Anschein unparteiischer Darstellung, den Franzosen zu Hilfe. Major Reynolds, der sich von seiner Einteilung bei den Besatzungstruppen her als Sachverständiger für Rheinlandfragen fühlt, schreibt in seinem „Die Saar und das deutsch-französische Problem“, daß zwar bei der Abstimmung eine Mehrheit für Deutschland sicher sei, nicht jedoch ihre Größe. Keine nennenswerte Zahl werde für Frankreich stimmen. Für das Verbleiben unter dem Völkerbund aber könne sich eine starke Minderheit ergeben. Dann werde neben vielen anderen Fragen der Völkerbund über die Teilung des Saargebiets zu entscheiden haben. Im Hinblick auf die Folgen der Teilung Oberschlesiens werde die Art, wie dies zu geschehen habe, sorgfältigster Erwägung bedürfen. Es ist nicht klar, ob hiermit der Gedanke eines Restvölkerbundsgebildes ausgesprochen werden soll, oder ob der Ver-

fasser denkt, daß, trotzdem er selbst eine Abstimmung für Frankreich für unmöglich hält, die Freunde des Status quo dadurch belohnt werden sollen, daß ein Teil des Gebiets zu Frankreich käme. Jedenfalls liegt jede Verwirrung des klaren Sachverhalts im Interesse der französischen Politik.

Deshalb verzeichnet man in Paris auch mit großer Genugtuung all die Petitionen, die auf Bestellung über die Regierungskommission von separatistischer Seite nach Genf gerichtet werden, z. B. eine solche der sattem bekannten „Saarländischen Wirtschaftsvereinigung“, die Zusammenarbeit von Völkerbund und Einwohnerschaft bei der Gestaltung der künftigen Saarverfassung nach demokratischen Grundsätzen verlangt. („Temps“, 12. 10.)

Ein französischer General gegen die Wehrpflicht.

Solchen Machenschaften gegenüber mutet fast als sympathische Offenheit an, was General de Cugnac als Fortsetzung des bereits früher („Saarfreund“, S. 432) erwähnten Aufsatzes in der „France militaire“ (8. 10.) den Saarländern androht, falls sie für Deutschland stimmen. „Die Saarbergwerke werden natürlich ruiniert, denn Deutschland wird nicht zulassen, daß sie den anderen Bergwerken Konkurrenz machen. . . . Das lothringische Erz kommt nicht mehr ins Saargebiet, es findet in Frankreich allein wünschenswerten Absatz. Die Saarindustrie kann nur von weither Erz beziehen und muß viel teurer liefern. Frankreich wird allen, die in lothringischen Bergwerken arbeiten, die Grenze sperren, das bedeutet auf einen Schlag Brotverlust für alle Bewohner des linken Saarufer. . . . Die Lebensmittelversorgung wird durch die Grenzsperrung sehr schwierig, Weizen kann anderswoher kommen, aber Milch, Gemüse und Obst werden fast völlig fehlen. Aus dem armen Rheinland kann nichts kommen. . . . Gegen die kleine Schwierigkeit, daß Frankreich ein Absatzgebiet verliert, sind Vorsichtsmaßregeln dort schon getroffen. Den „Zusammenbruch aller Industrien, Ruin und Not für einen großen Teil der Bevölkerung“ kündigt er an. Ueber Frankreichs festen Willen gebe es keine Illusion, dagegen „wisse jeder, daß Deutschland seine Versprechen nicht halten werde“. Der Herr General schwingt also die wirtschaftliche Peitsche mit lautem Knall über die zu dressierenden Saarländer. Aber er zeigt ihnen auch das Zuckerbrot, und zwar ein solches mit ganz eigenartiger Süße: „Das Saargebiet ist seit 15 Jahren das einzige Land Europas ohne Wehrpflicht. Die Saarländer kennen keine Kasernen und keine Reserveübungen. Daran mögen sie denken, ehe sie am 13. Januar zur Urne gehen.“

In der Tat, es ist ein erquickendes Bild, diesen Offizier eines Landes, das gerade jetzt unter seinen gewaltigen Aufrüstungsmaßnahmen eine Verlängerung der Dienstzeit und eine Vermehrung der Ausbildung des Beurlaubtenstandes anstrebt, den Nachbarn die Freiheit vom Heeresdienste als Glück anpreisen zu sehen. Herr General, haben Sie sich überlegt, was für einen Rückschlag Ihre Landsleute daraus ziehen müßten, wenn sie nachdächten? Auch davon scheint er nichts gehört zu haben, daß laut Mitteilung des internationalen Arbeitsamtes in keinem Lande die Arbeitslosigkeit so stark zurückgedrängt worden ist wie in Deutschland.

(Abgeschlossen 23. Oktober 1934.)

Oberst a. D. Ritter von Eylander.

Was die Elsaß-Lothringer zum Saar-Status-quo sagen Und sie sprechen aus ihren Erfahrungen!

Von elssässischer Seite wird der Zeitung „Deutsche Front“ geschrieben:

„Es liegt wohl sechs Jahre zurück, daß der Zaberner Abgeordnete Camille Dahlet von der französischen Kammertribüne aus Frankreich in ironischen Fragen auf die Auswirkungen seiner verfehlten Elsaß-Lothringen-Politik nach dem Saargebiet hin aufmerksam machte. Glaube man, die Saarländer etwa dadurch für den Anschluß gewinnen zu können, daß man ihnen am Beispiel der Elsaß-Lothringer zeige, wie eine französische „Befreiung“ aussehe? Werde man ihnen dann auch sagen, daß bei ihnen von einem Tage zum andern die deutsche Muttersprache in der Schule in die Aschenbrödelrolle gedrängt werde, daß die guten Posten in den Behörden an „Innerfranzosen“ kommen werden, daß ihre Zeitungen als „fremdsprachig“ unter das Damoklesschwert des berüchtigten Sondergesetzes von 1895 gestellt würden usw.?

Man wurde an die Interpellation Dahlets — die damals in Frankreich natürlich totgeschwiegen wurde — erinnert, als er kürzlich in einem „Resolutionsvorschlag“ die Regierung Doumergue aufforderte, den Saarländern klar und deutlich zu sagen, was man ihnen denn bieten könne. Da diese nach Rasse, Sprache, Sitte „völlig verschieden von den Franzosen“ seien, werde „jeder vernünftige Mensch“ einsehen, daß man ihnen nicht das zentralistische französische Statut zumuten könne, sondern ihnen offensichtlich eine weitgehende Autonomie gewähren müsse, die „ihnen freie Entfaltung ihrer ethischen Persönlichkeit“, namentlich die deutsche Sprache als Amtssprache lasse.

Die Franzosen sind aber in einer recht bösen Zwidmühle: Was sie nämlich den Saardeutschen als Köder anbieten möchten, setzt sie im eigenen Land den Elssässern gegenüber ins Unrecht.

Das zeigte sich sofort nach Bekanntwerden der Barthou-Note, von der die verschiedenen Blätter der französischen

Elsaß-Propaganda kaum mehr als ein paar Worte veröffentlicht haben. Um so ausgiebiger hat sich aber die autonomistische Presse mit zwei Punkten dieser amtlichen französischen Äußerung befaßt. Und für Leute, die immer noch auf „Pläne von Paris“ und welsche Versprechungen hereinfallen möchten, wird es ganz lehrreich sein, da zuzuhören.

Namentlich war es die „Elsaß-Lothringer Zeitung“ in Straßburg, die die Saarländer dringend warnte, auf die Sirenenklänge vom Strande der Seine zu lauschen. Für den Fall des Anschlusses des Saarlandes an Frankreich ist dessen „Bereitschaft“ erklärt worden, „den Bewohnern des Territoriums ohne Unterschied der Rasse, Religion oder Sprache die gleichen Rechte zu sichern wie den französischen Staatsangehörigen“.

Das erinnert aber jeden Elssässer verdächtig an ganz ähnlich lautende feierliche Versicherungen aus der ersten Kriegezeit, etwa an die Proklamation Joffres vom August 1914, daß die „Freiheit und Ueberlieferungen“ der Bevölkerung unbedingt gewährleistet würden.

Angeichts der Vorgänge in Elsaß-Lothringen werden die Saarländer vermutlich sehr skeptisch diesen Versprechungen gegenüberstehen. Sie werden sich sagen, daß Elsaß-Lothringen der überwältigenden Mehrheit nach von einer rein deutschsprachigen Bevölkerung bewohnt ist, die die gesamte Saarbevölkerung um beinahe das Doppelte übertrifft. Sie werden die feierlichen Versprechungen, die Elsaß-Lothringen gemacht worden sind, mit der realen Wirklichkeit vergleichen.

Es genügt für sie, nur einen Blick in die Schulen zu werfen, oder sich das Gerichtswesen etwas näher anzusehen, oder die elsaß-lothringische Verwaltung eingehend zu studieren, und sie werden feststellen, daß in Elsaß-Lothringen jedenfalls Frankreich seine feierlichen Versprechen bisher in keiner Weise gehalten hat.

190 Monate Kampf um Saarrecht, Saarwahrheit und Saarfreiheit

Von Dr. Rochlik-Berlin

(Zu den Abbildungen Seite 460 und 461)

Vom „Saargebietschutz“ zur Geschäftsstelle „Saar-Berein“.

Wer gehofft hatte, daß man in Frankreich nach all den bitteren Saarenttäuschungen den aussichtslosen Kampf um die Saar aufgeben und zu einer Saarlösung auf dem Boden des Rechts, der Wahrheit und der Verständigung bereit sein würde, der sieht sich heute bitter enttäuscht. Das einst während des Ruhrkrieges auf französischer Seite gefallene Wort: „Wir wollen die Saar behalten“ hat heute noch die gleiche Gültigkeit. Waren es damals vielleicht mehr psychologische Gesichtspunkte, hervorgegangen aus dem Willen zu brutaler Gewalt, aus der Freude über die Erniedrigung des verhassten Gegners, die dieses Wort prägten, so ist es heute das Gefühl der Sorge über den nicht mehr zu vermeidenden Verlust einer wirtschaftlichen Position, über die politische Niederlage an der Saar. Dafür gibt uns die Barthou'sche Saarendschrift das beste Stimmungsbarometer: das Eingeständnis der mißlungenen Saarannexion, deshalb die Propagierung des Status quo zur Hinauszögerung des einwandfreien deutschen Sieges.

Deshalb flammt an der Saar, in Genf, in Paris und in der französischen Auslandspropaganda der Endkampf um die Saarentscheidung mit neuer leidenschaftlicher Heftigkeit auf mit dem Ziele, Deutschland die Saar unter allen Umständen zu entreißen. Um so mehr gilt es für uns, die Augen, Ohren und Herzen offen zu halten, um vor welschen Ueber-

raschungen sicher zu sein. Und wir werden unsere Sinne schärfen, wenn wir uns des rückliegenden Kampfes erinnern und uns gegenwärtigen, welche Winkelzüge Frankreich in 190 Monaten machte, um die deutsche Widerstandskraft zu zermürben.

Wahrlich, es bedurfte zäher Arbeit, nationalen Glaubens und starken Willens, um 190 Monate die Fahne der Saarfreiheit hochzuhalten. Es war nicht nur der französische Annexionswille, der zu bekämpfen war, nicht nur nationale Gleichgültigkeit in großen Teilen des deutschen Volkes, die vielfach gebrochen werden mußte, es war oft auch internationale Gefühlsduselei, die sich der nationalen Aufklärungsarbeit über das Saarunrecht entgegenstellte.

A. Gründung und Tätigkeit des „Saargebietschutz“.

Deshalb ist es angebracht, jetzt, da dieser Kampf bald zu Ende geht, auch derjenigen Stellen zu gedenken, die in den schwersten Tagen des deutschen Zusammenbruchs die Nerven und den Kopf oben behalten und mit zielbewusster Energie und sicherem Takte den zunächst aussichtslosen Kampf gegen die französischen Propagandalügen und um die Deutscherhaltung des Gebietes an der Saar aufgenommen und durchgeführt haben.

Es war nicht leicht damals, als im Deutschen Reiche alles daniederlag, und die politischen Energien fast auf den Nullpunkt gesunken waren, die Fahne der Saar hochzuhalten und eine Organisation des Abwehrkampfes aufzubauen, die die Bürgerschaft dafür bot, daß die Saarländer im Reich gesammelt und der geistige Abwehrkampf in einer Form geleitet wurde, daß jede Gefahr für das endgültige politische Schicksal an der Saar ausgeschaltet werden konnte.

Doppelt schwer war diese Aufgabe, weil das Saargebiet in den ersten Monaten des Jahres 1919, wo sein Schicksal auf der sogenannten Friedenskonferenz von Versailles entschieden werden sollte, von der Außenwelt geradezu hermetisch abgeschlossen war und jede Aufklärungs- und Abwehrtätigkeit mit den größten Gefahren für alle diejenigen verbunden war, die sich der mühevollen vaterländischen Aufgabe unterziehen wollten, die Saar für Deutschland zu retten. Es darf nicht vergessen werden, wie groß und nachhaltig der Druck der französischen Militärbesatzung im Saargebiet, zunächst des Generals Andlauer und später des General Wirbel, war, und wie diese Diktatoren einer fremden Gewaltherrschaft es verstanden, jede vaterländische und nationale Regung im Saarlande und an seinen Grenzen oder im ganzen besetzten Raum des linken Rheinufers zu hintertreiben oder gar unmöglich zu machen. Um so höher ist es anzuerkennen, daß sich unter diesen gefährvollen Umständen, die den Einsatz der ganzen Persönlichkeit erforderten, aufrechte deutsche Männer in und außerhalb des Saargebietes fanden, die in mannhafter Energie und kühnem Troß Hand ans Werk legten und sich mit Gleichgesinnten zusammenschlossen, um den „Saargebietschutz“ aufzubauen, der, wie schon das Wort besagt, sich zum Ziele setzte, das Saargebiet vor feindlichen Angriffen und Angliederungsbestrebungen zu schützen und zu sichern. Die Notwendigkeit zur Gründung einer solchen Organisation war um so dringender, als die Ohnmacht Deutschlands nach dem bedingungslosen Waffenstillstand die Ansprüche Frankreichs nach Kriegsbeute am deutschen Besitz ins Ungemessene anschwellen ließ. Alle Nachrichten aus Paris und Versailles ließen erkennen, daß von den siegestrunkenen französischen Machthabern die glatte Annexion des Saargebietes erstrebt und der Bevölkerung als unabwendbare Tatsache hingestellt wurde. Im Saargebiet selbst, wo schon vor hundert Jahren eine mannhafte Bürgerschaft unter Führung des Geh. Oberbergrats Heinrich Böcking den Mut gefunden hatte, einer Angliederung an Frankreich sich mit allen Kräften zu widersetzen, wuchsen auch jetzt die ersten Kräfte des Widerstandes gegen eine Mißachtung und Verstümmelung des Selbstbestimmungsrechtes einer kerndeutschen Bevölkerung. Es bleibt ein Verdienst des verstorbenen Prof. Dr. Theodor Meyer und gleichgesinnter deutscher Männer von der Saar, im Dezember 1918 die bekannte Adresse an den amerikanischen Präsidenten Wilson gerichtet zu haben, in der der Nachweis geführt wurde, daß die Saarbevölkerung reindeutsch und einheitlich entschlossen sei, auch in der Zeit der Not sich nicht vom deutschen Vaterland zu trennen.

Man mußte indessen mit der Gefahr rechnen, daß die Stimme des Saargebietes selbst in der Weltöffentlichkeit nicht genügend Widerhall fand. Daher erwies es sich als unumgänglich notwendig, im Reiche selbst, wo man von fremden Bajonetten frei war, zur Aufrüttelung des Weltgewissens und nachdrücklichen Bearbeitung der „Friedensmacher“ von Versailles eine Abwehrstelle ins Leben zu rufen. Eine solche Stelle mußte in ganz anderem Maße als die geknebelten Saarländer oder die bedrängte Saarpresse das Ohr der Welt haben, sie war gewissermaßen der vorweggenommene Lautsprecher, um die Blicke der deutschen Bevölkerung trotz aller eigenen Not und Sorge über den Rhein nach dem Westen und insbesondere nach der Saar zu richten und durch die Kraft des Wortes und der Schriftsprache unaufhörlich die Menschheit und die Welt zu bearbeiten und aufzurütteln. Es bedurfte nach den Erfahrungen des Weltkrieges eines geistigen und propagandistischen Trommlers, um den Kampf gegen die drohende Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes und gegen die schamlosen Annexionsbestrebungen Frankreichs von hoher Warte und in großem Rahmen aufzunehmen.

Herr Verwaltungsdirektor Th. Vogel hat in der Sondernummer des „Saar-Freund“ (1934, Nr. 16/17) zur 14. Tagung des Bundes der Saarvereine in anschaulicher und wirksamer Weise die Vorgänge und Ereignisse geschildert, die zur Gründung des „Saargebietschutz“ und später der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ geführt haben. An dieser Stelle wollen wir nicht den ganzen Inhalt des Aufsatzes wiedergeben, sondern nur einige wichtige Gesichtspunkte hervorheben und der Gegenwart ins Gedächtnis zurufen. Es sei hier erwähnt, daß die Anregung zur Gründung des „Saargebietschutz“ von Vertretern der Saarwirtschaft, des Preussischen Handelsministeriums, insbesondere der Preussischen Bergverwaltung ausging. Angehörige der Familien Röchling, von Stumm-Halberg, Vertreter der Preussischen Bergverwaltung, Abgeordnete der Nationalversammlung aus dem Saargebiet und andere aufrechte Männer hatten sich im Frühjahr 1919 im Hotel Excelsior in Berlin zu den ersten Besprechungen zusammengefunden, um die oben bezeichnete Abwehrstelle im Reiche ins Leben zu rufen. Ein 16köpfiger Ausschuß, dessen Vorsitz dem Landgerichtsdirektor Geh. Justizrat Dr. Karl Röchling übertragen wurde, und in dem sich weiterhin ein anderes Mitglied der Familie, der bekannte Saargroßindustrielle Kommerzienrat Dr. Hermann Röchling beteiligte, nahm die Durchführung der praktischen Arbeit in die Hand. Er setzte sich ganz besonders zum Ziele, die drohende Annexion des Saargebietes durch

mächtige Protestkundgebungen,

aufklärende Druckschriften, informierende Vorträge vor Vertretern der Auslandspresse, Sammlungen von Unterschriften zu verhindern. In tatkräftiger Weise wurde die Veranstaltung von solchen Protestkundgebungen alsbald in die Hand genommen. Einen besonders nachhaltigen Eindruck hinterließ die große Protestkundgebung im Berliner Sportpalast. Durch alle Referate der Redner lief wie ein roter Faden das Motiv: „Wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben!“ In einer Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch auf das Saargebiet angewendet werden müsse, um eine dem Willen der Saarbevölkerung widersprechende, langdauernde Besetzung wie auch jegliche Annexion zu verhindern.

Ähnliche Kundgebungen wurden vom „Saargebietschutz“ in einer ganzen Reihe von deutschen Städten veranstaltet, um den geschlossenen Willen des gesamten deutschen Volkes gegen die Angliederung der Saar zu zeigen, sie wurden durch Aufrufe in der Presse, durch Plakate und Flugschriften über den deutschen Charakter der Saar wirksam ergänzt. Solche Kundgebungen fanden u. a. in Heidelberg, Stuttgart, Hannover, Frankfurt am Main, Halle, Eisenach, Kassel, Hamburg, Marburg, Leipzig, Dresden, Magdeburg und Oldenburg statt. Besonders wirksam gestaltete sich die Protestkundgebung von Lehrkörper und Studentenschaft der Universität Heidelberg am 1. März 1919. In ihr sprachen der Rektor Prof. Dr. Chr. Bartholomae, Prof. Dr. Hermann Onken, Privatdozent Dr. Wolfgang Windelband und als Vertreter der Studentenschaft stud. phil. Egon Thiel, außerdem Prof. Dr. Max Weber. Die sogenannten historischen Ansprüche Frankreichs auf das Saargebiet wurden aus berufenem Munde klipp und klar abgewiesen. Prof. Dr. Onken, einer der sachkundigsten deutschen Geschichtsprofessoren, entwickelte in großen Linien die Raub- und Eroberungsbestrebungen Frankreichs gegen den westdeutschen Raum. Er wies diese Ansprüche mit kraftvollen Worten zurück.

In ähnlicher Weise wandte sich Dr. Windelband gegen die sogenannten historischen Ansprüche Frankreichs. Er machte es sich zur besonderen Aufgabe, den kerndeutschen Charakter der von Frankreich beanspruchten Gebiete, insbesondere des Saarbeckens nachzuweisen. Wörtlich führte er u. a. aus:

„Frankreich streckt wieder einmal, wie schon so oft in der Geschichte, seine lüsternden Finger nach der Rheingrenze aus. Es gibt niemanden hier unter Ihnen allen, kein einziger ist hier im Saale, der an dem unverfälschten Deutschtum der gefährdeten Gebiete zweifelte. Einig sind wir in der Gesinnung und in dem unerschütterlichen Entschluß, uns nie unter dieses Joch zu beugen... Wir wissen, daß wir das Recht für uns

haben, wenn wir das linke Rheinufer, die Pfalz und das Saarbecken als kerndeutsche Gebiete in Anspruch nehmen. Aber wir können diese Tatsache nicht laut genug in die Welt hinausprechen. Wir dürfen die Welt der Bearbeitung durch unsere Feinde nicht wehrlos überlassen, und dabei ist es die Sache des Historikers, aus der Vergangenheit aufzuzeigen, wie haltlos die Behauptungen der französischen Propaganda sind."

Zum Schluß seiner Ausführungen kam Dr. Windelband auf die stolze Tradition und Vergangenheit Saarbrückens und auf die früheren Bestrebungen seiner Bürgerschaft, dem Annexionswillen Frankreichs zu trohen, zu sprechen, und prägte dabei jene Sätze, die wir noch heute mit Genugtuung zitieren können:

"Saarbrücken kann stolz sein auf die Selbstverständlichkeit, mit der seine Einwohnerschaft den Umwerbungen der Sieger getrogt hat. Und dies freudige Bekenntnis zum Deutschtum, das ist nichts anderes als die Wahrung der hohen Tradition, die den Saarbrüdern von ihren Vorfahren überkommen ist. Denn nie ist Saarbrücken irre geworden in seinem Bewußtsein, deutsch zu sein und bleiben zu wollen."

Solche Rundgebungen, die entweder vom Saargebietsschutz selbst oder auf seine Anregung hin veranstaltet wurden, blieben nicht ohne Wirkung. Sie wurden selbst in einer Zeit, in der die deutsche Bevölkerung bis zum Uebermaß mit eigenen Existenzsorgen erfüllt war, weithin beachtet und rüttelten zweifellos die deutsche Öffentlichkeit auf. Die Mitglieder des Saargebietsschutzes unterhielten auch ständige Fühlungnahme mit den politischen und amtlichen Stellen in Berlin, den deutschen Vertretern in der Waffenstillstandskommission und der späteren deutschen Abordnung bei den Verhandlungen in Versailles, die durch besondere Vertrauensmänner aus dem Saargebiet über die Stimmung und die Forderungen der Saarbevölkerung nach Verbleiben beim Reiche unterrichtet wurden. Die ständige Verbindung zwischen dem Saargebiet und dem Reich wurde trotz der durch die Militärdiktatur ausgeübten Schikanen und Behinderungen des Grenz- und Austauschverkehrs aufrecht erhalten. Das geschah zu einem großen Teil unter Nichtachtung von persönlichen Gefahren für den einzelnen. Das war nur möglich, weil in dem „Saargebietsschutz“ sich Männer zusammengefunden hatten, die nicht nur an die Existenz des einzelnen Saarländers dachten, sondern in selbstloser Treue und uneigennütziger Arbeit allein die deutsche Zukunft des Saargebietes im Auge hatten und sich somit als wahrhafte Träger eines unerbittlichen Grenzkampfes und einer ehrlichen deutschen Volksgemeinschaft erwiesen.

Im weiteren Verlauf seiner Tätigkeit mußte der „Saargebietsschutz“ sein Hauptaugenmerk auf die von der sogenannten Friedenskonferenz drohenden Gefahren und die vielfach durcheinandergehenden Bestrebungen der Entente-Staatsmänner richten. Alle Nachrichten, die aus Paris kamen, ließen keinen Zweifel darüber, daß in Versailles um das Geschick des Saargebietes erbittert gefeilscht wurde. Wir wissen heute aus nachträglichen Veröffentlichungen, daß der amerikanische Präsident Wilson sich entschieden dagegen wehrte, aus dem Saargebiet ein zweites Elsaß-Lothringen machen zu lassen. Er führte einen hartnäckigen Kampf mit den Vertretern Frankreichs um die Wahrung seiner Grundsätze und 14 Punkte vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und hatte eigentlich nur den englischen Ministerpräsidenten Lloyd George in den wichtigsten Fragen auf seiner Seite. Wir wissen ferner, wie die Zermürbungstaktik der französischen Diplomatie es schließlich dahin brachte, daß der Präsident Wilson sich mit der Losrennung des Saargebietes vom Reiche für die Dauer von 15 Jahren abfand und in die Abtretung der Saargruben an Frankreich einwilligte. Die letzten Tage des März und die ersten Tage des April 1919 waren die Schicksalstage für die Entscheidung um die Zukunft des Saargebietes. Am 8. April 1919 war die Niederlage Wilsons besiegelt, und am 10. April der Teil des Friedensvertragsentwurfes über das Saargebiet und das Saarstatut fixiert. Die Vereinbarungen jener Tage gingen in den Entwurf des Friedensvertrages über, wie er der deutschen Friedensdelegation am 7. Mai 1919 vorgelegt wurde.

In dem Maße, wie die politischen Forderungen Frankreichs auf das Saargebiet und die beabsichtigten Friedens-

vertragsbestimmungen in Deutschland bekannt wurden, straffte sich der „Saargebietsschutz“ zu tatkräftigster und systematischer Abwehrarbeit. In immer wiederholten Besprechungen wurde von seinen leitenden Männern das Saarproblem aufs tiefste und eingehendste durchdacht und erörtert. Das Ergebnis dieser Geistes- und Aufklärungsarbeit wurde dem deutschen Volke in einer Reihe von Schriften unterbreitet, die vorbildlich für den weiteren Abwehrkampf um die Saar geworden sind. Die Genauigkeit, politische Instinktsicherheit und Geistesstärke dieser Arbeiten des „Saargebietsschutz“ und später der Geschäftsstelle „Saar-Berein“ ist von Saar-Schriftstellern der späteren Zeit kaum übertroffen, im besten Falle nur nachgeahmt worden.

Zu den Geisteserzeugnissen und Aufklärungsschriften jener Anfangszeit des Saarabwehrkampfes gehört in erster Linie eine Schrift, die als Manuskript gedruckt, vom Verlag „Saargebietsschutz“ (Berlin SW. 68, Zimmerstr. 72/74) herausgegeben wurde. Sie trägt den Titel:

„Das Saargebiet in den durch den vorgeschlagenen Vorfrieden geschaffenen Verhältnissen.“

Die Schrift behandelte die politischen Wirkungen der Friedensbestimmungen über das Saargebiet, die wirtschaftliche Zukunft des Landes und die Lage der Arbeiterschaft. Eingehend wurden die Friedensbedingungen, die Staatsangehörigkeit, die Rechtsnormen und die Bestimmungen über Schule und Sprache dargelegt. Ueber die wirtschaftliche Zukunft des Saargebietes wurde in der Einleitung gesagt: „Wie die politischen, so zielen auch die wirtschaftlichen sogenannten Friedensbedingungen der Alliierten darauf ab, das Saargebiet wirtschaftlich sofort und politisch nach 15 Jahren mit Sicherheit den Franzosen zuzuschieben.“ Dann wurden das wirtschaftliche Hauptgut des Saarreviers, das Kohlenvorkommen, die Bedeutung der Kohlenschätze und die Raubabsichten Frankreichs auf diese kostbaren Schätze wirkungsvoll erörtert.

Weiterhin kamen die Einreihung des Saargebietes in das französische Zollsystem und die Währungsfrage zur Erörterung. Geradezu prophetisch wurde gesagt: „Auch die Währungsfrage ist so geregelt, daß das Land gewaltsam nach Frankreich hingedrängt wird... Da Frankreich als Eigentümer der Kohlengruben weitaus die meisten und wichtigsten Zahlungen zu leisten haben wird, so wird es in der Lage sein, ganz nach seinem Interesse das Saargebiet mit französischem Gelde zu versehen oder ihm dieses Geld vorzuenthalten. Auch ist Frankreich imstande, durch massenhafte Einfuhr französischen Papiergeldes eine billige nationale Propaganda zu entfalten.“ Zum Schluß prägte die Schrift einige Sätze über die wirtschaftliche Zukunft des Saarlandes, die Stück für Stück in der Zeit der 15jährigen Fremdherrschaft eingetroffen sind. Wir halten sie hier für die Zukunft fest: „Alle diese wirtschaftlichen Bedingungen sollen das Erwerbs- und Geschäftsleben mit allen Mitteln, vornehmlich aber mit Mitteln der Gewalt nach Frankreich hinüberdrängen und nach 15 Jahren einen Beschluß der Bevölkerung, sich Deutschland wieder anzuschließen, unmöglich machen. Die Entente ist zu feige, um die Annexion des Saargebietes offen auszusprechen und sucht sie daher unter dem Vorwand des Saarstatuts zu erschleichen. Graf Brockdorff hatte Recht, wenn er diese Annexion eine kaum mehr verhüllte nannte.“

Der ungenannte Verfasser dieser Aufklärungsschrift hat die wirtschaftliche Bedrückung des Saargebietes und die Aushöhlung seiner Wirtschaft durch den Friedensvertrag in diesen Sätzen durchaus richtig gekennzeichnet. Das Streben Frankreichs ist in den abgelaufenen 15 Jahren immer gleich geblieben. Nur in einem hat es sich getäuscht, nämlich in der Widerstandskraft der Saarbevölkerung gegenüber jeder Angliederungsbestrebung. Die Saarbevölkerung, und insbesondere die Saar-Arbeiterschaft, die, wie der Autor sagte, auf Gedeih und Verderb mit ihrer Heimat verbunden ist, hat trotz der Auslieferung unter die wirtschaftliche und politische Willkür des Siegers standgehalten und hat in dem Glutofen des Leidens ihren kerndeutschen Sinn über menschliche Begriffe hinaus erprobt und unter Beweis gestellt.

(Fortf. folgt.)



„Saar-Freund“ und „Saarheimatbilder“ sind gegründet 1920 bzw. 1925 von Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin



Aufklärungsdruckschriften herausgegeben und vertrieben von der Geschäftsstelle „Saar-Berein“, Berlin

„Wir halten die Saar!“

Ein Saarbuch von Hermann Röchling

In den letzten Monaten ist die Saarliteratur geradezu lawinenartig angeschwollen. Es ist fast kaum noch möglich, die einzelnen Erscheinungen in Buch-, Broschüren- oder Flugschriftform zum Saarproblem eingehender zu studieren. Leider muß festgestellt werden, daß es sich bei einer ganzen Reihe von Erscheinungen um eine sehr einseitige geschäftliche Ausnutzung der politischen Zeitentwicklung handelt. Der marktstreuerische Aufmachung entspricht in vielen Fällen nicht der tatsächliche Inhalt. Ohne tieferes Wissen und ohne tieferes Eindringen in die umfassende und nicht einfache Materie dieses in Versailles geschaffenen Saarproblems wurden „Saarbücher“ herausgegeben, die im Interesse zielbewußten Aufklärungskampfes besser nicht erschienen wären.

Anders verhält es sich mit dem von Hermann Röchling herausgegebenen und im „Volk und Reich“-Verlag, Berlin, erschienenen Buch „Wir halten die Saar!“. Der Verfasser widmet seine Kampf- und Aufklärungsschrift „Dem Gedächtnis der Volksgenossen, die im Saarkampf ihr Leben ließen“. Er gibt seinem Buch eine Gliederung nach vier Hauptgesichtspunkten: „Land unter dem Schwert“, „Saarwirtschaft und Weltkrieg“, „Das Saargebiet unter dem Völkerbund“ und „Ausblick von heute zu morgen“. In dem ersten Hauptteil gibt er einen umfassenden, klaren und vollstündlich gehaltenen Überblick über Frankreichs Streben nach der Saar, über die verschiedenen französischen Eroberungsaktionen und den Kampf der Saarbevölkerung gegen welsche Unterdrückung und Verklavung. Der zweite Hauptabschnitt führt in die Entwicklung der Eisenindustrie und des Kohlenbergbaues an der Saar ein, behandelt die Kriegswirtschaft, die Auswirkungen der Revolution und schließlich das von den Franzosen aufgebrachte Märchen, die Firma Röchling hätte aus Konkurrenzgründen während des Krieges französische Hütten und Fabriken abbrechen und die Maschinen nach dem Saargebiet bringen lassen. Bekanntlich führte ein gegen die Gebrüder Röchling vor dem Kriegsgericht in Amiens anhängig gemachtes kriegsgerichtliches Verfahren zu einer Verurteilung des Bruders Hermann Röchlings zu zehn Jahren Zuchthaus, fünfzehn Jahren Landesverweisung und zehn Millionen Franken Geldstrafe „wegen angeblichen Raubes, Diebstahls usw., begangen durch die Ent-

fernung und Benutzung von Maschinen aus dem besetzten Gebiet.“

Diese Angelegenheit hat wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt, ohne daß die französischen Behörden sich um den Nachweis der Berechtigung ihrer Anschuldigungen bemüht hätten.

Der dritte Hauptteil des Röchlingschen Buches enthält die ganze Leidensgeschichte des Saargebiets und seiner Bevölkerung vom Amtsantritt der Regierungskommission an bis auf den heutigen Tag. Beim Lesen dieser Abhandlung erleben wir noch einmal den zermürbenden Kampf, den die Bevölkerung hier gegen Willkür, Terror und Sadismus, gegen Lüge und Verleumdung, gegen Rechtsverdrehungen und Ausnahmeverordnungen, gegen Wirtschaftsknebelung und Zollschikanen, gegen Saarregierung, Völkerbund und Separatismus, gegen Grubenfiskus mit allen nur denkbaren Uebergriffen und Nötigungen gegen den treuen und tapferen Saarbergmann führen mußte. Dieses Saarbuch von Hermann Röchling möchten wir allen zu ernstem Studium empfehlen, die sich über den fünfzehnjährigen Abstimmungskampf an der Saar einen wirklich sachlichen Überblick verschaffen wollen. Man darf den Saarkampf nicht lediglich unter dem Gesichtspunkt des jetzigen Entscheidungskampfes betrachten, sondern muß sich ihn vergegenwärtigen, wie er vom ersten Tage des Einmarsches französischer Besatzung an bis heute mit der Drohung eines neuen Einmarsches geführt wurde und geführt werden mußte von jedem einzelnen, der in irgend einer Weise mit dem Fremdregime in Berührung kam, der sich nicht feige den Befehlen, Anordnungen und Verordnungen fremder Machthaber beugen konnte. Eine ganze Bevölkerung hat fünfzehn Jahre um Deutschtum, Freiheit, Heimat und Vaterland gekämpft. Hermann Röchling gibt in seinem Buch gleichsam einen Führer durch diesen Kampf. Und auf jedem Blatt, in jedem Abschnitt treffen wir immer wieder auf die Feststellung einer durch nichts zu erschütternden Tatsache: Wenn alles wankte und alles bangte, eines hat gehalten bis auf den heutigen Tag: Deutsche Treue an der Saar! Darum schließt Hermann Röchling in vollem Vertrauen und voller Kenntnis der Dinge, Vorgänge und Menschen an der Saar mit dem Wort, das er seinem Buch als Titel gegeben hat: „Wir halten die Saar!“ —It.

Die Entstehung der Lüge von den Saarfranzosen

Der bekannte Essener Rechtsanwalt Professor Dr. Friedrich Grimm hat bei der Hanseatischen Verlagsanstalt ein Buch über „Frankreich an der Saar“ veröffentlicht, aus dem wir folgende Ausführungen über die Entstehung der Lüge von den 150 000 Saarfranzosen entnehmen:

Am 28. März 1919 kam es zu der ersten großen Auseinandersetzung über die Frage des Saargebiets während der Friedenskonferenz von Versailles. In dem Hotel des Präsidenten Wilson in Paris fand an diesem Tage jene denkwürdige Sitzung der „Großen Drei“ statt, in der die Meinungen aufeinanderplakten. Tardieu und Loucheur waren von Clemenceau zu der Beratung hinzugezogen. Wilson saß da mit „dem fragenden Lächeln, das die Einwendungen ankündigte“. Tardieu trug seine Denkschrift vor und machte sich damit zum Anwalt der „historischen“ und „wirtschaftlichen“ Ansprüche Frankreichs. Lloyd George wollte den französischen Anspruch auf das Eigentum an den Gruben anerkennen. Aber auch er wandte sich gegen die Grenzen von 1814. Er wollte kein „neues Elsaß-Lothringen“ schaffen. Wilson hatte lange schweigend zugehört. Dann ergriff er das Wort. Die Szene wurde von dramatischer Spannung.

Der Präsident lehnte alle Ansprüche Frankreichs ab, die historischen und die wirtschaftlichen. Er erklärte sich damit einverstanden, daß Frankreich so viele Kohlen erhielte, als seinem Kriegsverlust an Kohlenenerzeugung entsprach. Er weigerte sich aber, Frankreich das Eigentum an den Saargruben zuzugestehen. Er lehnte die Grenzen von 1814 ab. Er widersetzte sich auch der Bildung irgendeines Staatswesens mit autonomer Verfassung. „Frankreich selbst“, so sagte er, „hat sich bereit erklärt, die

Grenzen von 1870 als Grundlage des Friedens anzunehmen; von den Grenzen von 1814 war keine Rede. Diese Grundlagen binden die Verbündeten.“ Deutlich trat da die Rechtsgrundlage hervor, die die Gegnermächte verpflichtete, Wilsons Programm und seine Annahme durch den Vertrag vom 5. November 1918, dem auf Wilsons Anregung alle Verbündeten zugestimmt hatten. In der Saarfrage gab es kein Verhandeln mehr. Die Saarfrage war in der allseitigen Annahme des Programms der 14 Punkte festgelegt worden. Wilson fuhr fort: „Die Grenze von 1814 entspricht übrigens keiner wirtschaftlichen Realität. Sie würde den Ruin des Saargebiets bedeuten. Der Präsident beschwor die Franzosen. Er fühlte sich als Anwalt des Rechts, als Vertreter des Weltgewissens. Er sah die Gefahren, die sich da aufrichteten, das Gespenst Richelieus, des Begründers der französischen Rheinpolitik, neuerstanden in der Person des alten Tigers, der da vor ihm saß: kalt, undurchdringlich, der Vertreter einer alten Welt, einer Welt des Unverstands, der Selbstsucht und der Gewalt. Wilson appellierte an die Einsicht Frankreichs: „Es gibt keine intelligentere Nation als die französische. Ich lege ihr freimütig meinen Standpunkt auseinander. Ich fürchte ihr Urteil nicht. Ich habe eine so hohe Auffassung von dem Geist der französischen Nation, daß ich glaube, sie wird stets einen Grundsatz annehmen, der auf Gerechtigkeit gegründet ist und mit Billigkeit durchgeführt wird.“ Wilson wollte, daß das deutsche Land den Deutschen verbliebe. Er kämpfte gegen eine Verblendung, von der Clemenceau in einer merkwürdigen Selbstverurteilung gesagt hat, daß es die „Besessenheit eines Volks gewesen sei, das der Sieg außer Rand und Band gebracht“ habe.

„Ich bin bereit“, so fuhr Wilson fort, „Frankreich die Nutzung der Gruben für bestimmte Zeit zuzugestehen. Ich

bedauere, diese Einwendungen erheben zu müssen. Ich bitte um Entschuldigung. Es ist mir peinlich, Frankreich widersprechen zu müssen. Aber ich konnte nicht anders handeln, ohne meine Pflicht zu verletzen.“ Bis dahin hatte Clemenceau seine Mitarbeiter Tardieu und Loucheur sprechen lassen, eine weise Regie. Jetzt trat er aus der Zurückhaltung hervor: „Sie vergessen das Gefühl und die Erinnerung“, so sprach schneidend der alte Hasser, der Menschenfeind, „die Welt wird nicht von reinen Grundsätzen geleitet. Sie wollen uns in wirtschaftlicher Hinsicht Genuß geben. Ich danke Ihnen. Aber die wirtschaftlichen Notwendigkeiten sind nicht alles. Unsere Erfahrungen haben in uns das tiefe Gefühl für die Wiedergutmachung erweckt, die man uns schuldet. Es handelt sich hier nur um materielle Reparationen. Das Bedürfnis moralischer Wiedergutmachung ist nicht minder groß.“

„Es gibt dort 150 000 Menschen. Die sind Franzosen! Diese Menschen haben 1918 Bittschriften an Poincaré gesandt. Die haben auch ein Recht auf Gerechtigkeit.“ „Sie wollen die Rechte der Deutschen respektieren? Ich will das auch. Aber berücksichtigen Sie das Recht dieser Franzosen, wie Sie das historische Recht Böhmens und Polens zu beachten haben!“

Clemenceau hatte gesprochen. Der alte Tigris mit Wilson, dem Professor, der seine Grundsätze so gut und Europa so schlecht kannte, daß er durch eine Lüge entwaffnet war. Auf dieser Lüge beruht das Saarstatut. „Bis 12½ Uhr hatte diese erschütternde Sitzung gedauert“, so schreibt Tardieu. „Um 2 Uhr trafen wir uns wieder, Clemenceau, Loucheur und ich, im Kriegsministerium, machten unsere Bilanz und arbeiteten weiter an der Befreiung der Saarfranzosen.“

Des Saarvolkes Leiden in der Besatzungszeit

Von Saarabicus

(11. Fortsetzung, s. auch Nr. 10—21 des „Saar-Freund“)

Die Säuberung des Saarlandes von allen der Saarregierung unbequemen, d. h. ihrer Verwelschungspolitik im Wege stehenden Elementen wurde im Jahre 1921 planmäßig fortgesetzt. Die Entlassungen von Beamten nahmen überhand. In erster Linie wurden davon die führenden Persönlichkeiten der Beamtenbewegung betroffen, aber auch solche, denen keine politische Betätigung nachgesagt werden konnte. In die freiwerdenden Stellen wurden mit Vorliebe Franzosen oder Französlinge hineingeschoben. In der Auswahl der Personen war man dabei wenig wählerisch. Die Hauptsache war, daß die Personen, die sich anboten, als deutschfeindlich abgestempelt waren. Nur so konnte es passieren, daß zum Generalsekretär der saarländisch-französischen Handelskammer ein Dr. Hans Bringolf gemacht wurde, der ein vielfach vorbestrafter und allgemein bekannter Betrüger war und zudem seinen Dokortitel zu Unrecht führen sollte.

Immerhin konnte die Beamenschaft einen Erfolg ihres Widerstandes gegen die autokratischen Maßnahmen der Regierungskommission buchen. Der Präsident der Kommission erkannte nämlich den von den Beamtenvertretern bei den seinerzeitigen Verhandlungen über das Beamtenstatut gemachten Vorbehalt ausdrücklich an und versicherte, daß Entlassungen lediglich aus finanziellen Gründen erfolgen sollten.

Als ein besonders erfreuliches Zeichen für die

deutsche Gefinnung der Arbeiterschaft an der Saar

durfte die Erklärung angesehen werden, die in einer Sitzung des Deutschen Knappschaftsvereins in Regensburg von den Bergarbeitern des Saargebietes abgegeben wurde. In dieser Erklärung forderten alle Gewerkschaftsorganisationen des Saarlandes die Aufrechterhaltung der Freizügigkeit für die Mitglieder des Knappschaftsvereins. Jedenfalls hatten die Bergarbeiter die Versuche der französischen Grubenbehörde im Saargebiet, die Knappschaftsvereine von den deutschen Reichsstellen zu lösen, in ihrer ganzen Gefährlichkeit erkannt und waren entschlossen, diesen Bestrebungen äußersten Widerstand entgegenzusetzen.

Die Knebelung der Saarpresse

hielt auch weiter an. Ein besonders kennzeichnendes Beispiel für die in dieser Hinsicht im Saargebiet herrschenden Zustände war das Verhalten der Saarzeitungen anlässlich des Todes des bekannten Saarbrücker Verlegers Hofer (Druckerei Gebrüder Hofer). Hofer war seinerzeit ausgewiesen worden und hatte sein Leben fern von der Heimat beschließen müssen. In den kurzen Nachrufen der Saarpresse wurde die Tatsache seiner Ausweisung, die fraglos die Hauptschuld an seinem frühzeitigen Tode trug, mit keinem Worte erwähnt. Auf Grund des Nachrufes, den sein eigenes Blatt, die „Saarbrücker Zeitung“, ihm widmete, konnte man sogar annehmen, daß Hofer freiwillig aus dem Leben geschieden sei. Auch die „Völklinger Zeitung“ beschränkt sich auf den Hinweis, daß ihn die politischen Ver-

hältnisse gezwungen hätten, sich außerhalb des Saargebietes einen neuen Wirkungskreis zu suchen. So war wieder einmal der Beweis geliefert, daß die Saarpresse mundtot gemacht war und nicht einmal offenskundigen Tatsachen Rechnung tragen durfte.

Mit der Knebelung der Bevölkerung hing auch das von der Rheinlandkommission ergangene Verbot der Abhaltung von Feiern zum Reichsgründungstage, dem 18. Januar, zusammen. Man wollte den Saarländern jede Möglichkeit nehmen, ihr Deutschtum zu bekennen. Mit Schmerz und Entrüstung gedachte die Saarbevölkerung bei dieser Gelegenheit der Tatsache, daß man ihr im Vorjahre verboten hatte, den Tag von Spichern, den 6. August, den alten Ehrentag der Saarbrücker Bevölkerung zu feiern. Mit Recht schrieben die Saarzeitungen zu dem Verbot der Reichsgründungsfeier, wenn die Franzosen das Fest der Reichsgründung verbieten, könne man ja im Saarlande das Jubiläum des Völkerbundes feiern, aber „diesem einjährigen Kinde würde man ja wohl am besten das Grab schaufeln“.

Korruptions- und Vetternwirtschaft.

In den obersten Regierungsämtern des Saargebietes griff die Vettern- und Korruptionswirtschaft immer mehr um sich. Das zeigte sich besonders auf dem Schulgebiete. Die Blätter des Saargebietes waren in diesen Tagen voll von Anklagen gegen diese Zustände und Machenschaften. Die Ernennungen zu Schulräten erregten viel Mißstimmung. Denn, um den Französlingen Platz zu machen, mußten bewährte und geachtete Fachmänner aus ihren Ämtern weichen. Eine Anfrage von linksparlamentarischen Abgeordneten wegen der Berechtigung dieser Entlassungen wurde von dem Minister Graf Moltke einfach abgelehnt. In den Presseerörterungen wurde die Tatsache mit Verachtung erwähnt, daß ein Rektor um die Gunst des französischen Schulrates Kotton „in einer geradezu würdelosen Weise gebuhlt“ habe. Mit sehr gemischten Gefühlen wurde schließlich die Uebertragung der Angelegenheiten des nicht katholischen Kults der Direktion der Justizverwaltung an einen Dr. Carrière, einen Fremdling, und die Erteilung der Exequatur für das Saargebiet an den Vizekonsul von Belgien und den Konsul von Polen, beide in Strazburg, aufgenommen.

Kein Wunder, daß bei dieser Vetternwirtschaft die Bestrebungen zur Verwelschung der Saarschulen immer mehr zunahmen. Die Franzosen hatten nach dem Friedensvertrage nur das Recht, für die Angehörigen der Besatzungstruppen und der französischen Grubenbeamten eigene Schulen einzurichten. Sie gingen aber schon in jener Zeit erheblich weiter. Denn in Saarbrücken wurde eine Mittelschule mit französischem Normallehrplan eingerichtet, in Saarlouis eine gehobene und eine Elementarschule, weiterhin Elementarschulen in Homburg, Neunkirchen, St. Wendel und Mettlach.

Deutsche Sprachkurse wurden für die französischen Angestellten und französische Sprachkurse für die deutschen Beamten der Grubenverwaltung bestellt. Die angeblich neutrale Regierungskommission ließ all diese Dinge geschehen, ohne einen Finger zu rühren. Das Saarvolf aber mußte schweigen.

Die Ueberfremdung des Obersten Gerichtshofes.

Durch eine Verordnung der Regierungskommission war die Bestellung eines Obersten Gerichtshofes für das Saargebiet vorgesehen. Man hätte meinen sollen, daß dieser höchste Gerichtshof für das Saarland nun auch aus geborenen Saarländern zusammengesetzt würde, weil sie allein ja die Verhältnisse im Saargebiet kannten. Eine so natürliche Maßnahme lag aber den Herren in der Regierungskommission nicht. Sie zogen es vor, den Gerichtshof ausschließlich mit Fremden zu besetzen. Hiernach zeigte der sog. Oberste Gerichtshof folgende Zusammensetzung:

Präsident Marc Folletête, Professor an der Universität Bern.

Räte:

Joseph Ader, Rat beim Obergericht in Kolmar;
Ohlmann, Rat beim Landgericht in Mülhausen;
J. G. Kreusel, ehemaliger Oberlandesgerichtsrat in Kolmar;

Grandjean, Rechtsanwalt in Lüttich;

Harzfeld, Rechtsanwalt im Haag (Holland);

Ferd. Schäfer, Rat beim Appellationsgericht in Luxemburg;

Franz Wesenski, Rat beim Appellationsgericht in Prag;

Merziger, Amtsgerichtsrat in Saarbrücken.

Der Oberste Gerichtshof für das Saargebiet setzte sich also aus zwei Schweizern, 3 Elsässern, 1 Luxemburger, 1 Belgier, 1 Holländer und einem Tschechen zusammen und sah nur einen Saarländer, den zuletzt genannten Amtsgerichtsrat Merziger in seinen Reihen, den man offenbar als Konzessionschulzen hineingebracht hatte. Es war also in Wahrheit kein saarländischer, sondern ein internationaler Gerichtshof.

Die „Treuhandverwaltung“ des Saargebietes.

Gegenüber den vielfachen und systematischen Versuchen der Regierungskommission, die Rechts- und Verhältnisse im Saargebiet zu verwischen und gegenüber der einseitigen Auslegung der Friedensbedingungen durch die Saarregierung erwies sich ein sachlich begründeter und durchschlagender Protest als dringend notwendig. Es ist das Verdienst des deutschen Anwaltsvereins gewesen, in einer Denkschrift (vom 6. April 1920) auf diese Rechtsbrüche aufmerksam gemacht und die wahren staatsrechtlichen Grundlagen der im Saargebiet einzuführenden Verwaltungsordnung dargelegt zu haben. Die Denkschrift war von Rechtsanwalt Giersberg-Magdeburg, einem geborenen Saarländer, verfaßt und setzte sich mit der neuartigen „Treuhandverwaltung“ im Saargebiet eingehend auseinander. Da die Denkschrift erst kürzlich im „Saar-Freund“ zitiert worden ist, können hier nur die Hauptpunkte angeführt werden.

Die Denkschrift stellte zunächst fest, daß die Staatshoheit im Saargebiet nach dem Friedensvertrag die deutsche bleibt, daß nur ihre Ausübung der Regierungskommission

„zu treuen Händen“ übertragen ist. Der Treuhänder übt fremde Rechte im eigenen Namen aus, aber nicht zu eigenem Nutz und Frommen, sondern zu Nutz und Frommen dessen, dem er als Treuhänder bestellt ist, unter Wahrung der dem französischen Staat übertragenen Rechte. Es sind also deutsche Rechte, die die Regierungskommission ausübt, eine Übertragung von Regierungsbefugnissen an französische Behörden ist unzulässig, ebenso die Weiterbelassung von Regierungsbefugnissen bei den französischen Militärbehörden. Die Regierungskommission darf die deutsche Staatshoheit nicht schmälern oder aufheben.

Die Denkschrift beschäftigte sich weiter mit dem Inhalt der dem Völkerbund zur Ausübung übertragenen deutschen Staatshoheit und kam zu dem Schluß, daß die Ausübung der deutschen Hoheit in mancher Hinsicht beschränkt sei, z. B. zugunsten der französischen Grubenverwaltung und des französischen Zollsystems, daß aber im übrigen der Inhalt der Regierungsbefugnisse sich aus den deutschen Gesetzen ergebe. Diese bleiben in Geltung, ihre Abänderung ist nur zulässig aus Gründen d'ordre général oder um die Gesetze mit dem Friedensvertrag in Übereinstimmung zu bringen.

Als die wichtigsten Folgerungen wurden bezeichnet: Nur ein Deutscher kann Beamter im Saarlande werden. (Das mußte also auch für die Zusammensetzung des Obersten Gerichtshofes gelten, während die Einsetzung selbst unabwendbar war.) In die Unabhängigkeit der Gerichte darf nicht eingegriffen werden. Die Unantastbarkeit der Richter muß gewahrt bleiben. Da das Recht, Beamte zu ernennen und zu entlassen, nach § 19 der Anlage ein Ausfluß der bisher dem Deutschen Reiche, Preußen oder Bayern zustehenden Rechte ist, so kann die Saarregierung nur Deutsche zu Beamten bestellen und sie nur auf Grund der bestehenden Disziplinalgesetze entlassen. Die im Saargebiet bestehenden Zivil- und Strafgerichte werden beibehalten, auch das Reichsgericht, denn es ist durch das in Geltung verbleibende Gerichtsverfassungsgesetz eingesetzt. Ebenso bleiben die Beschränkungen in Kraft, die die deutschen Gesetze zugunsten der persönlichen Freiheit vorgenommen haben. Daher sind Freiheit der Person, des Eigentums, die Schul- und religiöse Freiheit gewährleistet.

Weiter wurde in der Denkschrift festgestellt, daß das Saargebiet kein eigener Staat ist, sondern ein Teil Preußens, Bayerns und damit des Deutschen Reiches geblieben ist. Daraus folgert, daß die Staatsangehörigkeit der Bewohner des Saargebietes unberührt bleibt, daß politische Rechte nur Inländer ausüben können, und daß Inländer, also Deutsche, nicht ausgewiesen werden können. Die Beamten bleiben deutsche Beamte. Zur praktischen Durchführung dieser Grundsätze und zur Regelung der Zuständigkeiten wurde eine besondere Abmachung zwischen dem Deutschen Reiche und der Regierungskommission und der Erlass einer entsprechenden Verordnung der Kommission angeregt. Die Ausarbeitung des Beamtenstatuts im Sommer 1920 entsprach dieser Forderung. Auf andern Gebieten aber ließ die Regierungskommission jede Rücksicht auf die hier festgestellten Grundsätze des Rechtes und die Beachtung der durch den Friedensvertrag festgesetzten Rechtsverhältnisse vermissen. Sie hat den Begriff der „Treuhandverwaltung“ immer wieder vernachlässigt oder auf den Kopf gestellt. (Fortsetzung folgt.)

110 000 Einsprüche!

Aber enttäuschte Hoffnungen der Abstimmungsaboteure

Wie die Abstimmungskommission mitteilt, sind nicht weniger als etwa 110 000 Einsprüche gegen Eintragungen in die Liste der Abstimmungsberechtigten erfolgt. Die Einspruchsmaschinerie der Abstimmungsaboteure hat also rund jeden fünften Abstimmungsberechtigten betroffen. Das Ziel dieser Einsprüche war, die Abwicklung der Abstimmungsgeschäfte so zu erschweren, daß eine ordnungsmäßige Erledigung der Einsprüche nicht möglich würde und dadurch der Abstimmungstermin verschoben werden mußte. Die Ab-

stimmungskommission hat aber beschlossen, alle Einsprüche zu prüfen, selbst wenn die Grundlosigkeit als sicher angenommen werden kann. Sie hat andererseits aber alle Maßnahmen getroffen, um die Arbeiten in dem zur Verfügung stehenden Zeitraum zu erledigen. Die Mühe der Saboteure derer von Braun, Hoffmann, L'Hoste und Genossen war also vergeblich.

Mit diesen Einsprüchen gegen die Abstimmungslisten

beschäftigte sich in diesen Tagen noch vor Bekanntgabe dieser Einspruchsziffer die „Neue Baseler Zeitung“. Sie erklärte u. a. folgendes:

„Es bedarf keines besonderen Scharfsinns, um hinter dieser Meldung die bekannte abstimmungsfeindliche Tendenz zu erblicken. Wir wissen nicht, wie hoch tatsächlich die Zahl der Einsprüche ist. Vermutlich sind gerade von separatistischer Seite zahlreiche Einwendungen nur deshalb erhoben worden, um die Arbeit der Abstimmungsbehörden zu erschweren und zu verzögern. Wenn nun verschiedene Kreisbüros bis zum 9. November über die Einsprüche zu entscheiden haben, und das Abstimmungsgericht bis zum 17. Dezember über alle Berufungen, so erscheinen diese Fristen tatsächlich außerordentlich knapp. Aber der Völkerbund hätte es in der Hand gehabt, die Saarabstimmung schon früher zu organisieren und seinen Organen hierfür Zeit zu lassen. Wenn er dies nicht getan hat, sondern sozusagen bis zum letzten Augenblick gewartet hat, so hat er jetzt auch die Pflicht und Schuldigkeit, die auftauchenden Schwierigkeiten zu bewältigen, und die von der Abstimmungskommission festgesetzten Fristen innezuhalten, wenn nötig, durch bedeutende Vermehrung des Personals der verschiedenen Abstimmungsorgane. Auf keinen Fall aber darf der Völkerbund „wegen technischer Schwierigkeiten“ die einmal angelegte Abstimmung wieder verschieben, wenn er nicht eindeutig unter Beweis stellen will, daß er in der Saarfrage nicht die neutrale Treuhänderrolle spielte, die ihm der Vertrag zuwies, sondern einseitig Partei ergriff.“

Es ist nicht uninteressant, daß der sogenannte Marley-

sche Untersuchungsausschuß über den nationalsozialistischen Terror im Saargebiet noch vor der Feststellung der Abstimmungskommission die Zahl der Einsprüche mitzuteilen in der Lage war. Daraus geht also hervor, daß die Abstimmungsaboteure in engster Zusammenarbeit mit diesem deutschfeindlichen Ausschuß arbeiteten, und daß offenbar von dieser Seite die Finanzierung dieser ganzen Einspruchsaktion erfolgte. Die radikalsozialistische Pariser „Republique“ greift die Angaben des Marley-Ausschusses auf und errechnet für einige Teilgebiete bei der Abstimmung eine Mehrheit für den Status quo. Es empfiehlt deshalb dem Völkerbund, für diesen Fall bereits ein Programm für das endgültige Statut auszuarbeiten. Was man französischerseits in Wahrheit mit dem Saargebiet vor hat, ergibt sich aus einer Schlussbemerkung des erwähnten Blattes, wo es heißt, daß „dieses deutsche, aber neutrale Nachbarland unter Aufsicht des Völkerbundes in hohem Maße zur Deckung der französischen Ostgrenze beitragen könnte.“ Verhandlungen Frankreichs seien weder nach noch vor der Abstimmung angezeigt. Wenn das Blatt schließlich meint, daß im Falle eines nationalsozialistischen Sieges an der Saar hunderttausend Sozialisten, Kommunisten und Katholiken nach Frankreich flüchten würden, so verrät es hier eine äußerst schlechte Kenntnis der Dinge, oder es schätzt diese Herrschaften als politische Nullen ein, weshalb es ihm auf einige Nullen mehr oder weniger nicht ankommt.

Wer fälschte die Abstimmungslisten?

Eine Feststellung des Saarbrücker Oberbürgermeisters

In der Emigranten- und Separatistenpresse wurde unmittelbar nach Erscheinen der vorläufigen Abstimmungslisten Tag für Tag behauptet, daß etwa 100 000 bis 120 000 Eintragungen unberechtigterweise erfolgt seien. Es wurde von einer systematischen Fälschung der Abstimmungslisten gesprochen und durch Anführung von angeblich einzelnen Beispielen versucht, diese Behauptungen glaubhaft erscheinen zu lassen. Zu diesen Behauptungen, die offenbar von zentraler Stelle aus der erwähnten Verräterpresse zugeführt wurden, und die in den einzelnen Organen je nach Temperament und Phantasie der betreffenden Lohnschreiber in besonders grellen Farben herausgeputzt wurden, nahm der Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken, Dr. Reikes, in der saar-deutschen Presse Stellung. Er hob mit Recht als Sinn dieser separatistischen Pressenkampagne hervor, daß man damit eine Verlängerung der Einspruchsfrist und damit wiederum eine Verschiebung der Volksabstimmung zu erreichen hoffte. Den Beamten wurde absichtliche Aufnahme nicht abstimmungsberechtigter Angehöriger einer bestimmten Richtung, Bruch von Siegeln, die der frühere Abstimmungskommissar angelegt habe, in der Verräterpresse vorgeworfen. Dr. Reikes wies ausdrücklich darauf hin, daß die erhobenen Vorwürfe unmittelbar nur die Organe der Abstimmungskommission trafen, da diese mit ihren Unterorganen (Gemeindeausschuß, Kreisbüro) ausschließlich die Aufstellung der Listen durchgeführt hätten. Da die Abstimmungskommission und die Regierungskommission bis zur Veröffentlichung dieser Klarstellung des Saarbrücker Oberbürgermeisters geschwiegen hatten, nahm er im Interesse der Gemeinden, der Gemeindeverwaltungen und ihrer Beamten selbst den Kampf gegen das separatistische Verleumdergesindel auf, um an Hand der tatsächlichen Verhältnisse die Lage klarzustellen. Er führte hierzu u. a. aus:

Der Völkerbundsrat hat im Jahre 1922 einen besonderen Kommissar zur Sicherung der Unterlagen für die Volksabstimmung im Saargebiet in der Person des Schweizer Dr. Alfred Bonzon ernannt. Herr Dr. Bonzon ist vom 14. November 1922 bis Ende Oktober 1923 im Saargebiet als Kommissar für die Sicherung der Volksabstimmung tätig gewesen. Er hat dann noch einmal vorübergehend im Sommer 1924 seine Tätigkeit im Saargebiet ausgeübt.

Am 20. Oktober 1923, kurz vor dem ersten Abbruch seiner Tätigkeit, habe ich Herrn Dr. Bonzon namens der Kommunalverbände des Saargebiets einen zusammenfassenden Bericht erstattet, der eine zusammenfassende Betrachtung des Ergebnisses der Befundsberichte aus den 82 Bürgermeistereien des Saargebiets enthält. Darin ist u. a. ausgeführt, daß die durch Verordnung vom 9. Mai 1923 gesicherten Volksabstimmungsunterlagen für die Aufstellung der Wählerlisten einen durchaus ungleichen Wert hätten, da sie sich nur auf einen Teil der Wahlberechtigten beziehen und nicht sämtliche Einwohner der Gemeinden erfassen. Die einzigen Urkunden, welche

die gesamte ortsanwesende Bevölkerung unter Anführung der einzelnen Personen enthielten, seien die Hausstandsbogen, die polizeilichen Melderegister sowie die Hausstandslisten und Personalkarten der Lebensmittelversorgung. Die Hausstandsbogen seien aber, wie es in dem Berichte hieß, von der Aufnahme vom Herbst 1918 und Herbst 1919 nur in elf Bürgermeistereien noch vollständig und in vierzehn teilweise vorhanden, fehlen somit für den weitaus größten Teil der Bürgermeistereien. Die Hausstandslisten der Lebensmittelversorgung seien in 32, die Personalkarten in acht Bürgermeistereien vorhanden, die polizeilichen Melderegister zwar in 70 Bürgermeistereien, doch bestünde der größte Teil der Melderegister nur in der Registrierung der Zu- und Abgänge, enthalte also nicht den Bestand der vorhanden gewesenen ortsansässigen Bevölkerung. Der Bericht des Oberbürgermeisters Dr. Reikes stellte also zusammenfassend damals fest, daß auf Grund der sämtlichen, durch die Verordnung vom 9. Mai 1923 gesicherten Urkunden die Wählerlisten nicht mit Sicherheit aufgestellt werden können. Er empfahl deshalb damals, die Vernehmung der staatlichen und kommunalen Beamten, welche die Einwohner ihres Bezirks aus den Jahren 1918 und 1919 noch kannten, und die Vernehmung der Nachbarn der Personen, welche in den Urkunden nicht verzeichnet waren.

Dieser Bericht ergibt, wie Dr. Reikes ausführt, daß die Kommunalverbände des Saargebiets schon damals auf die Mängel in dem für die Volksabstimmung in Frage kommenden Urkundenmaterial aufmerksam gemacht und entsprechende Vorschläge unterbreitet haben. Der damalige Abstimmungskommissar des Völkerbundsrats hat sich aber damals gegen die sofortige Aufstellung der Liste der Abstimmungsberechtigten mit aller Entschiedenheit gewandt. Aus einem von Dr. Reikes angezogenen Bericht des damaligen Berichterstatters über Saargelegenheiten im Völkerbundsrat geht klar hervor, daß der Völkerbundsrat damals die sofortige Aufstellung der Liste der Abstimmungsberechtigten untersagt hatte. Für diese Entscheidung hat, wie Dr. Reikes erklärt, der Völkerbundsrat offensichtlich seine guten Gründe gehabt. Er wollte wahrscheinlich durch Aufstellung der Listen der Abstimmungsberechtigten damals keine unnötige Unruhe in die Bevölkerung hineintragen. Wenn aber der Völkerbund aus solchen Erwägungen die rechtzeitige Aufstellung der Abstimmungslisten verweigerte, dann kann man heute unmöglich den Gemeinden des Saargebiets für etwaige Mängel der Abstimmungsunterlagen einen Vorwurf machen. Mit aller Entschiedenheit aber weist Dr. Reikes die Vorwürfe der Separatisten, Emigranten und Kommunisten zurück, die gegen die beteiligten Gemeinden und ihre Beamten erhoben wurden.

Im übrigen erklärt Dr. Reikes die bisher nur in geringem Umfang festgestellten Doppelseintragungen usw. aus der Tatsache, daß vielfach Anträge sowohl von den Berechtigten selbst wie von Seiten

ihrer Verwandten am Ort gestellt worden sind. Es ist hier nicht Böswilligkeit, sondern eine gewisse voreilige Vorsicht, wobei eine Verständigung zwischen den beiderseitigen Interessenten vorher nicht erfolgt war. Deshalb sagt Dr. Reites zum Schluß:

Wenn man allen von einer gewissen Presse gegen die Abstimmungslisten erhobenen Vorwürfen nachgeht, so fallen sie in Nichts zusammen, und es bleiben übrig kleine Irrtümer und Versehen, wie sie bei jeder Aufstellung einer Wahlliste oder Abstimmungsliste im Massenbetrieb vorkommen müssen, zu deren Erledigung ja gerade das Einspruchs- und Rekursverfahren zur Verfügung steht.

Eine Verlängerung der Einspruchsfrist um einen Monat, wie es von gewisser Seite jetzt beantragt wird, würde bedeuten, daß auch die Fristen für das Rekursverfahren und für die letzte Vorbereitung der Volksabstimmung hinausgeschoben werden müßten und die Volksabstimmung am 13. Januar 1935 nicht stattfinden würde.

Es wäre aber ein grundlegender Irrtum, anzunehmen, daß bei einer Verschiebung der Einspruchsfrist um einen Monat auch der Abstimmungstermin nur um einen Monat verschoben werden müßte. Vielmehr würde jede Verschiebung des Abstimmungstermins über den 13. Januar 1935 hinaus einen ganz neuen, bisher nicht in die vorläufige Liste aufgenommenen Kreis von Berechtigten neu auf die Liste bringen, nämlich alle, die zwar nicht am 13. Januar 1935, wohl aber bis zum neuen Abstimmungstermin das 20. Lebensjahr vollenden würden.

Da die Bestimmung des § 34 des Saarstatuts eine zwingende und unabänderliche Vorschrift darstellt, müßte also im Falle einer Verschiebung des Abstimmungstermins zum Zwecke der Aufnahme des neuen Kreises der Abstimmungsberechtigten das gesamte Verfahren zur Aufstellung der Listen mit Fristen für die Aufstellung der vorläufigen Liste, die Einspruchserhebung und das Rekursverfahren von Anfang bis zu Ende neu durchgeführt werden, d. h. mit anderen Worten:

es würde eine Verschiebung des Abstimmungstermins um mindestens sechs Monate in Frage kommen. Wer aber die Hochspannung beobachtet, die augenblicklich im Saargebiet durch die unmittelbare Vorbereitung der Abstimmung herrscht, der kann nur den Wunsch äußern, daß dieses Schicksal der Saarbevölkerung erspart bleiben möge.

Es würden bei einer Verschiebung des Abstimmungstermins immer wieder dieselben Fehlerquellen neu auftreten müssen.

Die Abstimmungskommission gegen die separatistischen Verleumder.

Die Abstimmungskommission sah sich veranlaßt, u. a. folgendes bekanntzugeben: Es ist nicht möglich, sich schon jetzt ein genaues Bild über die Zahl und die Begründung der eingelaufenen sowie der noch zu erwartenden Einsprüche zu machen. Ein abschließendes Urteil über die Richtigkeit der Listen und die Berechtigung der daran geübten Kritik ist darum jetzt noch verfrüht.

Ueber einen kritischen Einwand allgemeiner Natur kann sich die Kommission jedoch bereits heute äußern, nämlich über die schätzungsweise Zahl der Stimmberechtigten.

In der Presse sind verschiedene diesbezügliche Berechnungen veröffentlicht worden, die meistens grobe Fehler aufweisen und den Eindruck erwecken können, als liefere schon die Gesamtzahl der Stimmberechtigten einen Beweis dafür, daß die Listen außerordentlich mangelhaft seien, insbesondere, daß darin eine große Anzahl — bis zu 100 000 — Namen zu Unrecht Aufnahme gefunden hätten.

Zur Ermittlung der Zahl der Stimmberechtigten geht die Kommission von folgender Rechnungsgrundlage aus:

Die in den Einwohnermelderegistern eingetragene Bevölkerung kann am 28. Juni 1919 — also am Stichtag — auf 663 000 geschätzt werden. Hinzuzuzählen ist noch eine Anzahl Personen, die damals meistens nicht in den Registern geführt wurden, nicht anwesend waren und doch im Sinne der Wahlordnung im Saargebiet die Einwohnerereignischaft hatten. Zu diesen gehören besonders die noch nicht aus dem Heeresdienst entlassenen Personen, die Kriegsgefangenen, Flüchtlinge, Ausgewiesenen, Studierenden usw. Andererseits gab es unter der Saarbevölkerung aber auch Personen, die am Stichtag zwar anwesend waren, aber die Einwohnerereignischaft im Saargebiet nicht im Sinne der Wahlordnung hatten. Diese Gruppe ist zwar an sich zahlreich, bestand aber größtenteils aus Personen, die nur für die Bedürfnisse der französischen Besatzung hier waren, also weder angemeldet waren noch stimmberechtigt sind.

Sieht man von diesen letzteren ab, so kann die Kategorie als sehr wenig zahlreich angesehen werden, weil die Besetzung am Stichtag noch den Charakter der kaum vergangenen Kriegszeit trug.

Die Differenz zwischen den genannten beiden Gruppen kann für die Berechnung mit wenigstens 17 000 angenommen werden,

die Bevölkerung am Stichtag im Sinne der Wahlordnung kann also auf 680 000 Köpfe geschätzt werden.

Um nun die annähernde Anzahl der Stimmberechtigten zu ermitteln, muß man zunächst aus dieser Zahl die nach dem 13. Januar 1915 geborenen, also die Kinder unter 4½ Jahren ausschalten. Aus den Statistiken des Deutschen Reiches geht hervor, daß der Prozentsatz der Kinder unter 4½ Jahren auf etwa 7½ v. H. zu schätzen ist. Dabei ist zu beachten, daß in den Kriegsjahren die Geburtenzahl stark zurückgegangen und die Sterblichkeit unter den Kindern gestiegen ist. Zieht man diesen Prozentsatz von der Bevölkerungsziffer — d. h. 51 000 von 680 000 — ab, so bleiben 629 000 übrig, die alle das Stimmrecht besitzen, soweit sie noch am Leben sind.

Ferner müssen die seit dem Stichtag Verstorbenen ausgeschieden werden. Es ist um so schwieriger, diese Zahl zu ermitteln, weil es sich hier um eine besondere Gruppe von Personen handelt, die gebildet ist einerseits aus Personen, die am Stichtag über 4½ Jahre alt sind, und andererseits während 15 Jahren (Juni 1919 bis Juni 1934) keinen Zuwachs erhält. Für die Zahl der Todesfälle dieser Gruppe darf keineswegs die Gesamtzahl der Todesfälle im Saargebiet angenommen werden, wie dies in verschiedenen Berechnungen geschehen ist, denn diese Gesamtzahl umfaßt die Todesfälle der Kinder und der Eingewanderten, zusammen zirka 300 000, die nicht stimmberechtigt sind. Auch darf für die Berechnung der Sterblichkeit dieser Gruppe nicht die allgemeine Sterblichkeit der gesamten Bevölkerung angenommen werden, und zwar aus folgendem Grunde: Da einerseits die unter 4½ Jahre alten Kinder nicht in der Gruppe eingegriffen sind, andererseits aber die Sterblichkeit von Kindern dieses Alters um mehr als das Doppelte der mittleren Sterblichkeit übertrifft, so wäre die allgemeine mittlere Sterblichkeitsquote für den übrigbleibenden Teil notwendigerweise zu hoch gegriffen. Für die Berechnung wurde daher eine Sterblichkeitsziffer angenommen, die 10 v. H. niedriger ist als die mittlere.

Noch 1924 umfaßte die stimmberechtigte Bevölkerungsgruppe nur noch Personen über zehn Jahre, so daß der vorgenannte Umstand an Bedeutung abnimmt. Für die Jahre 1925 bis 1929 einschließlich wurde also angenommen, daß die Sterblichkeit gleich der mittleren gewesen ist.

In den Jahren nach 1929 — in welchen die in Betracht kommende Bevölkerungsgruppe nur noch Personen über fünfzehn Jahren enthält — wird die höhere Sterblichkeit der höchsten Altersgruppen zunehmenden Einfluß ausüben, und es wird eine Sterblichkeit, die 10 v. H. über der mittleren liegt, angenommen.

Auf diese Weise ist die Gesamtzahl der Verstorbenen von den vorher auf 629 000 berechneten zukünftigen Abstimmungsberechtigten auf rund 97 000 ermittelt worden, wobei die Verstorbenen der letzten Hälfte des Jahres 1934 nicht in der Berechnung enthalten sind, da sie bei der Aufstellung der vorläufigen Listen noch nicht berücksichtigt werden konnten und also zu Recht auf den vorläufigen Listen stehen. Es bleiben also 532 000 Personen übrig, zu welchen man jetzt noch die zählen muß, deren Stimmrecht in Frage gestellt ist, wie z. B. die Saargänger. Von diesen haben die Gemeindeausschüsse eine Anzahl in die vorläufigen Listen eingetragen; zusammen mit ihren Angehörigen können die eingetragenen Saargänger auf ungefähr 10 000 geschätzt werden. — Es hat sich außerdem gezeigt, daß im Jahre 1919 in verschiedenen Bürgermeistereien des Saargebietes eine ziemlich große Anzahl Personen anwesend waren, die die Einwohnerereignischaft besaßen, aber nicht angemeldet waren. Dabei muß man berücksichtigen, daß im Jahre 1919 eben noch keine gewöhnlichen, normalen Zustände herrschten; ihre Zahl wird auf 8000 angegeben.

Aus den obigen Ausführungen geht hervor, daß

die mögliche Zahl der in die Listen einzutragenden Stimmberechtigten auf ungefähr 550 000 geschätzt werden kann.

In die vorläufigen Listen wurden rund 532 000 Personen als stimmberechtigt eingetragen. In bezug auf diese Gesamtzahl ist daher für die Behauptung, daß die vorläufigen Listen übermäßig viele zu Unrecht Eingetragenen enthalten, kein Grund zu finden. Ein Beweis für die Richtigkeit der Listen ist damit aber auch noch nicht erbracht, da es nicht ausgeschlossen ist, daß die Listen sogar eine große Anzahl Fehler enthalten, die sich jedoch möglicherweise in der Gesamtzahl gegenseitig aufheben. Es ist darum die Aufgabe aller verantwortlichen Stellen, die größtmögliche Genauigkeit, Vollständigkeit und Aufrichtigkeit der Listen anzustreben. Durch Veröffentlichung der Listen ist es der gesamten Saareinwohnerschaft ermöglicht, an deren Richtigstellung mitzuwirken.

Die Abstimmungskommission ist von dem regen Interesse der Bevölkerung für diese Aufgabe überzeugt und hat auch bereits erfreuliche Erfahrungen über deren Mitwirkung gemacht. Sie möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, um einen jeden erneut aufzufordern, alle ihm bekannten Mängel der Listen — namentlich die Doppelintragungen — dem Kreisbüro der Kommission bekanntzugeben. Zugleich sei darauf hingewiesen, daß auch noch nach dem 26. Oktober

die Überprüfung der Listen zwecks Beseitigung zutage tretender Fehler von Amts wegen von der Kommission fortgesetzt wird.

Unbehagen?

Die Veröffentlichung der Abstimmungskommission, die gegen die Ausstreuungen wegen angeblicher Verfälschungen der Wahllisten protestiert, ist von der Pariser Presse völlig verschwiegen worden. Nur der „Intransigeant“ bringt einen kurzen Auszug aus dieser Mitteilung auf irgendeinem versteckten Platz der Zeitung. Dafür erhebt er in seinem Leitartikel doch noch einmal die Behauptung, daß mindestens 100 000—120 000 Wahlberechtigte zu Unrecht in die Listen aufgenommen worden seien.

Die wirklichen Listenfälscher.

Der separatistische Christen-Hoffmann hat Hand in Hand mit Maß Braun und seinen Moskauer Helfern die Platte von der Verfälschung der Abstimmungslisten bis zum Ueberdruß gespielt. Er hat es sogar unternommen, sich der Mühe zu unterziehen, durch Frankreich und England zu reisen, um der staunenden Welt zu erklären, wie furchtbar die Saarnazis die Abstimmungslisten gefälscht hätten, um dadurch ein besseres Abstimmungsergebnis zu erzielen. Er ist sogar bemüht gewesen, im sogenannten Marley-Ausschuß, der bekanntlich den Londoner Reichstagsbrand-Prozeß theatralisch zur Irreführung der öffentlichen Meinung zur Durchführung brachte, als hemmungsloser Verleumder seines Vaterlandes aufzutreten. Dabei ist ihm ein kleines Malheur passiert. Er hatte mit heuchlerischer Biederemannsmiene seine Eintragung in die Abstimmungsliste beantragt, obwohl er am Stichtag nicht im Saargebiet wohnhaft war. Er behauptete in seinem Eintragungsantrag, sich studienhalber in Berlin aufhalten zu haben. Jetzt hat sich aber herausgestellt, daß die Angaben Hoffmanns erlogen sind. Die Saarpresse war in der Lage, ein Bewerbungsschreiben Hoffmanns vom Dezember 1918 an den Verlag Scherl in Berlin, eine Gehaltskarte Hoffmanns aus dem Scherl-Haus, eine Bescheinigung des Angestellten-Ausschusses der Firma Scherl vom Mai 1919 über die Unkündbarkeit seiner Stellung im Scherl-Hause im Faksimile wiederzugeben. Hoffmann war also vom Frühjahr 1919 an Festangestellter der Firma Scherl, befand sich nicht „studienhalber“ in Berlin, sondern hatte seinen festen Wohnsitz in Berlin und nicht im Saargebiet, das er nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst aus lauter Besorgnis um seine wertvolle Person, wie er selbst in seinem Bewerbungsschreiben angibt, nicht wieder betreten hatte. Er fürchtete sich vor der Befragung, die er heute mit allen Mitteln der übrigen Bevölkerung des Saargebiets wieder auf den Hals hegen möchte. Wahrlich, ein feiner Herr und würdiger Vertreter jener Gilde, die dem Saargebiet seine Zugehörigkeit zum deutschen Vaterland streitig machen möchte. Wir

hoffen, daß die Abstimmungskommission den Separatisten Hoffmann darauf aufmerksam machen wird, daß er kein Recht hat, gegen andere den Vorwurf der Listenfälschung zu erheben, wo er einen ausgewachsenen Eintragungsbetrug tatsächlich vorgenommen hat.

Wähler und Saboteure.

Eine ganz ungeheuerliche Form des Versuchs zur Fälschung der Abstimmungslisten und zur Hintertreibung der Einhaltung der Termine für die Abstimmungsvorbereitungen leistete sich das mit Maß Braun verbündete Moskauer Separatistengruppchen. Unter der Führung des kommunistischen Landesratsmitgliedes L'Hôte in Oberlingweiler wurde eine Geschäftsstelle aufgemacht, die auf mechanischem Wege „Einsprüche“ gegen rechtmäßig in den Abstimmungslisten eingetragene Abstimmungsberechtigte fabrizierte. L'Hôte, ein gewisser Goldschmidt und ein gewisser Wähler (sein Name paßt zu seiner Tätigkeit) unterschrieben diese Einsprüche, die als Begründung aufführten, daß „die betreffende Person die Einwohnerschaft nach den Bestimmungen der Wahlordnung nicht besitze, daß aber die Herausgabe der Beweisstücke hierfür durch die Behörden verweigert würde“. Diese Einsprüche entsprechen nicht den Vorschriften der Wahlordnung, da ihnen keinerlei Beweismaterial beigegeben ist. Sie sind auch in Massen nur zu dem Zweck eingereicht worden, um den Kreisbüros die Nachprüfung bis zum Ablauf der vorgeschriebenen Frist unmöglich zu machen und damit eine Verschiebung der Einspruchsfristen und damit wiederum eine Verschiebung des Abstimmungstermins zu erreichen. Die Tatsache, daß in der französischen Presse zu gleicher Zeit aus Gründen der „unrichtigen Führung der Abstimmungslisten“ eine Verschiebung des Abstimmungstermins um mehrere Monate oder gar um ein Jahr angekündigt wird, beweist, daß französische Saarpolitik und Moskauer Abstimmungssabotage Hand in Hand arbeiten.

Es scheint aber, als ob diese Wähler und Genossen mit ihrem Manöver keinen Erfolg haben werden. Von der Abstimmungskommission wurde eine Verlautbarung bekanntgegeben, daß es nicht notwendig sei, diese Einsprüche zu beachten, da selbstverständlich die Einlegung eines solchen Einspruches allein noch nicht genügt, um eine sonst ordnungsmäßig vorgenommene Eintragung ungültig zu machen. Da diese mechanisch hergestellten „Einsprüche“ als solche ohne weiteres erkennbar sind, diese außerdem in ordnungswidriger Weise eingereicht wurden (u. a. hat man sich aus Kostenersparnis die Benachrichtigung des beanstandeten Abstimmungsberechtigten durch Einschreibebrief erspart), so wird man diese Einspruchsflut sehr wahrscheinlich unberücksichtigt zu den Akten legen. Immerhin ist es zur Kennzeichnung der Kampfweise der edlen Verrätergilde im Abstimmungskampf angebracht, dieses Vorgehen derer von Hoffmann, L'Hôte, Goldschmidt, Wähler und Genossen festzuhalten.

Zur Volksabstimmung im Saargebiet am 13. Januar 1935

Betreuung der Saarabstimmungsberechtigten im Reiche

Von Th. Vogel-Berlin.

Nach der Erpressung der deutschen Unterschrift des Schmachdiktats von Versailles ließen es die Zeitverhältnisse ratsam erscheinen, den „Saargebietschutz“, welcher bekanntlich Ende 1918 gegründet worden war, und der durch eine umfassende Aufklärungsarbeit über die Saar einen großen Anteil an dem Erfolge seines Abwehrkampfes insofern zu verzeichnen hatte, als das Geschick der glatten Annexion vom Saargebiet doch abgewendet werden konnte, aufzulösen. Es galt dann auf breiter Grundlage eine neue Organisation zu schaffen. Zu diesem Zwecke wurde nach der Abwicklung des „Saargebietschutz“ am 8. Juli 1919 die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Berlin gegründet und mit der weiteren Wahrnehmung der deutschen Interessen des Saargebiets betraut. In der Geschäftsordnung für die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ vom 18. Juli 1919 heißt es u. a.: Das Unternehmen verfolgt den Zweck, durch eine unabhängige Propaganda die Befreiung des Saargebiets von der Fremdherrschaft zu fördern und eine reibungslose Ueberleitung in die alten Verhältnisse nach der Rückgliederung

zu sichern. Als besonderes Mittel zum Zweck liegt es der Geschäftsstelle „Saarverein“ ob, möglichst viele Saarvereine ins Leben zu rufen und sie im Bunde der Saarvereine zusammenzuschließen; die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ sollte ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgabe mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bezweckt mit dem Bunde der Saarvereine und seinen Ortsgruppen vor allen Dingen die Sicherung der im Schmachdiktat von Versailles nach 15 Jahren vorgesehenen Abstimmung.

Dieser Aufgabe, welche sich die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bei ihrer Gründung als wichtigste gestellt hatte, ist sie mit dem Bunde der Saarvereine, mit Hilfe der einzelnen Ortsgruppen, der Saarobmänner und besonderer Vertrauensleute in denjenigen Teilen des deutschen Vaterlandes, in denen Ortsgruppen nicht bestehen, in jeder Beziehung gerecht geworden.

Für die Abstimmungsberechtigten im Saargebiet selbst ist eine besondere Beratungsstelle mit ausgesprochen privatem Charakter in Saarbrücken ins Leben gerufen worden. Für die Saarabstimmungsberechtigten im Reich führte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin mit dem Bunde der Saarvereine die Betreuung in umsichtiger und gewissenhafter Weise durch. Zu diesem Zwecke hatte sie die Vorbereitungen von langer Hand getroffen und ihren Geschäftsbetrieb seit dem 1. Juli wesentlich ausgedehnt und die Zahl der Angestellten vermehrt, um die umfangreiche Arbeit, die durch die Betreuung der Saarabstimmungsberechtigten im Reich entstand, erledigen zu können.

Nachdem schon vor Jahren die einzelnen Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine veranlaßt worden waren, durch Rückfragen bei den Polizeimeistern die Namen der Saarabstimmungsberechtigten im Reich zu ermitteln und dafür eine besondere Kartothek anzulegen, bildete diese Vorarbeit eine gewisse Kontrolle zu den polizeilichen Anmeldungen der Saarabstimmungsberechtigten im Reich, welche auf Grund eines diesbezüglichen Aufrufes erfolgt sind. Durch genauen Vergleich der so von den Ortsgruppen erfaßten Saarabstimmungsberechtigten im Reich mit denen der Polizeimeister wurden dann fast restlos alle Saarabstimmungsberechtigten im Reich erfaßt und für sie eine besondere Kartothek angelegt. Diese Kartothek umfaßt die Namen der Saarabstimmungsberechtigten im Reich, deren Anschrift sowie ihren Wohnsitz am 28. Juni 1919 im Saargebiet.

Mit Hilfe der Kartothek wurde festgestellt, wie sich die Abstimmungsberechtigten auf die einzelnen Verwaltungsbezirke im Reich verteilen.

Die Durchführung der Betreuungsarbeiten bedingte eine direkte Fühlungnahme mit den Abstimmungsberechtigten. Diese Fühlungnahme wurde durch Vermittlung der einzelnen Ortsgruppen durch besondere Saarobmänner wahrgenommen. Für viele Gebiete des Reiches mußten besondere Vertrauensleute als Saarobmänner mit der Durchführung der Betreuungsarbeiten betraut werden.

Mit Hilfe dieser Organisationen wurde unter Führung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ die Stellung der Anträge auf Eintragung in die Liste der Abstimmungsberechtigten von den einzelnen Abstimmungsberechtigten herbeigeführt. Dabei war es bemerkenswert, daß es den Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine und auch den von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ernannten Einzelobmännern gelang, eine ganze Anzahl von Abstimmungsberechtigten ausfindig zu machen, die ihre Eintragung aus Unkenntnis nicht beantragt hatten.

Bei Ablauf der Antragsfrist konnte die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ feststellen, daß nahezu alle Abstimmungsberechtigten im Reich bei den für sie zuständigen Gemeindeausschüssen im Saargebiet ihre Anträge auf Eintragung in die Listen der Abstimmungsberechtigten vor dem 31. August gestellt hatten.

Während nun im Saargebiet die Gemeindeausschüsse über diese Anträge entschieden, bestand die Arbeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ einmal darin, sich auf die zu erwartenden Einsprüche derjenigen Abstimmungsberechtigten, die nicht in die vorläufigen Listen der Abstimmungsberechtigten aufgenommen wurden, vorzubereiten, und ferner in der registraturmäßigen Bearbeitung des im Zusammenhang mit der Stellung der Anträge eingegangenen Materials.

Während der Einspruchsfrist (26. 9.—26. 10. 1934) steigerten sich die Aufgaben der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ außerordentlich, denn binnen vier Wochen mußten einmal diejenigen Abstimmungsberechtigten, deren Eintragung abgelehnt worden war, davon in Kenntnis gesetzt werden, und ferner mußten die Betroffenen bei der Einlegung ihrer Einsprüche beraten werden. Daneben mußten alle Obmänner und Ortsgruppen mit Bordruck- und Aufklärungsmaterial, und zwar immer nach jeweiligem Stand der von den Abstimmungsgerichten er-

lassenen gesetzlichen Bestimmungen, versorgt werden. Kennzeichnend wird das Ausmaß dieser Arbeit dadurch, daß täglich mehrere hundert, an einigen Tagen mehrere tausend Briefe versandt wurden. Besonders zu beachten ist dabei, daß alle Einsprüche tunlichst durch die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ geleitet werden sollten, wo sie auf die Schlüssigkeit der Beweisführung und ihre sachliche Berechtigung geprüft werden mußten. Bei der Prüfung der Einsprüche wurde die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ von einigen Juristen (Rechtsanwälten usw.), die sich in dankenswerter Weise ehrenamtlich zur Verfügung gestellt hatten, unterstützt.

Nach erfolgreicher Durchführung dieser Aufgaben, die im Zusammenhang mit den Anträgen auf Eintragung in die Listen der Abstimmungsberechtigten und mit den Einsprüchen gegen die Nichteintragung in die vorläufigen Listen der Abstimmungsberechtigten standen, wird die Hauptaufgabe der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ von jetzt an sich daraus ergeben, daß die Abstimmungsberechtigten rechtzeitig in den Besitz ihrer Abstimmungsausweise, ihrer Reisepässe und ihrer Fahrtberechtigungen gelangen. Darüber hinaus entstehen weitere Aufgaben durch die Notwendigkeit sozialer Betreuung eines großen Teiles der Abstimmungsberechtigten.

Kleine politische Umschau

* Ein unbegreifliches Urteil.

Der Hausmeister der Landesleitung der Deutschen Front, Karl Jäger, wurde am 25. Oktober vom Obersten Abstimmungsgerichtshof des Saargebietes zu einer Gefängnisstrafe von sieben Monaten wegen Widerstandsleistung in Tateinheit mit Aufruhr und Beamtenbeleidigung verurteilt und im Gerichtshof sofort verhaftet. Dem Urteil liegen die Vorfälle zugrunde, die sich anlässlich der empörenden Hausdurchsuchung bei der Deutschen Front am 19. Juli unter Führung des Emigrantenkommissars Mahts abspielten. Die Staatsanwaltschaft des Abstimmungsgerichtes legte Jäger zur Last, den Versuch gemacht zu haben, die Hausdurchsuchung mit Gewalt zu verhindern. Die in der Hauptverhandlung vernommenen Zeugen vermochten kein wesentlich belastendes Tatsachenmaterial vorzubringen. Lediglich ein der SPD. angehörender Polizeibeamter erklärte, Jäger habe vor dem Hause der Deutschen Front beleidigende Ausdrücke ausgestoßen. Die Staatsanwaltschaft beantragte, wegen Widerstandsleistung auf fünf Monate und wegen Freiheitsberaubung auf vier Monate Gefängnis zu erkennen, die zu acht Monaten Gefängnis zusammengezogen werden sollten. Das Gericht sprach den Angeklagten von der Freiheitsberaubung frei, verurteilte ihn aber wegen Widerstandes und Beamtenbeleidigung zu sieben Monaten Gefängnis.

* Die sozialen Verhältnisse im Saargebiet

Die sozialen Verhältnisse des Saargebietes werden maßgebend bestimmt durch den Charakter des Landes als eines hochentwickelten, dichtbesiedelten Industriegebietes, in dem die Landwirtschaft stark zurücktritt. Ueber 57 Prozent aller Berufstätigen entfallen auf den Arbeiterstand, ein Prozentsatz, der die Industrialisierung des Saargebietes deutlich zum Ausdruck bringt. Die Zahl der von der Industrie wirtschaftlich Abhängigen ist dementsprechend noch wesentlich größer. Im einzelnen beträgt die Zahl der in den verschiedenen Erwerbszweigen Tätigen in Jahren guter Konjunktur, wie es das Jahr 1924 war, rund 75 000 Bergarbeiter, rund 50 000 Arbeiter der Eisenindustrie, über 25 000 in den übrigen Industrien tätige Arbeiter und rund 24 000 Handwerker. Dem stehen etwa 33 000 in der Landwirtschaft Beschäftigte gegenüber.

Die Wohnungsverhältnisse der saarländischen Arbeiterschaft stehen in einem wohlthuenden Gegensatz zu den Proletariatsvierteln anderer Industriegebiete. Charakteristisch für das Saargebiet sind nicht licht- und luftarme Mietkasernen, sondern kleine, von Gartenland und Wiesen umgebene Ein- oder Zweifamilienhäuser, die sich in langen Straßendörfern in nächster Nähe ausgedehnter Wälder erstrecken. So ist es erklärlich, daß den saarländischen Arbeiter eine starke Verbundenheit mit seiner Heimat und ihrer Natur auszeichnet, wie sie in anderen Industriegebieten kaum zu finden ist. Der saarländische Arbeiter hängt

wie kein anderer am eigenen Grund und Boden, und sein Hauptbestreben geht dahin, nach Möglichkeit ein eigenes Haus zu erwerben. Vor dem Kriege haben der preußische Staat als Hauptbesitzer der Saargruben und die führenden Privatindustriellen des Gebietes dieses Bestreben durch große finanzielle Beihilfen weitgehend gefördert. So sind Tausende von Arbeiterhäusern im Besitz der Arbeiterschaft entstanden, zu denen noch Garten- und Ackerland sowie eigener Viehbesitz kommen. Etwa zwei Drittel der verheirateten Bergarbeiter gehörten vor dem Kriege zu diesen Grund- und Hausbesitzern. Mit dieser Sozialpolitik des preußischen Staates hat die französische Bergwerksdirektion als dessen Nachfolgerin im Saarbergbau grundlegend gebrochen. An die Stelle der Eigenhausbauten der Arbeiterschaft sind Miethausbauten der Bergwerksdirektion getreten, die die Arbeiterschaft in Wohnkolonien zusammenfassen.

Durch die Nachkriegsveränderungen hat sich auch die soziale Lage der Saararbeiterschaft in starkem Maße verschlechtert. Wie in allen ausgesprochenen Industrieländern hat sich die Wirtschaftskrise im Saargebiet besonders heftig ausgewirkt. So könnte die Sozialversicherung des Saargebietes ohne die Zuschüsse des Deutschen Reiches, die bereits die Summe von 1 Milliarden Franken überschritten haben, nicht mehr bestehen. Eine endgültige Regelung der hier liegenden Schwierigkeiten wird erst nach der Rückkehr des Saarlandes in das Deutsche Reich möglich sein.

* Saarländer auf dem „Deutschen Tag“ in USA.

Auf dem „Deutschen Tag“ in Chicago, den die Deutsche Tag-Vereinigung in den Vereinigten Staaten von Amerika am 25. Oktober veranstaltete, war auch der Saarländer Verein vertreten. Er erhielt von dem Präsidenten der Vereinigung eine bevorzugte Stellung im Rahmen der Veranstaltung angewiesen. Das Programm der Kundgebung war besonders vielseitig und wich von dem üblichen Schema stark ab. Unter Hinzuziehung einer großen Anzahl deutsch-amerikanischer Vereine wurde in sehr hübscher und eindrucksvoller Weise durch eine bunte, ununterbrochene Folge von lebenden Bildern, Vorführungen, Tänzen, Umzügen usw. ein Abriss deutscher Geschichte und deutscher Kultur vorgeführt. Die Feier fand in dem größten Lokal, dem Chicago-Stadion, statt, das fast gefüllt war, so daß die von den Zeitungen angegebene Teilnehmerzahl von 20 000 Personen kaum übertrieben sein dürfte. Die als „die Jugend und ihre Zukunft“ geschlossen mit ihren Fahnen auftretende Jugendgruppe des „Bundes der Freunde des neuen Deutschlands“ wurde ganz besonders stürmisch begrüßt. Den zahlreichen Fahnenabordnungen der teilnehmenden deutschen Vereine folgte eine Abteilung der „American Legion“ mit der amerikanischen Flagge und dahinter eine Abteilung der deutschen Kriegsveteranen und des NS. Deutschen Frontkämpferbundes (Stahlhelm) in Uniform mit den deutschen Flaggen. Beide Abteilungen nahmen mit Front zueinander auf der Bühne Aufstellung und präsentierten, während die Musik die Nationalhymnen spielte. Erfreulicherweise hatte der Vorstand der Deutschen-Tag-Vereinigung es dem Saarländer-Verein als einzigem Verein gestattet, auf dem Deutschen Tag eine besondere Werbung zu veranstalten. Der Saarländer-Verein verteilte gegen freiwillige Gaben besondere Abzeichen, die auf die kommende Saarabstimmung hinwiesen und von denen er etwa 10 000 Stück absetzen konnte.

* Neutrales Urteil über die Saarregierung

Je näher der Abstimmungstermin heranrückt, desto mehr beschäftigen sich die Zeitungen wohl aller Länder mit dem Saargebiet. Ein großer Teil der Berichterstattung in den ausländischen Blättern wird allerdings den tatsächlichen Verhältnissen nur selten gerecht; ja sehr oft finden wir hier außerordentlich tendenziöse und entstellte Nachrichten. Um so erfreulicher ist es, wenn sich in der Presse des Auslandes objektive Darstellungen der saarländischen Probleme finden, nicht nur, da diese Berichterstattung geeignet ist, den deutschen Standpunkt im Saarkampf zu unterstützen, sondern auch deshalb, weil eine solche Stellungnahme in Deutschland sehr angenehm berührt. Dies gilt insbesondere für die beiden nachstehenden, in Schweizer Zeitschriften gebrachten Veröffentlichungen.

So zeigt sich der Verfasser eines in den „Schweizerischen Monatsheften“ vom 20. September 1934 erschienenen Aufsatzes, Dr. Gottfried Zeuglin, über die wirklichen Zustände der Saar außerordentlich gut unterrichtet. Bemerkenswert sind vor allem seine Ausführungen über die Tätigkeit der Regierungskommission. Es heißt darin u. a.: „Die volksfremde Regierung wäre schon schwer zu ertragen, wenn sie ihres Amtes abso'ut neutral waltete und sich ihrer Treuhänderrolle stets bewußt wäre; tatsächlich hat

sie aber stets das Gegenteil getan. Das beweist ihre Härte gegenüber allen Deutschen, allen deutschen Bestrebungen und ihre Nachsicht gegenüber den Autonomisten. Zu den unglücklichsten Handlungen in einem vom Abstimmungskampf aufgewühlten Gebiete gehört die Einstellung von Polizeioffizieren, die in Deutschland unmöglich wurden. Wer das Schalten und Walten der Refo gesehen hat, begreift nur zu gut, warum unsere Urkantone einst die fremden Bögte verjagt haben.“ Der Aufsatz brandmarkt auch mit treffenden Worten die Domonial-Schulen. Es sei falsch, wenn die saarländische Presse sich als „unabhängig“ bezeichne. Es gebe im Saargebiet weder eine nationale Minderheit noch eine Sprachenfrage. Am Abstimmungstage würde noch bei manchem Autonomisten das deutsche Nationalgefühl stärker sein als alle innenpolitischen Gegensätze.

Ebenso neutral wie objektiv ist die schon seit langer Zeit erwartete Saar-Nummer der „Schweizer Illustrierten Zeitung“ gehalten. Abgesehen von einem guten Begleittext sind bei dieser Veröffentlichung vor allem eine Reihe wirklich ausgezeichnete Photographien hervorzuheben, die dem Leser der Sondernummer ein äußerst anschauliches Bild des Saarlandes vermitteln.

* Hunger als Abstimmungswaffe?

Die Regierung des Herrn Knor hat das saarländische freiwillige Winterhilfswerk, das im vorigen Jahre mit so gutem Erfolge arbeiten konnte, verboten. Als Grund wird angegeben, daß die Regierung keine Sammlung erlauben darf, deren Träger oder Mitträger eine an der Abstimmung beteiligte politische Organisation ist. Der bereits seit drei Wochen vorliegende, nur von charitativen Verbänden unterschriebene, neue Antrag aber wurde bisher noch nicht beantwortet. Die Handlungsweise des Herrn Knor erscheint mehr als sonderbar. Er hält es anscheinend für beruhigender, wenn 180 000 notleidende Saarländer ohne besondere Hilfe und Unterstützung den Sorgen des Winters ausgeliefert werden, als daß die anderen Volksgenossen ihnen helfen. Wir nehmen an, daß Herr Knor seine Entscheidung ernst durchdacht hat. Er wird sich also logisch gesagt haben: Eine an der Abstimmung beteiligte Organisation darf ein solches soziales Hilfswerk nicht durchführen, auch die einzelnen deutschen Menschen an der Saar dürfen, da sie ebenfalls an der Abstimmung beteiligt sind, selbstverständlich nichts für ihre hilfsbedürftigen Volksgenossen an der Saar tun, da auch Deutschland und Frankreich sowohl als Staat wie als Volk an der Abstimmung beteiligt sind. bleibt eigentlich nur der Völkerbund übrig. Wir haben aber leider noch nichts von einem derartigen Antrag gehört, wir haben auch in den rückliegenden 15 Jahren noch niemals vernommen, daß er sich finanziell oder auch anderswie für das Saargebiet angestrengt hätte — bei seiner jetzigen Geldverlegenheit wird er sich um so weniger zu einer umfassenden Versorgung der saarländischen Hilfsbedürftigen aufrufen. Danach bleibt also nur eine Möglichkeit übrig: Herr Knor will diese hilfsbedürftigen deutschen Menschen im Abstimmungswinter hungern lassen: Hofft er, sie damit für den Status quo gewinnen zu können?

* Max Braun einst und jetzt.

Es gab eine Zeit, so schreibt das „Saarbrücker Abendblatt“, da konnte man Max Braun, der jetzt in Frankreich und in der Schweiz vor seinen marxistischen Gesinnungsgegnern das gerade von ihm propagierte status-quo-Programm zu begründen sucht, im deutschen Vaterland bei zahlreichen Saarkundgebungen sehen und reden hören. Seine Ausführungen, die stets und überall in der kategorisch erhobenen Forderung gipfelten, das Saargebiet müsse ohne jeden Vorbehalt zum Deutschen Reich zurückfallen, fanden damals mit Recht dankbare und begeisterte Zuhörer. Es ist gut, sich von seinen früheren Ausführungen heute hier einiges ins Gedächtnis zurückzurufen. Denn was Max Braun in jenen Jahren gesagt, geschrieben und immer wieder mit allem Nachdruck betont hat, gilt heute, drei Monate vor der Abstimmung, erst recht. Seine Ausführungen in damaliger Zeit bestanden stets in dem Bekenntnis auch von seiner Seite, daß die gesamte Saarbevölkerung unbedingt zurück in ihr deutsches Vaterland wolle! Derselbe Max Braun hat in dem von Sante im Jahre 1931 herausgegebenen Buch „Die Saarfrage“ Sätze geschrieben, die für alle Ewigkeit passen und verdienen, ebenfalls hier wiedergegeben zu werden. Es heißt dort u. a.: „Das Saargebiet ist ein dem Völkerbund untergebenes Kind. Die vorläufige Völkerbundslösung des Verfallener Saarkampfs war ein Verlegenheitsprodukt. Was der Verfallener Vertrag in der vorliegenden Form erstmalig als so genanntes Saargebiet an preußischen und pfälzischen Gebietsteilen von ihrem Mutterland abtrennte und zu einer wenig rühmlichen Sonderexistenz gewaltsam verpflichtete, ist eine einmalige, eindeutige, rein politisch-strategisch-wirtschaftliche Zweckschöpfung ohne jede innere Notwendigkeit.“

Ein Saarproblem an sich existiert nicht und existierte nie! Die Saar war und ist an und für sich eindeutig nach Wesen, Charakter, Sprache und Kultur, nach Abstammung, Geschichte und Geographie, nach politischem Selbstbestimmungswillen, Wirtschaftstyp, sozialer Struktur und kultureller Abhängigkeit deutsch wie Westfalen oder die Pfalz. Das soeben seiner natürlichen Mutter entrißene Saarland wurde dem ebenfalls soeben erst seinem Namen nach aus der Taufe gehobenen Völkerbund unterworfen, der mit dem zwangsweisen adoptierten Kind nie etwas Rechtes anzufangen wußte. Das Saargebiet war seit seiner Notgeburt im wahrsten Sinne des Wortes und in jeder Beziehung eine Kuriosität und ist es bis auf den heutigen Tag geblieben.“ So derselbe Maß Braun, der heute alles verbrennt, was er früher fanatisch angebetet hat, der heute verrät, was er früher verteidigt hat. Derselbe Maß Braun, der sich inzwischen als ein Konjunkturpolitiker übelster Art entpuppt hat. Die Quittung auf die dreisten und plumphen Zumutungen des Maß Braun, der noch nicht einmal abstimmungsberechtigt ist, werden die Saardeutschen ihm in aller Form klar und eindeutig am 13. Januar 1935 geben.

Leitender Polizeibeamter des Saargebiets als Erfinder von Putschlügen.

* Das „Pariser Tageblatt“, das bekanntlich unbesehen allen Feinden Deutschlands Tür und Tor öffnet, verbreitet eine Unterhaltung mit einem leitenden Polizeibeamten des Saargebiets, in der sich dieses Mustere Exemplar von einem Staatsbeamten als unverantwortlicher Erfinder und Verbreiter von Putschgerüchten betätigt. Ein Putsch im Saargebiet stehe, so verkündet dieser Saarbeamte in Paris, unmittelbar bevor. Von den 1800 Mann Saarpolizei seien nur 100 zuverlässig. Im übrigen würden im Falle eines Putsches die Befehle der Regierungskommission doch nicht befolgt werden. Von den hundert Mann wären im Ernstfalle auch nur 70 zu gebrauchen. Er aber sei entschlossen, mit diesen 70 Mann die Regierungskommission bis zum äußersten zu verteidigen. Allerdings sei auch er völlig machtlos, da innerhalb von 1½ bis 2 Stunden 100 000—130 000 deutsche Nationalsozialisten die Grenze überschreiten und das Saargebiet überschwemmen würden. Solche Lügen verzapft ein leitender Beamter der saarländischen Polizei. Dieser Beamte, der ein Emigrant und Polizeikommissar ist, verstoßt gegen die Neutralitätsverpflichtung der saarländischen Polizeiorgane und hat die Polizeibeamten des Saargebiets in unerhörter Weise beleidigt. Es dürfte kaum schwer sein, den Schuldigen herauszufinden und zur Rechenschaft zu ziehen. Die Saarbevölkerung erwartet, daß Präsident Knox die nötigen Schritte unternimmt.

* Saar-Ausschuß am 5. November in Rom.

Der Völkerbundsrat hatte in seiner letzten Sitzung, die der Saarfrage gewidmet war, bekanntlich beschlossen, die weitere Behandlung des Saarproblems, und namentlich der Denkschrift der französischen Regierung vom 4. September bis auf eine außerordentliche Sitzung des Völkerbundsrates Mitte November zu verschieben. Wie wir heute erfahren, wird diese außerordentliche Tagung des Völkerbundsrates am Samstag, dem 17. November, beginnen.

Gleichzeitig gibt das Völkerbundssekretariat bekannt, daß der Saarausschuß des Völkerbundsrates, der wie man weiß, unter dem Vorsitz des italienischen Berichterstatters des Völkerbundes für Saarfragen, Baron Aloisi, steht und in dem außerdem der argentinische Botschafter in Rom, Cantilo, sowie ein spanischer Delegierter vertreten sind, am Montag, dem 5. November in Rom im Palazzo Chigi zu einer Tagung zusammentreten wird. Die Tagung des Saarausschusses wird etwa eine Woche dauern und jedenfalls für die außerordentliche Ratstagung Mitte November einen Bericht ausarbeiten. Bei dieser Tagung des Saarausschusses wird es namentlich um die entscheidende Frage gehen, ob die Vorbereitung der Saarabstimmung, die bisher sowohl vom Saarausschuß unter Leitung Barons Aloisi als auch von der neutralen Abstimmungskommission in Saarbrücken in objektiver Weise gehandhabt wurde, nunmehr mit einem Male politisiert werden soll, denn die Franzosen wollen, daß der Völkerbundsrat bereits vor vollzogener Saarabstimmung u. a. an die Ausarbeitung einer sogenannten Saarverfassung herangehe, die für den unwahrscheinlichen Fall, daß sich im Saargebiet eine Mehrheit für den Status quo fände, in Kraft treten soll. Es ist jedoch zu erwarten, daß der Saarausschuß die französischen Machenschaften durchkreuzt und sich auf den durch das Saarstatut selbst umrissenen Standpunkt stellt, daß alle diese Fragen erst nach vollzogener Abstimmung zu entscheiden seien. Denn es ist selbstverständlich nötig, das Abstimmungsergebnis zu kennen, ehe man vom Völkerbund aus weitere Schritte tun kann.

* Französischer Frontkämpfer gegen die Saar-Hoffmänner.

In der französischen Zeitung „Le Fanal“ schreibt, wie die „Lothringer Volkszeitung“ mitteilt, ein französischer Frontsoldat zur Saarfrage u. a.:

Das Saargebiet ist ein deutsches Gebiet. Und wenn im nächsten Januar das Saargebiet für Deutschland abgestimmt hat, wie es

totfischer der Fall sein wird, dann werden wir, Franzosen wie Deutsche, die gerecht denken, aufatmen.

Kein ehrlich denkender Franzose, sei er aus dem Elsaß oder sonstwo, wird jemals einem Saarländer das Recht anerkennen, sich Franzose nennen zu dürfen.

Es war während des Krieges in Frankreich niemals die Rede davon, daß auch das Saargebiet französisches Land sein soll.

Der einfache und ehrliche französische Bürger hat keinen Vorteil von einem französischen Saarland. Ihn interessiert nur eine Verständigung zwischen den beiden größten Mächten Europas: Deutschland und Frankreich. Er will nur die Garantie, daß es nicht wieder zu einem Krieg zwischen diesen beiden Völkern komme, in welchem Falle er allein der Leidtragende wäre.

Ein Frankreich und ein Deutschland, die sich verständigt haben, können der ganzen Welt Trost bieten, und keinem wird jemals wieder der Gedanke kommen, den anderen vernichten zu wollen.

Entscheidungen der Abstimmungskommission des Saargebiets.

Die Abstimmungskommission gibt bekannt, daß die Anordnung betr. Berichtigung offener Irrtümer in den vorläufigen Listen ohne Einhaltung des Einspruchsverfahrens ebenfalls auf Personen Anwendung findet, die zur Zeit ihren Aufenthalt außerhalb des Saargebiets haben.

Kleine Tages-Chronik

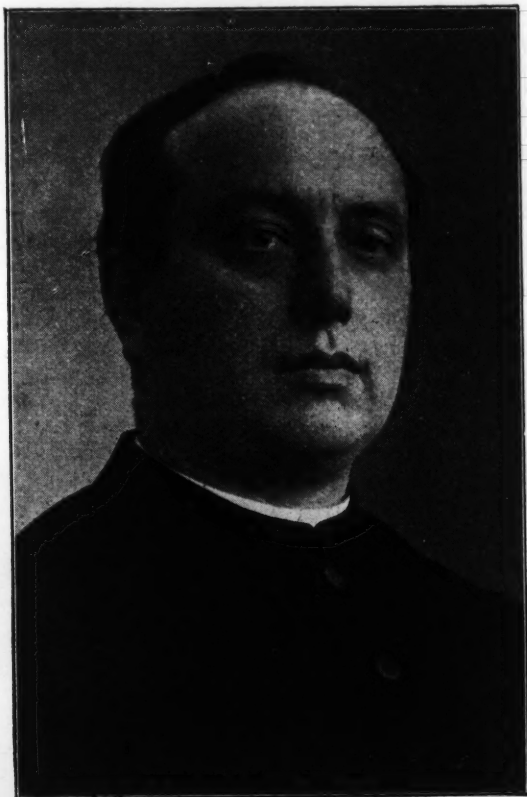
* Die Saarglocken singen das Deutschlandlied. Wer am Sonntag, 21. Oktober, um die Mittagsstunde den Rathausplatz in Saarbrücken passierte, der sah sich bald inmitten einer großen Menschenmenge. Hunderte von Erwachsenen und Kindern richteten ihre Blicke hinauf zum Rathhausturm. Ein Glockenspiel! 17 Glocken und Glöckchen hängen über der Plattform des Turms, säuberlich und schmuß in drei Reihen, freundlich und heimelig, als ob sie all die Jahrzehnte auf uns Saarbrücker gewartet hätten. Wie silbrig und schön das herunterblitz — wir staunen und gucken und — freuen uns, daß es einen so riesig freut. Das Bergmannslied! Die Wahl dieses Liedes als Einleitung des Glockenspiels zeigt, wie stark die Stifter mit dem Saarbrücker Volke verbunden sind. Wer anders als heimatverbundene Menschen hätte gerade in der heutigen Zeit an dieses alte, fast verschollene Lied gedacht, dessen Melodie nun täglich dreimal von unserem Rathhausturm herniederklingt, und das von Tag zu Tag mehr die Herzen entzündet: Der Bergmann kommt! Doppelt erfreulich bleibt die Wahl gerade dieser Melodie, da sich nach ihr auch das bekannte Lied: Deutsch ist die Saar! singen und spielen läßt. Ding ding dong-dong-dong. Das Großaloknerlied! Erst einstimmig, dann zweistimmig hallt es über die Dächer und vermählt sich mit dem Lied der Kämpfer von Mißunde: Schleswig-Holstein meerumschlungen! Welch schöner Klang von den Grenzen! Und dann führt uns das Spiel der Glocken in rührender Harmonie zum alten Handn. Während das wundersame Glocken-Duett erklingt, sehen wir den Komponisten an seinem Spinett in Eisenstadt. In Frankreich tobt die Revolution, er aber schafft in glühendem Nationalfönn eine österreichische Volksmelodie, das schlichte und doch so ergreifende: Gott erhalte Franz den Kaiser! Wenn man so nun nach 140 Jahren im Saarbrücker Glockenspiel die unsterblichen Handnschen Weisen hört und die packende Melodie auf sich wirken läßt, dann begreift man es, daß Hoffmann v. Fallersleben gerade diese Melodie später zur Grundlage des Liedes der Deutschen nahm: Deutschland, Deutschland über alles!

Personalnachrichten

* Pfarrer Wilhelm 25 Jahre in Wehrden.

Am 28. Oktober konnte Pfarrer Wilhelm in Wehrden ein besonderes Jubiläum feiern: Seit 25 Jahren wirkt er als treuer Seelsorger seiner Gemeinde in Wehrden an der Saar. Die Tatsache, daß er sich mit Rücksicht auf die besonderen Zeitverhältnisse alle Feiern, die über die kirchliche Bedeutung dieses Tages hinausgingen, höflichst verboten hatte, kennzeichnet den Charakter dieses Mannes, der eben nichts anderes sein will als der treue Hirte seiner Gemeinde, als der treu ratende, deutsch fühlende Bruder seiner saardeutschen Mitmenschen. Er ist ein echtes Kind der Saar. Am 10. April 1877 wurde er in Urexweiler geboren. Sein Elternhaus gab ihm den bescheidenen, aber treuen Sinn und das unbeugsame

deutsche Herz mit auf seinen Lebensweg. Wie er seiner Heimat zu allen Zeiten treu geblieben ist, so ist er auch seinem Deutschtum und seinem Glauben treu geblieben. Am 31. März 1900 wurde er in Trier zum Priester geweiht. Er wurde dann Kaplan in Badgassen a. d. Saar und wenige Jahre später Pfarrer in Berglicht im Hochwald. Ende Oktober kehrte er in seine Saarheimat, und zwar nach Wehrden zurück, wo er die dortige Pfarrerstelle übernahm. Seit dieser Zeit ist er ununterbrochen dort zum Segen seiner Gemeinde tätig gewesen. Unbegrenztes Vertrauen bringt ihm jeder einzelne, ob Alt oder Jung, entgegen; er ist ihnen allen der treue Seelsorger, aber auch der treue Berater in allen ihren Lebenslagen und Lebensnöten geworden. Seine enge Verbundenheit mit allen Schichten der Bevölkerung, seine Kenntnis aller kleinen und großen Sorgen des einzelnen wie der Gesamtheit seiner Gemeinde haben jenes Vertrauensverhältnis geschaffen, das nicht nur zum Segen der katholischen Kirche, sondern auch zum Segen des saarländischen Deutschtums geworden ist. Pfarrer Wilhelm gehört zu jenen katholischen Geistlichen, die ihr geistliches Amt nicht mit der Verrichtung ihrer kirchlichen Aufgaben als erfüllt ansehen, sondern die auch eine Verpflichtung dem Vaterland gegenüber ausdrücklich anerkennen. Denn wenn zu den Aufgaben eines Geistlichen neben der Betreuung ihrer Gemeinde in kirchlich-religiösen Fragen auch ihre Betreuung in allen Fragen der sozialen Not gehört, dann zählt zu ihnen in noch höherem Maße die Betreuung jener nationalen Belange, die die Grundlagen einer Volks- und Staatsgemeinschaft ausmachen. Treue zur Kirche, Treue zum Glauben erfordern Treue auch zur Nation. Denn ohne nationale Gemeinschaft, ohne staatlichen Untergrund kann auch die Kirche als die äußere Form religiösen Lebens nicht



gedeihen. Es war für Pfarrer Wilhelm deshalb eine Selbstverständlichkeit, daß er seiner Gemeinde und darüber hinaus seinen saar-deutschen Volksgenossen ein treuer Berater und Führer in allen Fragen des Deutschtumskampfes wurde, da von seinem Ausgang in erster Linie auch die künftige Gestaltung allen kirchlichen Lebens an der Saar abhängt. Wie konnte sich wohl wahrhaftiges kirchliches Leben an der Saar gesund entwickeln, wenn die staatliche Form dieses Gebietes abhinge von den marxistisch-kommunistischen Kreisen, die heute den Separatismus verfechten und den Anschluß an Frankreich betreiben, das die Zusammengehörigkeit von Kirche und Staat ausdrücklich durch die Gesetzgebung aufgehoben hat. Wenn deshalb Pfarrer Wilhelm als einer der treuesten und unerschrockensten Kämpfer für des Saargebietes Rückkehr nach Deutschland aufgetreten ist, dann hat er damit nicht nur sein nationales Herz sprechen lassen, sondern er hat diesen Kampf gekämpft aus innerster Herzenssorge um die Zukunft katholischen Lebens an der Saar. Seine Gemeinde und mit ihr die gesamte saar-deutsche Bevölkerung hat an seinem Ehrentage seiner in Treue, Liebe und Dankbarkeit gedacht. Auch der Saar-Verein rechnet es sich zur besonderen Ehre an, diesen alten Saarkämpfer in seinen Reihen zu wissen. Er hat ihm stets treu zur Seite gestanden, hat seine Arbeit unterstützt und ist mehr als einmal als der zündende Redner auf den großen Kundgebungen des Bundes der Saar-Vereine aufgetreten. Sein bekanntes Wort am Koblenzer Deutschen Eck: „Mutter Germania, dein Saarkind verlangt nach dir!“ ist ein geflügeltes Wort geworden, das weit über Deutschlands Grenzen hinaus seine aufrüttelnde Wirkung ausgeübt hat. Wir grüßen und beglückwünschen ihn zu seinem Silberjubiläum und rufen ihm ein aufrichtiges Siegesheil zu. —lt.

* **Hohes Alter.** In Außen war es am 28. Oktober dem ältesten Einwohner der Gemeinde Außen, dem Kaufmann L u d -

wig P o l l e r, vergönnt, seinen 90. Geburtstag zu begehen. Herr Poller ist geistig und körperlich noch äußerst rüstig; er arbeitet noch selbst in seinem Sägewerk tatkräftig mit. Er ist Veteran des Krieges 1870/71. In seiner echt deutschen Gesinnung wartet er in Freude auf den Tag der Rückgliederung des Saargebietes an die deutsche Heimat. Unsere besten Glückwünsche!

Die Toten + der Heimat

* **Bauunternehmer Franz Emmrich in Neunkirchen †.** Mitte Oktober verstarb in Neunkirchen nach längerer Krankheit, von der er vergeblich Genesung gesucht hatte, der Bauunternehmer Franz Emmrich, im Alter von 63 Jahren. Mit ihm ist einer der angesehensten Männer der Stadt Neunkirchen dahingegangen. Sein ganzes Leben galt seiner Gemeinde und dem Wohl der Allgemeinheit. In zahlreichen Vereinen war er Mitgründer und vielfach bereits Jubilar. 28 Jahre ist der Verstorbene im Gemeinde- bzw. Stadtrat tätig gewesen, seit Jahrzehnten gehörte er dem Vorstände der Allgemeinen Ortskrankenkasse, ebensolange der Genossenschaftsbank an, deren Mitgründer er war. Auch im Kirchenvorstand der Pfarrei St. Marien war er vertreten. In allen diesen Körperschaften hat Franz Emmrich sich große Verdienste um die Geschäftsführung erworben. Allen seinen Mitarbeitern war er ein Freund und Berater. Manche soziale Not half er lindern. Den Arbeitern und Angestellten war er ein fürsorglicher Vorgesetzter. Erst vor der Wahl im November 1932 zog er sich aus dem kommunalpolitischen Leben zurück. Seiner Militärpflicht hatte er bei den 8. Pionieren in Koblenz genügt. Er blieb zeitlebens Ehrenvorsitzender des Vereins ehemal. 8. Pioniere. Besondere Verdienste aber erwarb der Verstorbene sich um die Neunkirchner Feuerwehr, der er 36 Jahre lang die Treue gehalten hat. Vom Abteilungsführer bis zum Branddirektor hat er alle Dienstgrade durchlaufen. Durch seine Entschlossenheit und Tatkraft wurde die Wehr ein disziplinierter und vielseitig ausgebildeter Körper. — Eine unübersehbare Trauergemeinde gab dem verstorbenen, verdienten Manne das letzte Geleit. Die Feuerwehrverbände des ganzen Bezirkes und weit darüber hinaus aus fast allen Städten des Rheinlandes hatten Abordnungen geschickt. Nach der Einsegnung der Leiche vor dem Trauerhause, sang der Kirchenchor den Chor „Ueber den Sternen, da wohnet Gottes Friede“. Die Feuerwehrkapelle intonierte das Kirchenlied „Ihr Trauernden stillt die Tränen“. Und dann bewegte sich ein kilometer langer Trauerzug hinaus zum Gottesacker. Draußen auf dem Ellenfelde trugen die Brandmeister ihren Führer zu dem Familiengrab. Stumm senkten sich nach dem Gebet und der Einsegnung die Fahnen. Vom Friedhof gingen die Anverwandten und Trauergäste zum städtischen Saalbau, wo eine schlichte Trauerfeier stattfand.

* **Dr. Wilhelm Hufsong-Neunkirchen †.** In Köln a. Rh. ist der Oberstudiendirektor Dr. Wilhelm Hufsong, ein verdienter Sohn der Stadt Neunkirchen, verstorben. Der Verewigte ist als Sohn des Direktors Fritz Hufsong 1887 in Neunkirchen geboren, wo er auch die Volksschule und das Realgymnasium besuchte. Nach seinem Abitur studierte er in Jena, München und Straßburg Philosophie, Germanistik und Geschichte. Bei Ausbruch des Krieges rückte Dr. Hufsong sofort als Kriegsfreiwilliger mit dem 7. Fußartillerie-Regiment ins Feld und wurde bald zum Leutnant der Reserve befördert. Nach einer schweren Kriegsbeschädigung Ende 1917 erfolgte seine Entlassung in die Heimat. Da er sich dem Lehrerberufe widmen wollte, begann er nun seine pädagogische Vorbereitung, und zwar wieder am Realgymnasium seiner Heimatstadt, wo er auch nach Absolvierung seines Probejahres das Assessorexamen bestand. Nach kurzer Tätigkeit als Hilfslehrer an der höheren Töchterschule in Neunkirchen, berief ihn die Stadt Köln an das Lyzeum zu Köln-Mülheim. 1933 wurde der verdiente Pädagoge zum Leiter der Kaiserin-Augusta-Schule, die mit einer anderen Studienanstalt vereinigt worden war, ernannt. Neben umfangreichen beruflichen Studien betrieb der Heimgegangene in seinen Mußestunden als Lieblingsfach Familien- und Heimatkunde. Ein von ihm verfaßtes Buch über diese Materie ist bei Neclam erschienen und schon vergriffen. Aus seiner vielseitigen Tätigkeit wurde der schaffensfrohe Mensch durch eine heimtückische Krankheit herausgerissen.

* **Rektor Jochum in Gersweiler †.** Am 22. Oktober wurde von langem, schwerem Leiden Rektor Jochum erlöst. Allen war er ein guter Freund und Berater. Sein schlichtes und treues Wesen machten ihn nicht nur bei seinen Schülkinder und deren Eltern, sondern bei der ganzen Bürgerschaft überaus beliebt. Er war in Gennweiler bei Illingen geboren. Sein Studium vollendete er in Brumm (Eifel). Seine erste Anstellung als Lehrer erhielt er in Hangard bei Neunkirchen. Später war er in Altenwald, Saarbrücken (St. Johann) und St. Arnual tätig. In St. Arnual hatte er sich im Aufbau des kath. Schulwesens besondere

Verdienste erworben. Im Jahre 1926 kam er nach Gersweiler und fand hier ein arbeitsreiches Wirkungsfeld. Schon nach Jahren wurde er an die Spitze seiner Kollegen als Rektor gestellt. Ein stattlicher Leichenzug bewegte sich talabwärts dem Ortsausgang zu, von wo aus die Ueberführung nach Hangard stattfand. Sein Schülerchor sang ihm zum Abschied „Wo findet die Seele die Heimat, die Ruh“.

* **Albert Schlemmer-Spielen** †. Am 4. Oktober verstarb zu Spielen (Saar) Herr Bergkapellmeister Albert Schlemmer. Mit ihm schied ein weit über die Grenzen unserer Saarheimat hinaus bekannter und geachteter Musiker, der sich als Künstler und Mensch ungeteilter Wertschätzung erfreuen durfte. Der Deutsche Musikerverband im Saargebiet widmet dem Dahingegangenen einen warmen Nachruf.

* **Saarbrücken:** Frau Jaf. Stegmann geb. Maria Valentin, 72 Jahre; Frau Berta Buschmann geb. Haas, 64 Jahre; Frau Wwe. Amalie Magdeburg geb. Kaul, 71 Jahre; Bergrat i. R. Peter Manderscheid; Jacob Neuholz, 63 Jahre; Frau Wwe. Heinrich Ballier geb. Elise Bollinger, 65 Jahre; Frau Wwe. Robert Kahl Rosa geb. Heberle, 47 Jahre; Frau Martha Blanz geb. Mayer, 40 Jahre; Eisenbahn-Pensionär Karl Maurer, 71 Jahre; Frau Rosa Volz geb. Gilbert, 43 Jahre; Frau Emilie Luise Aht geb. Esser, 71 Jahre; Kaufmann Franz Würtz, 30 Jahre; Frau Wwe. Margarethe Henriette Jeanrond geb. Fink, 63 Jahre; Ferdinand Peters, 78 Jahre; Eisenbahn-Pensionär Peter Bades, 62 Jahre; Frau Katharina Gorges geb. Scherer, 42 Jahre; Werkstättenvorsteher i. R. Fritz Leger, 69 Jahre; Rechtsanwalt Dr. Peter Schönhofen, 33 Jahre; Karl Merscher, 58 Jahre; Frau Wwe. Johann Gensheimer geb. Bohr, 61 Jahre; Georg Kabath, 60 J.; Schwester Maria Pacifica geb. Johanna Arend, 61 Jahre; Frau Scholastika Müller geb. Kohn, 71 Jahre; Kaufmann Hermann Lehmann, 57 Jahre. — **Rehlingen:** Frau Wwe. Förster Martin geb. Anna Grammes, 63 Jahre. — **Aleinblittersdorf:** Kaufmann Wilhelm Fischer, 37 Jahre. — **Büdingen:** Maria Kessler, 27 Jahre. — **Gersweiler:** Oberpostsekretär i. R. Konrad Woll, 70 Jahre; Katharina Blatt, 83 Jahre; Rektor Johann Eduard Jochum, 57 Jahre. — **Fürstenthausen:** Frau Wwe. Caroline Denzer geb. Herzog, 53 Jahre. — **Wehrden:** Karl Jungfleisch, 84 Jahre. — **Bödingen:** Frau Wwe. Friedrich Krauk geb. Marie Blumann, 74 Jahre; Georg Ersch, 58 J. — **Altentessel:** Frau Christine Melling geb. Hefner, 65 Jahre. — **Altentessel-Neudorf:** Frau Wilhelmine Wollschiedt geb. Walz, 35 Jahre. — **Heusweiler:** Frau Wwe. Rosa Groß geb. Klein. — **Güchenbach:** Steiger i. R. Friedrich Frank, 83 Jahre; Johann Leidinger, 76 Jahre. — **Dudweiler:** Frau Wwe. Karoline Wilhelmine Tauchhammer geb. Münzel, 72 Jahre; Frau Wwe. Sophie Kroll geb. Bucher, 64 Jahre; Apotheker Heinrich Mahat, 62 Jahre; Frau Emma Zimmermann geb. Nilius, 59 Jahre; Andreas Hartmann, 63 Jahre. — **Sulzbach:** Frau Katharine Schmidt geb. Krebs, 67 Jahre; Frau Anton Merzen geb. Müller, 57 Jahre. — **Heiligenwald:** Frau Sophia Schönwolf geb. Wagner, 60 Jahre. — **Friedrichsthal:** Bäckermeister Ernst Hirsch, 60 Jahre. — **Spielen:** Frau Wwe. Maria Gottesleben geb. Zewe, 68 Jahre; pens. Eisenbahner Ludwig Rammo, 79 Jahre. — **Hühnerfeld:** Johann Baltes, 62 J. — **Landweiler-Reben:** Ludwig Fourman, 70 Jahre. — **Reben:** Gastwirt und Bäckermeister Josef Reppert, 74 Jahre. — **Schiffweiler:** Friedrich Houn, 76 Jahre. — **Urweiler:** Pens. Bergmann Peter Jos. Bollmann, 66 Jahre; Frau Wwe. Wilhelm Strässer Maria geb. Lerner, 68 Jahre. — **Neunkirchen:** Kaufmann Peter Lermen, 75 Jahre; Hüttenpensionär Philipp Meisinger, 66 Jahre; Frau Elisabeth Sielemann geb. Schmidt, 53 Jahre; Frau Elisabeth Engels geb. Vint, 28 Jahre; Frau Wwe. Sophie Graf geb. Quinot, 75 Jahre; Philipp Enderlein, 83 Jahre; Baumeister Franz Emmrich, 63 Jahre. — **Wiebelskirchen:** Berta Wolfanger, 38 Jahre; Frau Lina Lauer geb. Frank, 68 Jahre; Frau Karoline Scheidthauer geb. Cullmann, 73 Jahre; Frau Anna Maria Koble geb. Stoll, 90 Jahre. — **St. Wendel:** Frau Wwe. Margarethe Krein geb. Schmitt; Maria Scheidecker, 21 Jahre. — **Schaffhausen:** Frau Wwe. Anna Weisk geb. Sander, 63 Jahre; Steiger i. R. Johann Schuhmacher, 72 Jahre. — **Bous:** Franz Scherbaum, 60 Jahre. — **Dillingen:** Frau Johanna Fries geb. Mittermüller, 45 Jahre; Frau Wwe. Jakob Kahlberk Elisabeth geb. König, 72 Jahre; Frau Johann Heiler Margarethe geb. Fren, 49 Jahre; Frau Nikolaus Heik geb. Anna Reiter, 49 Jahre; Pensionär Joh. Kahlhaas, 65 Jahre; Frau Johann Hanzer Anna Maria geb. Ludwig, 76 Jahre. — **Pachten:** Katharina Hector, 41 Jahre. — **Hausstadt:** Frau Wwe. Peter Burger Elisabeth geb. Dillheber, 46 Jahre. — **Saarlouis:** Frau Konrektor Nikolaus Ripplinger Maria geb. Behles, 61 Jahre; Frau Wwe. Berta Erdbirnk, 61 Jahre. — **Brotdorf:** Pfleger Anton Johannes, 29 Jahre. — **Merzig:** Frau Wwe. Matth. Dillschneider Maria Magdalena geb. Mautes, 64 Jahre; Dr. med. Josef Schrey, 59 Jahre; Frau Lina Wagner geb. Nikolai, 37 Jahre; Frau Wwe. Matth. Jos. Hansel Margareta geb. Ulrich, 92 Jahre. — **Losheim:** Friedrich Wiltz, 92 Jahre.

93 Jahre. — **St. Ingbert:** Fabrikant Paul Niklaus, 59 Jahre; Frau Maria Steinfeld geb. Gestier, 67 Jahre. — **Homburg:** Zirkusbesitzer Josef Heß, 61 Jahre. — **Kirkel:** Frau Maria Giffel geb. Viet. — **St. Barbara:** Frau Johann Tilk Margarete geb. Schönberger, 66 Jahre. — **Rittershof:** Pens. Gruben- schmied Wilhelm Altpeter, 76 Jahre. — **Köln-Buchforst:** Ober- studiendirektor Dr. Wilhelm Hulsong, 47 Jahre. — **Neufor- weiler:** Matthias Willmes, 60 Jahre. — **Fraulautern:** Ober- lehrer i. R. Georg Schmitt, 71 Jahre. — **Dudweiler:** Frau Charlotte Spier geb. Bohl, 76 Jahre; Ernst Mida, 31 Jahre. — **Bödingen:** Josef Fries, 53 Jahre; Weichensteller Karl Layendeker, 61 Jahre. — **Wallerfangen:** Frau Henriette Rojet geb. Leblang, 42 Jahre. — **Aleinblittersdorf:** Frau Maria Kuhn geb. Niederländer, 75 Jahre. — **Ottweiler:** Malermeister Fritz Preker, 70 Jahre. — **Dudweiler:** Frau Wwe. Margarete Colling geb. Bacheler.

Vom Bunde der Saarvereine

* Aus der Arbeit der Ortsgruppen

* **Der Bund der Saarvereine** sandte an die New Yorker Saarländer-Vereinigung zur großen Saarkundgebung am 28. Oktober folgendes Glückwunsch- und Sympathietelegramm: A. Wenz, 3 St. Johns Place Ridgewood New-York USA. — Unseren lieben Landsleuten und Mitkämpfern um die Befreiung unserer Saarheimat von der Fremdherrschaft in treuem Gedenken herzliches Glückauf und treudeutschen Saargruß. — Bund der Saarvereine, Debusmann, Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Vogel.

* **Der Verein der Saarländer New York** veranstaltete am Sonntag, dem 28. Oktober nachmittags 5 Uhr im St. Nicholas Palace, West 66. Straße und Columbus Ave., New York, eine große Saarkundgebung, in welcher der Gesangsverein Arion-Brooklyn mit 120 Sängern, sowie die vollbesetzte Stahlhelm-Kapelle mit Spielmanszug und zahlreiche Fahnenabordnungen deutscher Vereine teilgenommen haben. Das Programm trug an der Spitze die Worte: „Der Kampf um deutsche Saarländ ist ein Kampf um deutsche Ehre.“ Dann ist eine von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ herausgegebene, in sehr großer Zahl verbreitete Ansichtskarte „Deutsch die Saar immerdar“ mit dem Winterberadenkmal und den Treueid leistenden Berg- und Hütten- männern benützt. Mit dieser gewaltigen Kundgebung des deutsch- stämmigen Elementes für das deutsche Saarland war auch die Fahnenweihe des Vereins der Saarländer ver- bunden. Dem gesamten Deutschum Newyorks galt die für die Treuekundgebung aufgestellte Parole und Mahnung des Vor- standes des Vereins der Saarländer: „Auch du helfe im Abwehrkämpfe um die deutsche Saar!“ — Wie wir bei Redaktionschluß erfahren, gestaltete sich die Feier zu einer überwältigenden Kundgebung der deutschstämmigen Bevölkerung Newyorks für das Saarland. Etwa 50 000 Personen hatten sich ein- gefunden. Die deutschen Vereine Newyorks und der Umgegend waren durch ihre Fahnenabordnungen vertreten. Die Teilnehmer leaten ein begeistertes Treuebekenntnis für die deutsche Saar ab und gaben ihrer Freude Ausdruck, daß das Saarland bald zum Reich zurückkehren werde. Den konzertlichen Teil hatte die Stahl- helmkapelle übernommen. Stürmischen Beifall fand ein leben- des Bild, das das Treuegelöbnis des Berg- und Hütten- mannes vor der Germania darstellte. Die Feier wurde teilweise gefilmt, um auch im Bilde der alten Heimat zeigen zu können, daß auch das Deutschum Newyorks den rückkehrenden Volksgenossen von der Saar die Hand entgegenstreckt. —

* **Die Ortsgruppe Ulm der Württembergischen Saarvereini- gung** hielt ihre Monatsversammlung im Gasthaus „Zur Insel“ ab. Der Vorsitzende Herr Lehnhoff eröffnete die gut- besuchte Versammlung und bearückte alle aufs herzlichste. Zuerst gab er einen kurzen Bericht über die Saartreuekundgebung am 25. und 26. August d. J. auf dem Ober-Ehrenbreitstein, der von den Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Weiter aab er bekannt, daß alle Abstimmungsberechtigten erfasst und die Listen den betreffenden Gemeinden zugesandt wurden. Der Kampf um die Deutscherhaltung des Saargebiets geht nach 15jährigem Ringen nunmehr seinem Ende entgegen. Herr Knog bringt der Saarbevölkerung nicht ein Mindestmaß von Verständ- digung entgegen. Das Verbot der Arbeitslager bedeutet eine schwere Herausforderung. Alles wird nichts nützen; denn es kann schon heute festgestellt werden, daß die Verteilung der Stimm- berechtigten nach Gemeinden und Kreisen insgesamt: 479 164 = 97 Prozent beträgt. Wir wissen, daß wir bis zum 13. Januar 1935 noch einen schweren Leidensweg beschreiten müssen, der uns ungeachtet von den schwersten Opfern nicht zu beugen vermag. An jeden Saarländer ergeht die Aufforderung, am 13. Januar 1935 zu beweisen, daß er nicht seine Kraft beim Aufbau des

Reiches zurückziehe und für den Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich seinen Stimmzettel in die Urne wirft. — Die Ortsgruppe Mülheim-Ruhr hielt am 14. Oktober im Vereinslokal „Rheinischer Hof“ ihre Monatsversammlung ab, in der Studienrat Kockler nach Wiedergenesung den Vorsitz übernahm. Von Seiten des Vereins wurde der frühere Führer, der seit Gründung im Mai 1921 die Ortsgruppe leitete und fast ein ganzes Jahr wegen Krankheit die Leitung einem Vertreter überlassen mußte, lebhaft und freudig willkommen geheißen. — Nach Bekanntgabe der Saarobmänner und der neuen Vorstandsmitglieder, die einstimmig gutgeheißen wurden, dankte der Vorsitzende im weiteren Verlauf der Tagesordnung mit warmempfundenen Worten der NSB. für die Betreuung von 200 Saarurlaubern. Im weiteren wies der Vorsitzende auf den heldenmütigen Kampf unserer Brüder an der Saar gegen das Ränkespiel der Franzosen hin. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder, gerade jetzt vor dem Endkampf treu in der Liebe zur Saarheimat zusammenzustehen und durch die Tat in der Betreuung der Abstimmungsberechtigten diese Liebe zu befeuern. Ortsgruppe Mülheim veranstaltete außerdem am 20. Oktober im Saal des Gasthauses „Salamander“ einen Saargeheimatabend, dem zahlreiche Saarländer und Abstimmungsberechtigte gefolgt waren. Nach einem Klavierkonzert zweier Schüler, sprach Hr. Schillo einen Vorpruch, der sich mit dem Schicksal und der Liebe zur Saarheimat befaßte. Sodann begrüßte der Ortsgruppenführer, Studienrat Kockler, die Anwesenden und wies in seiner Ansprache darauf hin, daß das Schicksal der Saar das Schicksal Europas bedeuten könne. Der Hauptvortrag des Abends galt der Stadt Saarlouis. Herr Studienrat Fritsch ging in längeren Ausführungen auf die „Reunionspolitik“ Ludwig XIV. ein und kam schließlich auf die Geschichte von Saarlouis zu sprechen. Es ist eine grobliche Geschichtsfälschung, wenn heute von der Gegenseite versucht werde, Saarlouis als eine französische Stadt zu bezeichnen, weil sie den Namen des Sonnenkönigs trage. Im Anschluß an den Vortrag sang die Versammlung das Saarlied. Der zweite Teil des Programms wurde mit Klavierkonzerten, Liedern und Gedichtvorträgen ausgefüllt. Die Schlusssprüche des Ortsgruppenführers gipfelten in der Ermahnung, das letzte Opfer für die Heimkehr des Saarlandes zu bringen und der Wagnispflicht unter allen Umständen zu genügen. — Der Saar- und Pfälzverein Leipzig hielt am 12. Oktober im Thüringer Hof seine Monatsversammlung ab. Der große Saal war überfüllt. Herr G. Sester erläuterte das Angenehme und Unangenehme der Abstimmung und machte besonders auf die Pflichten aufmerksam. Der Vereinsführer hatte zu diesem Abend auch die Führer eines Transportes von 100 Saarländern aus Neunkirchen, Ottweiler und Heiligenwald eingeladen, die ebenso wie der Leiter der Kindervermittlung der PZ. gern der Einladung gefolgt waren. Mit großer Freude wurde die Mitteilung aufgenommen, daß der Rat der Stadt Leipzig beschlossen hat, vier weitere Straßen als Saarstraßen zu bezeichnen. Sie sollen die Namen Saarlouiser Straße, Dudweiler Straße, Neunkirchner Straße und Sulzbacher Straße tragen. — Die Ortsgruppe Erfurt hielt am 9. Oktober 1934 in der „Starkhauser“ im Beisein von 35 Mitgliedern und Gästen ihre Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende Dr. Stegner warb für den Saarkalender und den Abstimmungskalender mit Erfolg. Werbewart Niemeyer erstattete einen eingehenden Bericht über die neuesten Weisungen hinsichtlich der Abstimmung, insbesondere über die Einlegung des Einspruchs bei Ablehnung der Eintragung in die Abstimmungsliste. Mehrere Einspruchsschreiben wurden sofort fertiggestellt. Eine Erfurter Saarkundgebung fand am 21. Oktober mittags vor dem Dom statt. — Eine gut besuchte Versammlung hielt die Ortsgruppe Bochum ab. Der Vorsitzende Ehriß warf einen kurzen Rückblick auf die zurückliegenden 15 Jahre Vereinsarbeit. Jetzt erst zeige es sich, daß die geleistete Arbeit nicht umsonst war. In der Pflege der Heimatliebe und der Betreuung der Abstimmungsberechtigten wurde Hervorragendes geleistet. Die Mitgliederzahl ist in den letzten zwei Jahren von 50 auf 570 gestiegen. Der Redner gedachte dann weiter des Gründers des Vereins und des ersten Vorsitzenden, des jetzigen Ehrenvorsitzenden Wilhelm Viertel, der auch heute noch an allen Saarangelegenheiten regen Anteil nimmt. Propagandawart Benz sprach Herrn Christ den Dank der Versammlung aus. Von einem besonderen Jubelfeste wurde abgesehen, jedoch wurde für die Mitglieder und Abstimmungsberechtigten ein Saargeheimatabend in Aussicht genommen, der das letzte Fest des Saarvereins vor der Abstimmung sein wird. — Die Ortsgruppe Dortmund hielt am Sonntag, dem 14. Oktober, ihre Monatsversammlung ab. Mehr als 200 Saarländer und Saarfremde hatten sich eingefunden. Vereinsführer, Reichsbahn-Oberingenieur Ost, leitete den Abend mit einigen geschäftlichen Mitteilungen ein und betonte mit Nachdruck, daß jetzt die Versammlungen im Saargebiet begonnen hätten, und der Zeitpunkt um die Führung des Endkampfes in nächste Nähe gerückt sei. Ueber eine Anzahl technischer Fragen verbreitete sich Landmann Professor Schaan. Er sprach über die Einteilung der Bezirksobmänner der Saarvereine und empfahl allen Abstimmungsberechtigten, sich wegen aller Fragen zunächst an die zuständigen Obmänner zu

wenden. Der Abstimmungskalender, so betonte der Redner weiter, werde einen guten Teil der Gelder aufbringen, um alle nötigen Ausgaben zu finanzieren. Auch die persönliche Werbung für den „Saar-Freund“ wurde dringend empfohlen. Vereinsführer Ost bat im Anschluß daran die Versammelten, die Eintragung in die einzelnen Listen sofort zu vollziehen. Die Bemühungen, den abstimmungsberechtigten Saarländern Arbeitsplätze zu verschaffen, seien zum Teil von Erfolg begleitet gewesen, man werde auch in Zukunft Sorge dafür tragen, daß den erwerbslosen Saarländern wieder Arbeit und Brot verschafft werde. Der übrige Teil des Abends war mit einer allgemeinen Aussprache ausgefüllt. — Am 21. Oktober tagten die Saarvereine von Hessen und Hessen-Rassau in Frankfurt am Main. Namens der Landesgruppe sprach Postamtman Hugo Anshütz über die bevorstehende Saarabstimmung. Er erwähnte zuerst, daß zahlreiche Abstimmungsberechtigte nicht in die Abstimmungslisten eingetragen und daß noch viel mehr Abstimmungsberechtigte falsch eingetragen seien. Die Kreisbüros müßten nach den Abstimmungsvorschriften denjenigen, die Einspruch erhoben haben, bis zum 9. November, durch Einschreibebrief mitteilen, ob dem Einspruch stattgegeben wurde oder nicht. Innerhalb 15 Tagen, vom Tage der Aufgabe des Briefes zur Post an gerechnet, könne beim Abstimmungsgericht Rekurs gegen die Entscheidung des Kreisbüros eingelegt werden. Dann gab Herr Anshütz bekannt, daß die Pässe von den Polizeibehörden jetzt schon unentgeltlich ausgestellt würden. Die Pässe müßten mit den Eintragungen in den Abstimmungslisten übereinstimmen. Abkürzungen bei den Vornamen, wie Fritz für Friedrich, Hans für Johannes, Berufs- und Wohnungswechsel seien unwesentlich. Die Landesgruppe Hessen und Hessen-Rassau veranstaltet Sonntag, den 9. Dezember, im Hippodrom in Hfm. eine große öffentliche Saarkundgebung, die zu einem gewaltigen Bekenntnis zur deutschen Saar werden müsse. — Die Landesgruppe Bayern versammelte in den Augustiner-Bierhallen die Saarabstimmungsberechtigten, die in außerordentlich stättlicher Zahl erschienen, um einen aufklärenden Vortrag des Presse- und Propagandawart Becker über das Abstimmungsrecht entgegenzunehmen. Der Redner konnte die erfreuliche Tatsache feststellen, daß in Bayern die Anträge der Beteiligten auf Eintragung in die Abstimmungslisten ausnahmslos gestellt worden sind. Nun aber gilt es vor allem, die Einspruchsfrist zu wahren. Presse- und Propagandawart Becker würdigte in der Versammlung auch die außerordentliche politische Bedeutung des 13. Januar, wobei er interessante Mitteilungen über die strupellosen Kampfmethoden der Franzosen, Marxisten und Emigranten für den Status quo, aber auch über die tiefgehenden Wirkungen der Saarbesuche im neuen Reich machen konnte. Der offizielle Teil des Abends schloß mit begeisterten Treuegelöbnissen für die deutsche Saarheimat, für das Reich in seiner Wiedergeburt und den Führer Adolf Hitler. — Die Ortsgruppe Duisburg hielt am 20. Oktober einen großen Heimatabend, verbunden mit dem 15jährigen Bestehen der Ortsgruppe, ab. Anwesend war auch der Vertreter des Bundes, Herr Debusmann, außerdem Vertreter der Ortsgruppen Weiden, Hamborn, Essen. Als Redner trat Herr Wertheimer Petri, Düsseldorf, auf. Herr Alt begrüßte die Versammlung und warf einen geschichtlichen Rückblick auf die 15jährige Arbeit im Saarverein. Herr Debusmann überbrachte die Grüße der Bundesleitung, sowie die des Herrn Verwaltungsdirektors Bogel und betonte, daß die Ortsgruppe Duisburg zu den ältesten gehöre, also zu den alten Kämpfern. Herr Petri, Düsseldorf, hielt einen Vortrag über Land und Leute an der Saar und wies auf die wirtschaftliche Bedeutung des gesamten Saarlandes hin, besonders gedachte er auch der braven Bergleute und aller Landsleute an der Saar, die Opfer gebracht haben für ihre Heimat, wie selten ein Volk auf der Erde. Einen tiefen Eindruck machte es auch, als Herr Alt des Jakob Johannes, des saarländischen Schlageter, gedachte, dessen 15jähriger Todestag der 20. Oktober war. Alle Anwesenden sangen gemeinsam das Lied: „Ich hatt' einen Kameraden“. Zum Schluß kam noch der Lichtbildervortrag „Unser Saarland“ zur Aufführung. — Die Ortsgruppe Mülhausen/Th. des Bundes der Saarvereine veranstaltet am 10. November einen Saar-Heimatabend. Die Festfolge sieht u. a. einen Prolog „An der Saar die deutsche Front“, Begrüßung durch den Ortsgruppenleiter G. Behr, Musikstücke und Chorlieder, gesungen vom Gesangsverein „Harmonie“, Volkstänze der Jungmädelschaft, ein Gastspiel des berühmten Stimmphänomens Brofars und die Aufführung eines Saarkunststückes „Nacht im Berg“, ein gemeinsames Beisammensein und Deutschen Tanz vor.

* Saargeheimatabend in Herford i. W. Die Ortsgruppe Herford veranstaltete einen Begrüßungs- und gleichzeitig Abschiedsabend für die zur Zeit in Herford weilenden Saarurlaubern. Man hatte diesen Abend gleichzeitig als eine Propagandaveranstaltung zu der Volksabstimmung gedacht. Die Herforder Bürgerschaft war dem Ruf des Saarvereins gefolgt. Die Begrüßung erfolgte durch den Ortsgruppenleiter des Saarvereins, Beine, der die Erschienenen, vor allem die Brüder von der Saar, herzlich willkommen hieß. Mit einem dreifachen Sieg-Heil schloß er seine Begrüßungsrede und erteilte dem Kreisleiter, Herrn Friesen, das Wort, der u. a. ausführte: Meine lieben deutschen Volksgenossen, Arbeitskameraden des Saargebiets! Nur wenige Tage haben sie bei uns Aufnahme

gesund und nur noch wenige Tage wird es dauern, bis das Saarland auch wieder deutsch ist. Wir haben zwar noch einen schweren Kampf zu bestehen, aber auch er wird überwunden. Herr Friesen gab dann einen längeren Überblick über die Not der Auslandsdeutschen, die er aus eigenem Erleben schilderte. Wir wollen auch gedenken der Kameraden, die da schmachten für Deutschland und nicht gewillt sind, für materielle Vorteile ihr Deutschtum aufzugeben. Arbeiter und Arbeiterinnen einer großen Firma bereiteten den Saarurlaubern eine kleine Freude. Als sie hörten, daß ein großer Teil der Saarbrüder erwerbslos sei, veranstalteten sie eine Geldsammlung, und der Betrag, 70,— RM., wurde den Saarländern überreicht. Ein Saarlunger trug anschließend ein sehr nettes Gedicht vor. Den Hauptvortrag hielt Herr Lehrer Holtmann (Herford). Wir müssen, so führte der Redner u. a. aus, Erkenntnis zeigen für den Leidensweg, den die Saar seit ihrem Bestehen zu durchkämpfen hatte. So zerrissen und uneinig das deutsche Volk aber zeitweise war, so leuchtend ist das Saargebiet vorangegangen. So wollen wir weiter aushalten und kämpfen bis zur Wiedergewinnung durch das Mutterland. Denn das gesamte Saarland ist deutsch und deutsch ist die Muttersprache. Stehend sangen die Versammelten anschließend das Saarländ. Der Bund deutscher Mädchen zeigte dann sehr schöne Volkstänze. Nach der Pause zeigte die Spielgruppe Windener Straße unter Leitung des Herrn Rektor Horschbrink die Aufführung „Das Herz an der Saar!“ In Anschluß an die Aufführung wurde gemeinsam das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied gesungen. Mit dem Saarschwur: „Schwört und spricht, Recht bleibt Recht, deutsch die Saar immerdar!“ schloß die Programmfolge.

* **Saar-Ausstellung in Görlitz.** Um für die Saarfrage auch im Osten das notwendige Interesse und erforderliche Verständnis zu wecken, veranstaltete der Bund der Saarvereine, Ortsgruppe Görlitz, in den Räumen des Naturforschenden Museums eine Ausstellung, die am Sonntagvormittag von den Vertretern sämtlicher staatlichen und städtischen Behörden eröffnet wurde. Rektor Hartmann, als Vorsitzender der Ortsgruppe, begrüßte die Erschienenen und wies auf die Wichtigkeit einer Ausstellung über das deutsche Saarland hin. Der Sieg des deutschen Volkes an der Saar ist von sich aus gesichert, aber darüber hinaus soll sich der deutsch-völkische Gedanke nicht nur in der Saar, sondern in der ganzen Welt durchsetzen, nur so wird es gelingen, die Krisis in der Welt zu überwinden. Direktor Hallström führte dann die Anwesenden durch die Ausstellung, die in reichem Kartenmaterial, Zeichnungen und graphischen Darstellungen einen Einblick in die Geschichte, die Landschaft, Industrie und Bevölkerung der Saar gab. Das Land an der Saar, das mitten im deutschen Sprachgebiet liegt, wird, wie Direktor Hallström betonte, in der Zukunft der Politik eine große Rolle spielen. Nicht seit 1000 Jahren, sondern seit Jahrtausenden ist die Saar deutsch und Denkmale weisen darauf hin, daß schon immer um dieses Stück Land gekämpft worden ist. Das Saargebiet gehört zu den schönsten Teilen unseres deutschen Vaterlandes. Die Landschaft mit Berg und Wald ist so schön wie die alten Städte, die Zeugen von deutscher Kultur und Kunst. Weiter zeigte Dir. Hallström in der Abteilung der Ausstellung „Die Wirtschaft der Saar“, den Reichtum des Landes: Kohlengrube an Kohlengrube und den Absatz der Kohle vor dem Kriege im Gegensatz von heute. Dann die größten Eisenhütten Europas. Die Eisenhüttenwerke in der Saar stellen fast ein Viertel der gesamten deutschen Eisenerzeugung dar. Der dritte Teil der Industrie ist die Keramik und Glasindustrie, die erstere erzeugt vor allem Steingut, in letzterer hat das Saarland die größte Glashütte Europas. Der großen Industrie an der Saar entspricht auch die Bevölkerungsdichte, an die kein Land in der ganzen Welt heranreicht. 60 Prozent sind Industriearbeiter. Hierbei ist besonders interessant, daß die Arbeiter im Nebenberuf Landwirte sind und ihre kleinen eigenen Landwirtschaften haben. Da der deutsche Arbeiter in der Saar es ablehnt, seine Kinder in französische Schulen zu schicken, haben die Franzosen vielfach als Druckmittel die Eltern von Haus und Hof gejagt und aus Arbeit und Brot gebracht, wie sie auch dafür Sorge trugen, daß die großen Werke französische Gelder aufnehmen mußten. Drei Gründe sind es, die die Karten und das graphische Material der Ausstellung herausstellte. 1. Politische Gründe: Das linke Rheinufer. 2. Wirtschaftliche Gründe: Die Werke und Bodenschätze und 3. strategische Gründe: Der Besitz des Landes als Schutz für die Befestigungsanlagen Frankreichs. Schließlich veranschaulichten Buntkarten noch das Streben Frankreichs nach dem linken Rheinufer, dargestellt von der mittelalterlichen Westgrenze seit 925 an, dann in den französischen Einbrüchen und den einzelnen Phasen der Jahrhunderte bis zum Versailler Vertrag. Dir. Hallström bat am Schluß seiner interessanten Ausführungen, den 800 000 Deutschen, die ihrem Vaterland die Treue 15 Jahre bewahrten, diese Treue zu vergelten und sie dadurch zu beweisen, daß wir fest hinter dem Führer und seinem Werke stehen.

* **40 Saarländer im Kreise Bitburg.** Unsere Eifel, deren Bevölkerung in der langen Zeit der fremden Besatzung am eigenen Leibe hinreichend erfuhr, was es heißt, sich fremdem und gegneri-

ischem Willen beugen zu müssen, bezeugt den bedrängten und bedrückten Stammesverwandten an der Saar besonders mitfühlend und mildherzig ihre opferbereite Teilnahme. Schon oft waren Kinder von der Saar in Eifler Familien untergebracht und wurden liebevoll gepflegt. Diesmal waren die Urlauber Männer jeden Alters, die in der Stadt Bitburg und in mehreren Orten des Kreises aufgenommen wurden. Unsere Saargäste fanden allenthalben liebevolle Aufnahme, und die Tage der Erholung in der freien, frischen, gesunden Eifelluft wurden für sie zu einer bleibenden Erinnerung. Mit den Quartiergebern und dem Saarverein wetteiferten die übrigen vaterländischen und Wohlfahrtsorganisationen, um angenehme Unterhaltung und Zerstreuung zu bieten. Für die Dauer des Aufenthaltes war ein ausführlicher Plan ausgearbeitet, so daß unsere Gäste durch Wanderungen, Fahrten, Besichtigungen usw. ein bleibendes Bild der schönen Eifellandschaft gewannen. Am 21. Oktober traten unsere Saarurlauber hoch erfreut die Heimkehr an.

* **Neue Ortsgruppen** wurden gegründet in: **Pforzheim.** Stützpunkt der Ortsgruppe Karlsruhe, Franz Kuhn, Pforzheim, Bleichstr. 104; **Baden-Baden,** Stützpunkt der Ortsgruppe Karlsruhe, Wilhelm Göbel, Baden-Baden, Langestr. 68; **Bruchsal,** Stützpunkt der Ortsgruppe Karlsruhe, Ludwig Kiefer, Bruchsal, Postfach 171; **Rastatt,** Stützpunkt der Ortsgruppe Karlsruhe, Ernst Uebel, Rastatt, Rheinstr. 3; **Ettlingen,** Stützpunkt der Ortsgruppe Karlsruhe, Karl Schmitt, Ettlingen, Badnerstraße 4; **Durlach,** Stützpunkt der Ortsgruppe Karlsruhe, Hubert Franken, Durlach, Adolf-Hitler-Straße 58.

* **Altvetenaren aus dem Saargebiet in Heringsdorf.** Ein Reichstreffen der Altvetenaren fand in der Zeit vom 24. August bis 2. September im Seebad Heringsdorf an der Ostsee statt. Zu diesem Treffen hatten sich auch eine Anzahl von Kameraden und Altvetenaren aus dem Saargebiet eingefunden. Es waren dies Johann Gindorf aus Altenkessel, 87 Jahre alt, Christian Lehmann aus Limbach, 86 Jahre alt und Gustav Runke aus Saarbrücken, 85 Jahre alt. (Alle drei sind mit ihren drei Begleitern hier im Bilde festgehalten.) Die Saarländer Altvetenaren wurden von der Reichsbahn mit allen Bequemlichkeiten nach Berlin befördert, wo ihnen der Kriegerverein



Halle'sches Tor einen würdigen Empfang bereitete. In der Reichshauptstadt wurden die wichtigsten Sehenswürdigkeiten kurz besichtigt. Dann fuhrten die Altvetenaren nach Heringsdorf weiter, wo sie am Bahnhof vom Kriegerverein, dem Roten Kreuz und der HJ. herzlich begrüßt und in ihre Quartiere geleitet wurden. Kriegerverein und Kurverwaltung hatten ein äußerst umfangreiches Programm zu Ehren der Gäste aufgestellt. Am 1. September fanden sich die Ehrengäste mit ihren Gastgeber zu einem Kameradschaftsabend im Strandcasino zusammen. Mit großem Jubel wurde Generalfeldmarschall von Mackensen begrüßt. Es folgten die Vertreter des Reichsheeres, der Reichsmarine und eine größere Anzahl von Generalen der alten Armee. In halbstündiger markiger Ansprache gedachte Feldmarschall von Mackensen der Streiter aus den Einigungskriegen und ließ in farbigen Bildern aus seiner Erinnerung die große und ruhmreiche Zeit wieder lebendig werden. Im Anschluß an die Rede marschierten die Altvetenaren im Saal an dem berühmten Heerführer vorbei. Am nächsten Tage, dem Sedantage wurde von den Altvetenaren ein prächtiger Kranz mit Widmungsschleife am Kriegerdenkmal niedergelegt. Auf dem Kurplatz fand ein Feldgottesdienst statt, wobei den Altvetenaren besondere Ehrenplätze angewiesen waren. Von Interesse ist noch die Feststellung, daß der jüngste Altvetenar 80, der älteste 94½ Jahre alt war. Voll unausslöschlicher Eindrücke und freudigen Herzens traten die Altvetenaren und auch die Saarländer am 3. September die Heimreise an.

Zur Saarabstimmung

Pässe für Saarabstimmungsberechtigte

Amtlich wird folgendes bekanntgegeben:

Reichsangehörigen, die die Ausstellung eines Passes mit der Begründung beantragen, daß sie sich zur Abstimmung in das Saargebiet begeben wollen, wird der Reisepaß von den zuständigen Paßbehörden vom 15. Oktober 1934 ab gebührenfrei mit einer Geltungsdauer bis zum 15. Februar ausgestellt, wenn sie glaubhaft nachweisen, daß sie abstimmungsberechtigt sind.

Die Glaubhaftmachung kann z. B. erfolgen durch Vorlage einer Bescheinigung

a) der saarländischen Abstimmungsbehörde, daß der Antragsteller in die Abstimmungslisten eingetragen oder sein Antrag auf Eintragung in die Abstimmungsliste bei der saarländischen Abstimmungsbehörde eingegangen ist;

b) der Saarmeldestelle seines jetzigen Wohnortes (Polizeirevier oder Einwohnermeldeamt), daß der Antragsteller in die Saarkartei eingetragen ist.

Zur Betreuung der Abstimmungsberechtigten im Reich

Die Betreuung der Abstimmungsberechtigten im Reich erforderte in den letzten Wochen eine außerordentliche Arbeitsleistung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und der Ortsgruppe und Saar-Obleute des Bundes der Saar-Vereine. Die Veröffentlichungen der Abstimmungskommission auf Grund der Wahlordnung waren oft nicht klar genug, so daß Mißverständnisse entstanden, zum anderen erforderte die Sabotage der Separatisten und Emigranten durch Massen-„Einsprüche“ eine entscheidend auflärende Tätigkeit. Es verdient festgestellt zu werden, daß sich hierbei die Abstimmungskommission durchaus unparteiisch verhielt und bemüht war, durch entsprechende Verlautbarungen auftauchende Unklarheit und Unruhe unter den Abstimmungsberechtigten zu beseitigen.

Von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ wurde im Zuge dieser Aufklärungsaktion durch Rundfunkansage und Presse folgendes bekanntgegeben:

Gegen politische Machinationen.

Am 26. Oktober läuft die Einspruchsfrist für die Saarabstimmung ab. Wer also in die vorläufigen Listen noch nicht eingetragen worden ist und wer noch keinen Einspruch eingelegt hat, um seine Eintragung zu erwirken, muß dies schleunigst nachholen. Nötigenfalls wende er sich deswegen sofort an den Vertrauensmann des Bundes der Saarvereine.

Aber selbst wer in die vorläufigen Listen eingetragen ist, ist damit noch nicht endgültig abstimmungsberechtigt geworden. Es kann nämlich jede augenblicklich im Saargebiet wohnende Person einen Einspruch gegen die Eintragung einer anderen Person einlegen. Derjenige, der den Einspruch erhebt, muß dies dem anderen durch eingeschriebenen Brief mitteilen. Dieser Brief ist zu richten an die Anschrift, die der Abstimmungsberechtigte im Saargebiet angegeben hat. Wer nun einen solchen Brief, in dem ihm mitgeteilt wird, daß ein Dritter Einspruch gegen seine Eintragung eingelegt hat, erhält, muß umgehend seine Gegenaufklärung an das Kreisbüro senden. Er muß ferner nach Möglichkeit Beweisstücke beifügen, aus denen sich ergibt, daß er abstimmungsberechtigt ist. Schließlich muß er den Einspruch, der ihm abschriftlich zugesandt ist, seinem Antwortschreiben an das Kreisbüro beifügen. Diese Antwort muß mit äußerster Beschleunigung erfolgen, damit die Kreisbüros nicht entscheiden, bevor diese Antwort eingegangen ist. Die Frist, innerhalb deren die Antwort des Betroffenen an das Kreisbüro gelangt sein muß, beträgt nämlich nur vier Tage. Man tut also jedenfalls gut daran, so schnell wie möglich zu antworten.

In den letzten Tagen sind von separatistischer Seite zahlreiche Einsprüche gegen in Deutschland lebende Personen eingelegt worden, meistens mit folgender Bemerkung: „Die betreffende Person hat am 28. Juni 1919 nicht die Saar-Einwohnerschaft im Sinne der Wahlordnung bezeugt. Beweis: Die erforderlichen Urkunden wurden von amtlichen Behörden verweigert.“ Wenn ein solcher, offenbar unbegründeter Einspruch eines Dritten zugeht, braucht darauf nicht zu antworten. Die große Anzahl derartiger Einsprüche ohne jede Begründung beweist klar, daß es sich um eine politische Machination von separatistischer Seite handelt, und daß diese Einsprüche nicht eingelegt werden, weil man der Überzeugung ist, der Betreffende sei nicht abstimmungsberechtigt, sondern weil man die Abstimmungsbehörden mit Arbeit überlasten will, um an techni-

sehen Schwierigkeiten die rechtzeitige Abhaltung der Abstimmung scheitern zu lassen.

Um nicht etwa durch einen Formfehler oder Nichteinhaltung einer Frist die Abstimmungsberechtigung zu verlieren, wende man sich, wenn irgendwelche Zweifel auftauchen, sofort an den Saar-Vertrauensmann oder die Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine. Die Geschäftsstelle „Saarverein“ für Berlin befindet sich in der Stresemannstraße 42 II. Jeder Saarabstimmungsberechtigte hat auch die Pflicht, die Bekanntmachungen in den Zeitungen, die sich auf technische Fragen der Abstimmung beziehen, aufmerksam zu lesen. Es wird dort laufend auf die besonderen Schwierigkeiten, die die Abstimmungsordnung enthält, hingewiesen, und Aufklärung gegeben.

Wie verhalte ich mich bei Einsprüchen?

Die Geschäftsstelle „Saarverein“ teilt mit:

Jede im Saargebiet wohnende Person kann Einspruch gegen die Eintragung einer bereits in die vorläufige Abstimmungsliste aufgenommenen Person erheben.

Die Abstimmungskommission hat nun verfügt, daß derjenige, der einen solchen Einspruch einlegt, eine Abschrift desselben durch eingeschriebenen Brief dem Betroffenen mitzuteilen hat, und zwar an dessen Anschrift im Saargebiet. Der Betroffene muß innerhalb von vier Tagen seit Aufgabe dieses Einschreibebriefes zur Post (also nicht seit dem Tage, an dem er ihn erhält, seine Einwendungen gegen diesen Einspruch dem zuständigen Kreisbüro schriftlich mitteilen. Er muß ferner das ihm abschriftlich zugestellte Einspruchsschreiben des Einspruchserhebenden seiner Erwiderung an das Kreisbüro beifügen.

Also: Wer einen solchen Brief über seine Anschrift im Saargebiet erhält, muß sofort seine Einwendungen schriftlich — Unterschrift nicht vergessen — unter Beifügung der Schrift des Gegners an das zuständige Kreisbüro der Abstimmungskommission senden. In Zweifelsfällen wende man sich sofort an die Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine.

In den letzten Tagen sind von separatistischer Seite zahlreiche Einsprüche gegen in Deutschland lebende Personen eingelegt worden, meistens mit folgender Bemerkung:

„Die betreffende Person hat am 28. Juni 1919 nicht die Saareinwohnerschaft im Sinne der Wahlordnung bezeugt. Beweis: Die erforderlichen Urkunden wurden von amtlichen Behörden verweigert.“

Wenn ein solcher, offenbar unbegründeter Einspruch eines Dritten zugeht, braucht darauf nicht zu antworten. Es ist auch nichts dagegen einzuwenden, wenn er folgende Gegenaufklärung an das Kreisbüro sendet:

„Auf den mir zugestellten Einspruch beziehe ich mich zum Nachweis meiner Abstimmungsberechtigung auf das von mir früher vorgelegte Beweismaterial und beantrage die Verwerfung des Einspruchs.“

Die große Anzahl derartiger Einsprüche ohne jede Begründung beweist klar, daß es sich um eine politische Machination von separatistischer Seite handelt, und daß diese Einsprüche nicht eingelegt werden, weil man der Überzeugung ist, der Betreffende sei nicht abstimmungsberechtigt, sondern weil man die Abstimmungsbehörden mit Arbeit überlasten will, um an technischen Schwierigkeiten die rechtzeitige Abhaltung der Abstimmung scheitern zu lassen.

Bücherbesprechungen

* **M. Munier-Problewska, Deutsch ist die Saar.** 129 Seiten. Geb. 1,40 RM. Du land an der Saar, inmitten der grünen Wälder deines Barndt, mit den Schloten deiner Zechen und Eisenhämmer, dich heiligt die Arbeit, die Grenznot und die Treue! Auf diesen Dreiklang hat Mia Munier-Problewska, die selbst Grenzlanddeutschtums Dulden und Hoffen erfahren hat, ihre Geschichte einer Saarkumpelfamilie gestimmt. Und unser Herz schlägt beim Lesen all den Unbekannten entgegen, Männern und Frauen, deren Schwurlied nun bald Erfüllung finden soll: „Ob in Not oder neuem Glück, Deutschland, wir wollen zu dir zurück!“ (C. Bertelsmann Verlag in Gütersloh.)

* **„Wir rufen Deutschland.“** Das ist eine besonders empfehlenswerte und höchst aktuelle Aufführung. Sie ist soeben im Verlag von Paul Wähler, Stuttgart, S. Hohenheimer Str. 47, erschienen und von Oskar Bischoff verfaßt, sie ist als Saar-Sprechchor, wie auch als Bewegungs- und Aufmarschspiel verwendbar. Das Stück ist nicht groß, dabei doch wuchtig, wirkungsvoll und gut deutsch.

Briefkasten

Mit herzlichem Dank bestätigen wir den Eingang folgender Beträge: W. B. in L. 2,— RM., P. J. in B. 1,66 RM., G. E. in S. 5,— RM., A. B. in S. 2,— RM., A. M. in D. 3,— RM., A. E. in D. 5,— RM., H. H. in D. 3,33 RM., Dr. med. W. in M. 5,— RM., J. F. in S. 1,60 RM., M. S. in G. 3,— RM., A. M. in P. 8,30 RM., Gith. H. in S. 10,— RM., D. J. in S. 20,— RM., J. H. in S. 3,33 RM., H. P. in D. 12,— RM., E. D. in S. 16,60 RM., H. A. in B. 1,— RM., A. B. in D. 6,50 RM., Btr. H. in S. 3,— RM., A. B. in D. 6,— RM.

Regelmäßige Zusammentünfte der Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine

Ortsgruppe Aachen: Jeden ersten Sonntag im Monat im Hotel Restaurant Berner, Thüringer Hof, Seilgraben.

Ortsgruppe Berlin: Jeden ersten Donnerstag im Monat im Restaurant „Zum Franziskaner“ im Stadtbahnbogen Friedrichstraße (Barock-Saal), abends 8½ Uhr.

Ortsgruppe Bielefeld: Jeden letzten Samstag im Monat, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal „Erholung“, Papenmarkt.

Ortsgruppe Bingerbrück: Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Vereinslokal „Gasthaus zum Bingerwald“, Bingerbrück, Coblenzer Str. 105. Besitzer Jakob Wald, geborener Saarländer.

Ortsgruppe Bochum: Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal Gasthaus Ohligschläger, Bochum, Hattinger Straße 103.

Ortsgruppe Bottrop: Jeden zweiten Sonntag im Monat Versammlung im Vereinslokal Mainz (Storp), nachmittags 5 Uhr.

Ortsgruppe Bremen: Jeden zweiten Montag im Monat in „Baune's Restaurant“ am Marktplatz 9.

Ortsgruppe Buer: Monatsversammlung stets am ersten Sonntag nach dem 13., um 5 Uhr nachmittags, in der Wirtschaft Man, Dorstener Straße.

Ortsgruppe Buer-Erle: Jeden dritten Sonntag im Monat im Restaurant „Kaiserhof“, Buer-Erle, Bismarckstraße 178, nachm. 5 Uhr.

Ortsgruppe Castrop-Rauel-Nord 2: Jeden zweiten Sonntag im Monat im Vereinslokal Budde, Adolf Hitlerstraße.

Ortsgruppe Castrop-Rauel-Süd: Jeden zweiten Sonntag im Monat bei Werner Altheide, Holzstr. 55.

Ortsgruppe Datteln: Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr im Lokal Börner (Gasthaus zur Post).

Ortsgruppe Dillenburg: Jeden ersten Sonnabend im Monat im Hotel „Zum Hirsch“, obere Hauptstraße.

Ortsgruppe Dinslaken: Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, abwechselnd im NSD-Heim (Zum Fürsten Bismarck) und beim Landsmann Rau.

Ortsgruppe Dortmund: Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr bei Berghoff, Körnerplatz.

Ortsgruppe Duisburg: Jeden zweiten Sonntag im Monat in der Bürgergesellschaft „Union“, Duisburg, Josephsplatz 3, abends 8 Uhr.

Ortsgruppe Düsseldorf: Jeden zweiten Samstag im Monat (bzw. durch bes. Rundschreiben) im Restaurant „Rheinhof“, Kasernenstraße 29 (bei Landsmann Wagner), abends 8½ Uhr.

Ortsgruppe Erkerschwid i. W. Jeden zweiten Sonntag im Lokal von Herrn Anton Hundrop.

Ortsgruppe Erfurt: Jeden zweiten Dienstag im Monat 20.15 Uhr im Hotel „Fürst Bismarck“, Erfurt Reglering Nr. 6.

Ortsgruppe Gelsenkirchen: Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr, im Bahnhof-Hotel Gelsenkirchen, gegenüber dem Hauptbahnhof.

Ortsgruppe Gelsenkirchen-Horst: Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereinslokal Heinrich Dehler, Horst-E., Am alten Amtshaus.

Ortsgruppe Hagen: Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Vereinslokal „Deutscher Krug“, Körnerstraße.

Ortsgruppe Halle: Jeden zweiten Donnerstag im Monat, 20 Uhr 30 Min., im „Koburger Hofbräu“, Kaulenberg.

Ortsgruppe Hamburg: Jeden zweiten und vierten Freitag im Monat, abends 8 Uhr, im Hansa-Hotel Hamburg, Klostertor 6.

Ortsgruppe Hannover: Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 20½ Uhr, im Restaurant Ferd. Steg, Haltenhoffstraße 22.

Ortsgruppe Heilbronn: Jeden zweiten Samstag im Monat im „Fürstenberger Hof“ in der Deutschhofstraße bei Herrn Stirn.

Ortsgruppe Herne: Jeden Donnerstag, 8 Uhr, Ritterschente, E. Biermann, Bahnhofstraße 126.

Ortsgruppe Herxheim-Dorsten: Jeden zweiten Sonntag im Monat, 15 Uhr, Westfalenhalle.

Ortsgruppe Hof-Saale: Jeden zweiten Montag im Monat, wechselseitig bei Vereinsmitgliedern und Gaststätte Ruckbuttn, Ludwigstraße.

Ortsgruppe Homberg: Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereinslokal Restauration „Zur Post“, Inh. Heinrich Friedrichs, Mörserstraße, Hochheide, um 16 Uhr.

Ortsgruppe Karlsruhe: Jeden ersten Mittwoch im Monat im Lokal zum „Prinzen Karl“, Ede Zirkel- u. Lammstraße, abends 8½ Uhr.

Ortsgruppe Köln: Jeden ersten Mittwoch im Monat, Rudolfsaal, Inh. Heinrich Feith, Hahnenstr. 36.

Ortsgruppe Lübeck: Jeden dritten Montag in jedem Monat, 8 Uhr abends, im Kulmbacher Bierhaus, Fleischhauerstraße 16.

Ortsgruppe Mainz: Jeden ersten Mittwoch im Monat in der Gaststätte am Kaisertor, Rhein-Allee 2, abends 8.30 Uhr.

Ortsgruppe Mörs-Meerbed: Jeden vierten Sonntag im Monat, nachm. 4 Uhr, im Lokal von Hendricks (früher Hüsten), Meerbed, Bismarckstraße.

Ortsgruppe Mülheim: Jeden zweiten Samstag im Monat im Hotel „Rheinischer Hof“, Hindenburgstraße 162, Am Hauptbahnhof.

Ortsgruppe Münster i. W. Jeden zweiten Samstag im Monat von abends 20½ Uhr an im Mathäierbräu, Münster, Roggenmarkt 16-17.

Ortsgruppe Neuf: Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Junfthause Neuf.

Ortsgruppe Nürnberg: Jeden zweiten Mittwoch im Monat Nürnberg-N., „Coburger Hof“, Hallplatz 7, abends 8 Uhr.

Ortsgruppe Oberhausen: Jeden vierten Sonntag im Monat in der Gastwirtschaft „Im Krug“, Eduard Tenge, Oberhausen, Markt 5.

Ortsgruppe Osnabrück: Jeden ersten Mittwoch im Monat im Hotel Bayerischer Hof (Stadtschänke), Adolf-Hitler-Platz, 8½ Uhr abends.

Ortsgruppe Reddinghausen: Jeden ersten Donnerstag im Monat, abends von 7 Uhr ab, im Lokal „Zum Drückbellen“, Münsterstraße.

Ortsgruppe Rheinhafen: Jeden letzten Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Portmann, Deichstraße 109.

Ortsgruppe Sobernheim (Nahe): Monatsversammlung jeden ersten Samstag im Monat im Hotel Caesar (Schuler), Untere Adolf-Hitler-Straße, 8½ Uhr.

Ortsgruppe Stettin: Jeden zweiten Mittwoch des Monats im Restaurant „Zum Landsknecht“, Birkenallee, Grabower Straße.

Ortsgruppe Stuttgart: Jeden ersten Montag im Monat im Restaurant Schwalb, Stuttgart, Charlottenplatz 3.

Ortsgruppe Wanne-Eidel: Jeden zweiten Sonntag im Monat im Gasthause Anton Altmeier, Wanne-Eidel, Hindenburgstraße 20.

Ortsgruppe Wattenscheid: Jeden ersten Sonntag im Monat im Lokal Josef Meyer (Zentralhof), Oststraße 19, nachmittags 5 Uhr.

Ortsgruppe Wiesbaden: Jeden zweiten Donnerstag im Monat 8 Uhr abends im Restaurant „Lese-Verein“, Luisenstraße. Ferner Stammtisch: Altdeutsche Weinstube, Luisenstraße, Hotel Union, Neugasse.

Ortsgruppe Wilhelmshaven-Rüstringen: Jeden ersten Montag im Monat, abends 8.30 Uhr, im Kurpark Wilhelmshaven.

Ortsgruppe Wuppertal: Jeden zweiten Mittwoch im Monat im Restaurant Löwen, Elberfeld, Bahnhofstraße 18.

Weitere Ergänzungen werden erbeten!

Gegründet 1920 von Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin.

Erscheint monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. Fernsprech-Anschluss: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW 7, Nr. 66 536, oder auf Deutsche Bank, Depositionskasse O, Berlin SW 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptschriftleiter Richard Posselt, Berlin-Lichterfelde. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. — Druck: Deutsche Zentraldruckerei A.-G., Berlin SW 11. — Auflage 9000.



Die alte Meldkartei der Stadt Saarbrücken ausgelegt im Festsaal des Rathauses
(über 125 000 Karten umfassend), welche die Unterlagen für die
vorläufigen Abstimmungslisten lieferte.



Das Menschengedränge an den Anschlagtafeln. Mitglieder der Abstimmungskommission
mischen sich unter das Publikum.
+ Graf de Pourtalès-Schweiz. ++ Assistent G. F. Collin-Norwegen.

Das Bücherangebot

der Geschäftsstelle „Saar-Verein“,
Berlin SW 11, Stresemann-Str. 42

Bestellungen bitten wir unmittelbar an die Verlagsanstalten zu richten, wo solche nicht angegeben, an uns.

1. Politisches.

- Deutsch die Saar immerdar — Helft die deutsche Saar befreien. Ein Merkblatt mit 63 Bildern in Kupfertiefdruck und der Karte des Saargebietes von Th. Vogel, Berlin . . . 1,—
- Das deutsche Saargebiet. Vom deutschen Schicksal an der deutschen Saar, von Th. Vogel . . . 0,80
- Kettet das Saarland, von Stegemann . . . 0,80
- Grundlagen des Rechts im Saargebiet, von D. Andres . . . 4,—
- Das Saarknappschafftsgele, von M. Rarius . . . 0,80
- Grundfragen der Volksabstimmung im Saargebiet, von Gerichtsass. Dr. jur. Curt Groten, St. Wendel (Saar) . . . 0,80
- Die Bedeutung des Wohnsitzbegriffes für die Volksabstimmung im Saargebiet, von Gerichtsassessor Dr. jur. Curt Groten, St. Wendel (Saargebiet) . . . 0,80
- Die Volksabstimmung im Saargebiet 1935, allgemeinverständlich bearbeitet von Dr. jur. Curt Groten, St. Wendel (Häusen Verlags-G.m.b.H., Saarlouis) . . . 0,80
- Die Entstehungsgeschichte des Saarstatuts, von Dr. jur. Curt Groten. Häusen Verlags-G.m.b.H., Saarlouis . . . 0,40
- Wirtschaftskunde des Saargebietes, von Dr. Walther Carliellieri. Häusen Verlags-G.m.b.H., Saarlouis. Mit einer Uebersichtskarte und zwei Schaubildern Saarpresse im Kampf gegen Frankreichs Propaganda 1918—1925, von Dr. phil. Eugen Wagner . . . 3,80
- Stimmen der Saar zum Befreiungskampf der Saar-Deutschen. Von Dr. S. A. Delges. Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G. . . 0,80
- „Der Kampf um die Saar“, von Dr. Adolf Müller. Philipp Reclam jun., Leipzig . . . 0,80
- Unsere Saar. Herausgegeben von Dr. Heinrich Schneider. Mit Abbildungen, 63 Seiten und 1 Karte 1934, Edwin Runge, Verlag, Berlin-Tempelhof . . . 0,40
- Die Saarlüge, von Rechtsanwalt und Notar Giersberg . . . unentgeltl.
- Als Vortragsmaterial zwei fertig ausgearbeitete Vorträge:
a) Das deutsche Saargebiet, von Senatspräsident Andres-Naumburg . . . unentgeltl.
b) Das Saargebiet, Vortragsmaterial d. Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin . . . unentgeltl.

2. Geschichtliches.

- Geschichte des Saargebietes, von Professor Ruppertsberg . . . 10,—
- Geschichte des Kreises Merzig, von Schulrat Reil, Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G. . . 6,—
- Chronik von Friedrichthal-Bildstock, von Oberlehrer W. Schähing, Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G. . . 5,—
- Denkschrift der Stadt Saarlouis, von Bürgermeister Dr. Lak (Häusen-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Saarlouis) . . . 9,—
- Geschichte der Abtei Fraulautern, von R. Rud. Rehanel, Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G. . . 2,—
- Das Hambach-Buch für Saar und Pfalz. Deutschlands Wiedergeburt 1832—1932, von Prof. Dr. Albert Becker. (Verlag der „Saarbrücker Landes-Zeitung“) . . . 2,—
- Durch zwei Jahrtausende saarländischer Verkehrs-geschichte, von H. J. Becker. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.) . . . 5,—
- Saarlouis-Roden im Wandel der Jahrhunderte, von Dr. Delges. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.) . . . 3,—
- St. Ingbert und seine Vergangenheit, von Stud.-Prof. Dr. W. Krämer. Ganzleinen. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G., Saarbrücken.) . . . 6,—
- Um Wald und Rohle. Ein Westlicher Revolutionsroman aus dem 18. Jahrhundert. Von H. Märker. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G., Saarbrücken.) . . . 2,—
- Der Widerstand der Saar-Deutschen gegen die Fremdherrschaft der Franzosen 1792—1815, von Franz und Alfred Eder. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G., Saarbrücken.) . . . 4,50
- Briefe von Theodor Erasmus Hilgard (1790—1873) in Heidelberg bzw. Belleville (Illinois USA.) an seinen Freund Philipp Heinrich von Krämer (1789 bis 1867), Hüttenbesitzer und Reichsrat der Krone Bayern in St. Ingbert. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G., Saarbrücken.) Geb. . . 8,—

- Saarlouis und Frankreich, von Pfarrer Richter und Dr. N. Foz (Saarbrücker Druckerei u. Verlag A.-G., Saarbrücken) . . . 2,—

3. Bilderwerke und Geographisches.

- Das schöne Land an der Saar, von Reuth, Direktor des Saarheimatmuseums. 2. Folge . . . 5,—
- Ein Königsgrab an der Saar, oder die Klausie zu Castell, 72 Seiten, 30 Bilder, zu beziehen vom Verfasser R. Ladas, Trier, Speestr. 10. Vorzugs-Preis für die Mitglieder des Saarvereins . . . 0,50
- „Unsere Heimat.“ (Je 20 Bilder in Größe 18/24 cm), mit einem Vorwort, einschl. einem großen Bildumschlag: Von Max Wenz, Saarbrücken. Nr. 1 Saarbrücken — Türme — Dächer — Höhen. Nr. 2 Der deutsche Warndt. Nr. 3 Die untere Saar. Nr. 4 Die Saarpfalz. Nr. 5 zwischen Ill und Blies. Nr. 6 Die mittlere Saar. Pro Bildmappe . . . 4,20
- Paddelfahrten im Westen, von R. Rud. Rehanel. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.) . . . 2,—
- Die Späherer Höhen, von H. Hagn. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.) . . . 0,50
- Uebersichtskarte des Saargebietes 1:200 000, mehrfarbig, von Dr. Dr. Friedrich Lange, Verlag Dietrich Reimer/Cryst Bohnen Berlin SW 68. Preis . . . 0,90
- Deutsches Land an der Saar. Eine Kartenzeichnung in der Cavalier-Perspektive von Willi Harwerth. Fünffarbendruck 32x41 cm. 1934. Verlag Grenze und Ausland, Berlin W. 30 . . . 0,40

4. Schöne Literatur und Allgemeines.

- Das Saargebiet, seine Struktur, seine Probleme, von Professor Dr. Kloeveborn . . . 15,—
- Saarländische Volkstunde, von Dr. Foz . . . 6,—
- Wörterbuch der Mundart des Saarbrücker Landes, von F. Schön, Mitteilungen des Historischen Vereins für die Saar-Region, Saarbrücken, Heft 17, 2. Aufl., Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G. Wörterbuch der saarländischen Mundarten, von E. u. A. Lehnert, Saarlouis, Häusen-Verlag . . . 0,70
- Die Sagen des Saarbrücker und Birkensfelder Landes, von R. Lohmeyer, Saarbrücken, Hofer
- „Das deutsche Herz“, hist. Drama aus Saarbrückens Vergangenheit (1815), von Fr. Schön. Zu beziehen von Gebr. Hofer A.-G., Saarbrücken . . . 1,—
- Deutsches Heldentum an der Saar. Zwei Novellen aus Saarbrückens Vergangenheit v. Friedr. Schö n
- Unser schön freilich Saar. Gedichte in Saarbrücker Mundart (Gebr. Hofer, A.-G., Verlagsanstalt, Saarbrücken) . . . 2,—
- Fröhliche Jugend an der deutschen Saar, von Ellen Göbel . . . 1,30
- Zwischen Welt und Wäldern, von J. Kirchweng. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.) . . . 2,50
- Saarmacht, Sprechstunde für den deutschen Kampf an der Saar, von Theo Jörg. Erschienen im Häusen-Verlag, Saarlouis. Einzelpreis . . . 0,30
- Die habgierige Marianne. Eine Dorfgeschichte von Wilhelm Kleber . . . 1,80
- Das Herz der Saar. Ein Treuspiel von Not und Leid. Von H. M. Luz. Saarbrücker Druckerei und Verlags-Gesellschaft.
- „Humor aus der rheinischen Besatzungszeit 1918 bis 1930“, von Ladas. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.) . . . 1,—
- „Witze und Späße vom Fischers Maathes“ in einem Band. (Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.) . . . 1,—

5. Lieder.

- Saarlieder-Buch des Bundes der Saarvereine . . . 0,30
- „Deutsch ist die Saar“, von H. M. Luz, Verlag Strohmayer, Saarbrücken, mit Klavierbegleitung . . . 1,—
- „Saarvoll singt“, Lieder und Gedichte für den Saarkampf. Kleine Ausgabe. Gebr. Hofer, Saarbrücken I
- Kinderlieder und -spiele des Saarbrücker Landes, von F. Schön, Buchhandlung Bock und Seip in Saarbrücken . . . 1,20
- Volklieder von der Mosel und Saar, von C. Köhler, M. Diesterweg, Frankfurt/Main . . . 0,90
- Werbepostkarten (einfarbig) 100 Stück . . . 3,—
- do. vierf. Druck (Winterbergdenkmal und Wappen aus dem Saargebiet) pro Stück . . . 0,10
- Werbeplakate, 48 x 72 cm, „Hände weg vom deutschen Saargebiet“, „Schwurhand mit Winterbergdenkmal“ . . . Einzelpreis 0,25
- von 20 Stück an . . . 0,18